

Studie

Bildung in der Region Koblenz-Mittelrhein

vor dem Hintergrund des demografischen Wandels

Steffen Kröhnert, Jana Wirz

Die Studie wurde gefördert von:

Initiative Region Koblenz-Mittelrhein e.V.

Sparkasse Koblenz

Förderkreis Wirtschaft und Wissenschaft in der Hochschulregion Mittelrhein e.V.

Impressum

Autoren:

Prof. Dr. phil. E. Steffen Kröhnert (Projektleitung, Quantitativer Teil)

Jana Wirz M. A. (Qualitativer Teil)

Hochschule Koblenz

Fachbereich Sozialwissenschaften/

Institut für Forschung und Weiterbildung (IFW)

Konrad-Zuse-Straße 1

D-56075 Koblenz

Koblenz, Juni 2017

Version A

Wir danken Herrn Prof. Dr. Martin Schmid für die fruchtbaren Diskussionen während der Erarbeitung der Studie. Dank gilt auch Frau Gesche Wunsch M. A. für ihre engagierte Mitarbeit bei der Datenverarbeitung. Ferner gilt unser Dank allen befragten Expert/-innen für ihre Zeit und ihre Bereitschaft, ihr Wissen mit uns zu teilen.

Das Wichtigste in Kürze

Ziel der vorliegenden Studie ist es, den gegenwärtigen Zustand und die künftigen Herausforderungen an das Bildungssystem in der Region Koblenz-Mittelrhein vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung zu analysieren. Die Studie geht dem in vier Teilen nach: Einer Analyse der demografischen Entwicklung folgt ein Vergleich der Ergebnisse des Bildungssystems von Rheinland-Pfalz mit jenen anderer Bundesländer sowie eine vergleichende Bewertung unterschiedlicher Regionen innerhalb des Bundeslandes. Schließlich wird das Ergebnis einer Reihe qualitativer Experteninterviews in der Region Koblenz-Mittelrhein dargestellt.

Die Region Koblenz-Mittelrhein ist kein Ziel innerdeutscher Zuzüge, der Wanderungssaldo deutscher Staatsangehöriger ist negativ. Dennoch ist Zahl der Einwohner/-innen aufgrund von internationaler Migration in den vergangenen Jahren leicht angestiegen. Das Bevölkerungswachstum fand vor allem in der Altersgruppe der 20- bis 35-Jährigen statt und es war deutlich auf die Stadt Koblenz und wenige großstadtnahe Landkreise konzentriert. Die erwartete demografische Alterung der Bevölkerung erfolgt trotz Zuwanderung. Vor allem periphere Landkreise können demografisch nur wenig profitieren.

Das Bildungssystem in Rheinland-Pfalz hat sich in den vergangenen Jahren rasch und tiefgreifend gewandelt. Auf der einen Seite sinkt seit Jahren aus demografischen Gründen die Zahl der Schüler/-innen, gleichzeitig verbringen die Menschen immer mehr Zeit im Bildungssystem und erreichen höhere Abschlüsse. Die Region Koblenz-Mittelrhein erweist sich innerhalb des Bundeslandes als ländlich-konservative Region, die bezüglich einer Reihe von Bildungsindikatoren wie Betreuungsquoten der Elementarbildung, Abschlüsse mit Hochschulreife oder Nutzung ganztagschulischer Angebote trotz erheblicher Dynamik hinter anderen Regionen zurückbleibt.

Stark ist Koblenz-Mittelrhein hingegen bei der beruflichen Ausbildung. Die Zahl angebotener Ausbildungsplätze ist überproportional und der Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen geringer als in den anderen Regionen. Obwohl die Zahl der Bewerber/-innen für berufliche Ausbildungen zurückgeht, ist der Anteil unversorgter Ausbildungsinteressierter nicht gesunken, was auf wachsende Passungsprobleme zwischen angebotenen Ausbildungsplätzen und den Interessen und Qualifikationen von Bewerber/-innen hindeutet.

Unter den befragten Expert/-innen ist die Sorge um den künftigen Fachkräftenachwuchs verbreitet, wenngleich keine aktuellen Engpässe berichtet wurden. Die Qualifikationen und damit die Ausbildungsfähigkeit von Schulabgänger/-innen werden prinzipiell eingeräumt, kritisiert wurde hingegen ein Verlust der Aussagekraft von schulischen Bildungsabschlüssen über individuelle Fähigkeiten. Mitunter werden deshalb eigene Kompetenztests in Betracht gezogen. Die Attraktivität der Region für Fachkräfte mit Hochschulabschluss, die überregional anzuwerben sind, wird als gering eingeschätzt. Der Fachkräftebedarf muss daher zukünftig vorwiegend in der Region selbst sichergestellt werden.

Inhaltsverzeichnis

Das Wichtigste in Kürze	3
Inhaltsverzeichnis.....	4
Vorwort.....	6
1 Einleitung.....	7
2 Methodisches Vorgehen und Aufbau der Studie.....	10
3 Demografische Entwicklung in der Region Koblenz-Mittelrhein	11
3.1 Bevölkerungsvorausrechnungen für Rheinland-Pfalz.....	11
3.2 Aktuelle Entwicklung – Alterung trotz Zuwanderung.....	11
3.3 Bevölkerungsentwicklung in der Region Koblenz-Mittelrhein und ihren Kreisen.....	13
3.4 Migration als quantitativer und qualitativer Faktor der demografischen Entwicklung... 19	
3.4.1 Bildungsstand der Zugewanderten.....	20
3.5 Struktur der Zuwanderung nach Rheinland-Pfalz.....	22
4 Bildung in Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer.....	24
4.1 Elementarbildung.....	24
4.1.1 Betreuung und Elementarbildung bei unter 3-jährigen Kindern.....	24
4.1.2 Betreuung und Elementarbildung bei 3- bis 6-jährigen Kindern.....	25
4.2 Primar- und Sekundarbildung – Allgemeinbildende Schulen.....	27
4.2.1 Benchmarks des Bildungserfolgs im allgemeinbildenden Schulsystem.....	27
4.2.2 Quantitative Entwicklung der Schüler/-innenzahlen in Rheinland-Pfalz.....	28
4.2.3 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf.....	28
4.2.4 Bildungsabschlüsse im Sekundarschulbereich.....	30
4.2.5 Schulentlassene ohne Berufsreife.....	31
4.2.6 Schulische Leistungen von Sekundarschüler/-innen.....	33
4.2.7 Studienberechtigte.....	35
4.3 Tertiäre Bildung – Hochschulen.....	37
4.3.1 Studienanfängerinnen und Studienanfänger.....	37
4.3.2 Wanderungen von Studienanfänger/-innen über die Landesgrenzen.....	38
4.3.3 Studierende.....	40
4.3.4 Studiendauer und Alter bei Studienabschluss.....	41
4.3.5 Fachrichtungen der Studienabschlüsse.....	41
4.3.6 Hochschulbildungsniveau der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz.....	43
4.4 Berufliche Bildung und Ausbildungsmarkt.....	44
5 Bildung in der Region Koblenz-Mittelrhein.....	49
5.1 Elementarbildung.....	50
5.2 Primar- und Sekundarbildung.....	51
5.3 Einschulungen.....	52
5.4 Wahl von Schulformen mit Beginn der 8. Klasse.....	53

5.5	Schulabschlüsse an allgemeinbildenden Schulen	55
5.6	Nutzung von schulischen Ganztagsangeboten	57
5.7	Schulentlassene mit und ohne Migrationshintergrund	58
5.8	Studierende und Studienfachwahl.....	61
5.9	Berufliche Bildung	63
5.9.1	Schulische Berufsbildung	63
5.9.2	Duale Berufsausbildung/Betriebliche Ausbildung.....	64
5.10	Zwischenfazit	68
6	Qualitative Erhebung: Ergebnisse der Expert/-inneninterviews.....	70
6.1	Methodisches Vorgehen: Expert/-inneninterviews	70
6.1.1	Auswahl der Expert/-innen	70
6.1.2	Leitfaden für die Expert/-inneninterviews	71
6.1.3	Durchführung und Auswertung der Expert/-inneninterviews	72
6.2	Ergebnisse der Expert/-inneninterviews	73
6.2.1	Heterogenität der Schüler/-innen in Bildung und Ausbildung	73
6.2.2	Gleichstellungsprogramme	77
6.2.3	Angebote für geflüchtete junge Menschen	78
6.2.4	Strategien zur Gestaltung von Übergängen.....	79
6.2.5	Strategien zur Gewinnung von Nachwuchs	81
6.2.6	Kooperationen und Netzwerke.....	83
6.2.7	Ausbildungsmarkt	84
6.2.8	Regionale Besonderheiten.....	90
6.2.9	Allgemeine Herausforderungen und Potenziale.....	91
6.3	Zusammenfassende Diskussion der Ergebnisse.....	92
7	Fazit: Bildung in der Region Koblenz-Mittelrhein	96
8	Schlussfolgerungen.....	101
9	Quellen	103

Vorwort

In der Region Koblenz-Mittelrhein leben etwa 1,5 Millionen Menschen, mehr als ein Drittel der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz. Als eine größtenteils ländliche Region steht Koblenz-Mittelrhein vor besonderen Herausforderungen. Globalisierung und demografischer Wandel machen auch vor der Region Koblenz-Mittelrhein nicht halt. Die Altersstruktur der Bevölkerung wird sich weiter verändern und während der Anteil der Älteren steigt, wird die Zahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen abnehmen. Unklar ist, wie sich die Zuwanderung in den nächsten Jahren entwickeln wird und welche Auswirkungen sie auf den demografischen Wandel haben wird.

In dieser Situation rückt das Bildungssystem in den Mittelpunkt des Interesses. Nach wie vor verlässt ein nicht geringer Teil der Kinder und Jugendlichen auch in der Region Koblenz-Mittelrhein das Bildungssystem, ohne die für die moderne Arbeitswelt erforderlichen Kompetenzen erlangt zu haben. Die regionalen Unternehmen benötigen gut qualifizierten Nachwuchs, der aus demografischen Gründen jedoch zahlenmäßig abnimmt. Obwohl die Stadt Koblenz in den vergangenen Jahren vor allem durch Zuwanderung aus dem Ausland demografisch gewachsen ist, hält der Einwohnerrückgang in ländlich peripheren Kommunen an. Die Integration der Zugewanderten in das Bildungs- und Wirtschaftssystem ist eine enorme Aufgabe für die Zukunft. Das wirft die Frage auf: Wie leistungsfähig ist das Bildungssystem in der Region Koblenz-Mittelrhein, um sowohl hier geborene als auch geflüchtete oder aus anderen Gründen zugewanderte Kinder und Jugendliche auf den Übergang in die nächste Lebensphase – Ausbildung, Studium, Beruf – vorzubereiten?

Das Institut für Forschung und Weiterbildung am Fachbereich für Sozialwissenschaften der Hochschule Koblenz widmet sich mit der vorliegenden Studie diesem Thema. Wir danken der Initiative Region Koblenz-Mittelrhein, der Sparkasse Koblenz sowie dem „Förderkreis Wirtschaft und Wissenschaft in der Hochschulregion Mittelrhein“, die mit ihrer finanziellen Unterstützung diese Studie möglich gemacht haben. Ihr Engagement zeigt, welche hohe Bedeutung auch in wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen der Region den Themen Bildung und Regionalentwicklung zugemessen wird. Die Studie soll dazu beitragen, Denkanstöße und Diskussionsansätze für eine zukunftsfähige Regionalentwicklung zu liefern.

Prof. Dr. Martin Schmid

Leiter des Instituts für Forschung und Weiterbildung

Prof. Dr. Günter Friesenhahn

Dekan des Fachbereichs Sozialwissenschaften

1 Einleitung

Die öffentliche Diskussion um den demografischen Wandel hat in den vergangenen 15 Jahren viele emotionale Nuancen des Themas ausgelotet. In den Nullerjahren grassierten düstere Szenarien von Deutschlands Zukunft. Sie passten in jene Zeit, litt die Bundesrepublik doch 2005 unter der höchsten Arbeitslosenquote ihrer Geschichte und wurde in den Jahren 2008 und 2009 sogar zum Auswanderungsland. Das alternde Land schien immer ärmer und unattraktiver zu werden und der demografische Wandel wurde dafür mitverantwortlich gemacht.

Heute ist Deutschland wieder eine der wirtschaftlich erfolgreichsten Nationen. Nie waren so viele Menschen erwerbstätig, die Arbeitslosenquote seit Langem nicht so gering. Im Jahr 2015 kamen per Saldo mehr als eine Millionen Zuwanderer, der größte Teil davon jünger als 30 Jahre. Plötzlich hat Deutschland wieder eine wachsende Bevölkerung und um die klassischen Themen des demografischen Wandels – Alterung und Schrumpfung – ist es still geworden. Findet der demografische Wandel überhaupt noch statt?

Natürlich. Es wird in Zukunft weniger Menschen im Erwerbsalter, mehr ältere Erwerbstätige, mehr Rentner/-innen und mehr Pflegebedürftige geben. Und der Altenquotient, das Verhältnis zwischen Menschen im Erwerbs- und Menschen im Rentenalter, wird zumindest für die nächsten fünfzig Jahre weiter wachsen.

Demografischer Wandel ist allerdings kein isoliertes quantitatives Phänomen, das allein durch die Ermittlung von Geburtenziffern oder Einwohnerzahlen in der Lage wäre, eine Gesellschaft oder deren Entwicklung in angemessener Weise zu beschreiben. Demografische Veränderungen sind Teil eines gesellschaftlichen, eines soziodemografischen Wandels.

Der Leerstand von Einzelhandelsgeschäften, den man heute vielerorts in ländlichen Kleinstädten und Gemeinden beklagt, beruht nicht allein auf einem Einwohnerrückgang, sondern auch darauf, dass wir heute andere Ansprüche an die angebotene Warenvielfalt stellen und wir, sowohl physisch als auch virtuell im Internet, beim Einkauf mobiler geworden sind. Die Knappheit an Auszubildenden in manchen Bereichen der Industrie und des Handwerks liegt nicht allein an der sinkenden Zahl von Jugendlichen, sondern auch daran, dass heute mehr als ein Drittel von ihnen ein Studium aufnimmt.

Auch die Tatsache, dass sich Regionen zunehmend auseinanderentwickeln, dass urbane Zentren rasant wachsen, während periphere ländliche Gemeinden Einwohner/-innen verlieren, beruht auf einem Bündel von Faktoren, die sowohl demografischer als auch sozioökonomischer Art sind. Dörfer haben ihre historische Funktion des Wohnens in der Nähe zu ländlichen Arbeitsplätzen weitgehend verloren. Eine Gegend, die als Wohnort für Pendler oder als Tourismusregion nicht taugt, der gehen Einwohner meist unweigerlich verloren. Grund dafür sind nicht nur Fortzüge. Es gibt vielerorts einfach nicht mehr genug Nachwuchs, um die steigende Zahl von Sterbefällen einer alternden Bevölkerung auszugleichen. Im Schnitt beruht etwa die

Hälfte der Einwohnerverluste ländlicher Kommunen auf dem Überschuss der Sterbefälle über die Geburten.

Noch in den 1990er Jahren war „Suburbanisierung“ das Schlagwort der Bevölkerungsgeografie. Damals verloren Großstädte zehntausende Einwohner, wer irgend konnte, verließ unattraktive Städte, in denen mancherorts noch Fabrikschlote rauchten, und zog in ein Häuschen im Grünen.

Seit der Jahrtausendwende hat sich diese Entwicklung weitgehend umgekehrt. Der neue Trendbegriff lautet „Schwarmverhalten“. Allein zwischen 2010 und 2015 haben von den 79 deutschen Großstädten mehr als 50 Einwohner/-innen hinzugewonnen, über ein Dutzend von ihnen mehr als fünf Prozent. Die Zahlen würden vermutlich noch deutlicher ausfallen, hätte nicht der Zensus von 2011 in vielen Städten die Einwohnerzahl nach unten korrigiert. Dabei sind längst nicht nur Metropolen auf Wachstumskurs, sondern auch Städte aus der zweiten und dritten Reihe. Nicht nur Bonn und Mainz wachsen, sondern auch Koblenz oder Bad Kreuznach. Auch ländliche Kommunen im Umland der Metropolen gewinnen Einwohner/-innen hinzu. Grundsätzlich gilt, je kürzer die Fahrzeit ins Zentrum, umso günstiger die demografische Entwicklung.

Dass junge Menschen vom Land in die Städte ziehen, ist nichts Neues. Neu ist die Häufigkeit, mit der sie dies tun, und die Tatsache, dass sie meist auch nach der Familiengründung dort wohnen bleiben. Während in einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft neue, attraktive Arbeitsplätze vorwiegend in Metropolräumen entstehen, hat sich die Arbeitswelt im ländlichen Raum nicht in gleichem Maße modernisiert. Da viel mehr Jugendliche heute höhere Bildungsabschlüsse erreichen, gehen viele zunächst in eine Großstadt und finden dann dort auch eher eine attraktive Beschäftigung, die ihrer erworbenen Qualifikation entspricht.

Auch das klassische Familienmodell mit alleinverdienendem Ehemann, welches vor allem Westdeutschland geprägt hat, verschwindet. War das Wohnen auf dem Land für solche klassischen Familien noch akzeptabel, ändert sich dies, wenn beide Partner zur Arbeit fahren und die Kinder betreut werden müssen. Dann ist ein Lebensmittelpunkt in der Stadt viel attraktiver. Schließlich sind Städte auch bessere Wohnorte für Familien geworden. Schmutzige Industrie ist verschwunden, Bausünden der 1960er Jahre sind abgerissen, es gibt mehr Grün und die beliebten Gründerzeithäuser wurden saniert.

Es scheint noch einen anderen Faktor des „Schwarmverhaltens“ zu geben: Die schiere Dichte von bezüglich Bildungsstand und Alter ähnlichen Menschen. Junge Leute, die vielerorts im ländlichen Raum eine abnehmende Minderheit sind, ziehen dorthin, wo es viele von ihnen gibt. Nicht die Arbeitsplätze und Start-ups, nicht die Kneipen und Clubs sind zuerst da, sondern junge Menschen zieht es an lebendige Orte. Und erst ihre Konzentration initiiert dann eine Stadtentwicklung mit all der wirtschaftlichen und kulturellen Dynamik, die sie für weitere Zuzügler noch attraktiver macht. Die schon in den 1990er Jahren aufgekommene These, dass eine

flächendeckende Verfügbarkeit von digitalen Kommunikationsmedien physische Nähe mehr und mehr überflüssig machen würde, hat sich bisher als falsch erwiesen.

Für die Zukunftsfähigkeit einer Region sind beide Aspekte des soziodemografischen Wandels, quantitative Veränderungen von Altersgruppen und Einwohnerzahlen wie auch qualitative Aspekte des Verhaltens und der Mobilität der Menschen, relevant. Dabei gehen die Ziele verschiedener gesellschaftlicher Akteure nicht immer in die gleiche Richtung: Auf der einen Seite wird der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen gefordert – auf der anderen Seite wird befürchtet, dass dadurch die Qualität der Bildungszertifikate leide. Eine wachsende Studierendenzahl wird als einerseits etwas Positives gesehen, wobei andererseits beklagt wird, dass eben dies den Wegzug junger Menschen aus ländlichen Regionen fördere.

Die Region Koblenz-Mittelrhein verfügt nicht über eine weit ausstrahlende Metropole im Zentrum, die, wie etwa Berlin, Hamburg oder Köln, überregional qualifizierte Menschen anzieht. Ein leistungsfähiges Bildungssystem, das sowohl gesellschaftliche Entwicklungen aufgreift als auch die Bedarfe in der Region im Blick behält, ist somit eine Voraussetzung dafür, dass diese Region zukunftsfähig bleibt. Die vorliegende Studie möchte sowohl die demografische Entwicklung in der Region Koblenz-Mittelrhein beleuchten als auch die Situation von Bildung und Ausbildung analysieren.

2 Methodisches Vorgehen und Aufbau der Studie

Ziel der Studie ist es, den gegenwärtigen Zustand und die künftigen Herausforderungen an das Bildungssystem in der Region Koblenz-Mittelrhein vor dem Hintergrund der allgemeinen demografischen Entwicklung zu analysieren. Die Region Koblenz-Mittelrhein wird dabei als jene Region definiert, die vom früheren Regierungsbezirk Koblenz umfasst wurde. Zu dieser Region gehören demnach die kreisfreie Stadt Koblenz sowie die zehn Landkreise Ahrweiler, Altenkirchen, Bad Kreuznach, Birkenfeld, Cochem-Zell, Mayen-Koblenz, Neuwied, Rhein-Hunsrück-Kreis, Rhein-Lahn-Kreis und der Westerwaldkreis.

Im ersten Teil der Studie (Abschnitt 3) erfolgt eine Auseinandersetzung mit der demografischen Entwicklung in der Region Koblenz-Mittelrhein. Dabei wird sowohl auf amtliche Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung als auch auf aktuelle Daten zur Zuwanderung zurückgegriffen. Diskutiert wird in diesem Kapitel, in welcher Weise die aktuelle Entwicklung der Zuwanderung Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung der Region nimmt. Dabei wird auch ein spezifischer Blick auf die bildungs- und ausbildungsrelevanten Altersgruppen gelegt.

Da Bildung in erster Linie ein Ergebnis länderspezifischer Bildungssysteme und -strukturen ist und nicht allein regional gedacht werden kann, wird im zweiten Teil der Studie (Abschnitt 4) das Bildungssystem von Rheinland-Pfalz mit den Bildungssystemen anderer Bundesländer verglichen, wobei vor allem die Resultate der Bildungssysteme im Mittelpunkt des Interesses stehen. Dabei erstreckt sich die Analyse auf ein breites Spektrum an Bildungsinstitutionen von Einrichtungen der Elementarpädagogik über allgemeinbildende Schulen bis zu Ausbildungs- oder Studienabschlüssen.

Der dritte und vierte Teil der Untersuchung beleuchten speziell die Region Koblenz-Mittelrhein. Zunächst geschieht dies quantitativ anhand von bildungsstatistischen Indikatoren (Abschnitt 5). Dazu wurden die Daten der zur Region Koblenz-Mittelrhein gehörenden Kreise aggregiert und Vergleiche mit den anderen beiden Regionen des Bundeslandes, der Region Rheinhessen-Pfalz und der Region Trier, gezogen. Zum Teil erfolgt auch ein Blick auf die Unterschiede innerhalb der Region Koblenz-Mittelrhein auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte.

Abschnitt 6 stellt die Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung dar. Hierfür wurden mit Expertinnen und Experten – mit Verantwortlichen in Bildungsinstitutionen und Unternehmen der Region Koblenz-Mittelrhein – qualitative Interviews bezüglich der wahrgenommenen Situation und der Herausforderungen des Bildungssystems geführt.

Abschnitt 7 schließlich zieht ein Fazit der gewonnenen Erkenntnisse und leitet in Abschnitt 8 Schlussfolgerungen daraus ab.

3 Demografische Entwicklung in der Region Koblenz-Mittelrhein

3.1 Bevölkerungsvorausberechnungen für Rheinland-Pfalz

Die aktuelle amtliche Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz¹ wurde im Jahr 2015 veröffentlicht und bezieht sich auf das Basisjahr 2013 – d. h. sämtliche Vorausberechnungen wurden auf den Bevölkerungsstand dieses Jahres angewandt und alle Annahmen werden aus Zeiträumen vor 2013 abgeleitet. Die demografischen Entwicklungen der Jahre 2015 und 2016, speziell die hohe Zuwanderung, konnten diese Projektionen noch nicht berücksichtigen.

Während Geburten- und Sterberaten kurzfristig kaum schwanken und deshalb gut vorausberechnet werden können, kann der Wanderungssaldo eine sehr volatile Größe sein. Die mittlere Variante der Bevölkerungsvorausberechnung geht von einem jährlichen Wanderungssaldo von 6000 Personen, die hohe Variante von jährlich 10.000 Personen aus. Beginnend mit dem Basisjahr 2013 erwartete die Bevölkerungsvorausberechnung (mittlere Variante) für Rheinland-Pfalz bis zum Jahr 2035 einen Bevölkerungsrückgang von insgesamt circa 150.000 Personen. Alle Altersgruppen bis unter 65 Jahre würden nach dieser Vorausberechnung verlieren. Bei der Altersgruppe der jüngeren Berufstätigen von 20 bis unter 35 Jahre wäre sogar ein Rückgang um circa 120.000 Menschen zu erwarten. Mit einem Wachstum ist nach dieser Vorausberechnung bis 2035 lediglich bei der Gruppe der über 65-Jährigen um etwa 350.000 Menschen zu rechnen.

Allerdings verzeichnete Rheinland-Pfalz im Jahr 2014 eine tatsächliche Netto-Zuwanderung von 27.000 Personen, die sich im Jahr 2015 dann auf 52.000 Personen erhöhte.² Im Jahr 2016 betrug der Wanderungssaldo (nach vorläufigen Schätzungen) knapp 30.000 Personen.³ Berücksichtigt man, dass der größte Teil dieser Menschen relativ jung war (etwa 60 Prozent jünger als 30 Jahre), so wird klar, dass die gegenwärtige tatsächliche Entwicklung sowohl der Bevölkerungszahl insgesamt als auch der Entwicklung der jüngeren Altersgruppen deutlich von den Erwartungen der amtlichen Vorausberechnung mit dem Basisjahr 2013 abweichen muss.

3.2 Aktuelle Entwicklung – Alterung trotz Zuwanderung

Ende 2016 wurden in Rheinland-Pfalz 4,07 Millionen Einwohner verzeichnet. Dies waren etwa 80.000 Menschen mehr als beim letzten Zensus im Jahr 2011.⁴ Damit ist die Einwohnerzahl des Bundeslandes nach zwei Jahrzehnten mehr oder weniger stagnierender Werte wieder deutlich gestiegen – auf den historisch höchsten Wert. Ursache der jüngsten Entwicklung ist vor allem die Zuwanderung aus dem Ausland.

Betrachtet man die Veränderung der Altersstruktur, so fällt auf, dass sich in Rheinland-Pfalz gegenwärtig zwei demografische Trends überlagern. Auf der einen Seite ist der klassische als demografischer Wandel bezeichnete Alterungsprozess der Bevölkerung, wie er auch in den Bevölkerungsvorausberechnungen prognostiziert wird, sehr deutlich. Die Einwohnerzahl von Menschen jenseits des 50. Lebensjahres hat zwischen 2011 und 2015 um 120.000 Personen zugenommen.⁵ Dies liegt daran, dass stark besetzte Jahrgangskohorten, die zwischen etwa 1955 und 1970 geboren wurden, älter werden. Für das Land bedeutet dies, gegenwärtig und in Zukunft, eine deutliche Zunahme an älteren Erwerbstätigen sowie der Nichterwerbspersonen.

Im mittleren Erwerbsalter hat es hingegen einen starken Rückgang gegeben. Die Zahl der 40- bis unter 50-jährigen im besten Erwerbsalter stehenden Menschen hat sich zwischen 2011 und 2015 um fast 100.000 Menschen reduziert (minus 14 Prozent). Ursache ist hier, dass der älter werdenden und zahlenmäßig großen Generation der Babyboomer nur relativ geburtenschwache Jahrgänge (ab etwa Jahrgang 1975) nachfolgen. Dieses mittlere Erwerbsalter ist es, in dem sich aus demografischen Gründen ein Fachkräftemangel derzeit und in Zukunft am stärksten bemerkbar machen dürfte. Die nachfolgenden jüngeren Kohorten sind alle deutlich schwächer besetzt und sie können die gegenwärtig mittleren Erwerbsaltersgruppen zahlenmäßig nicht ersetzen.

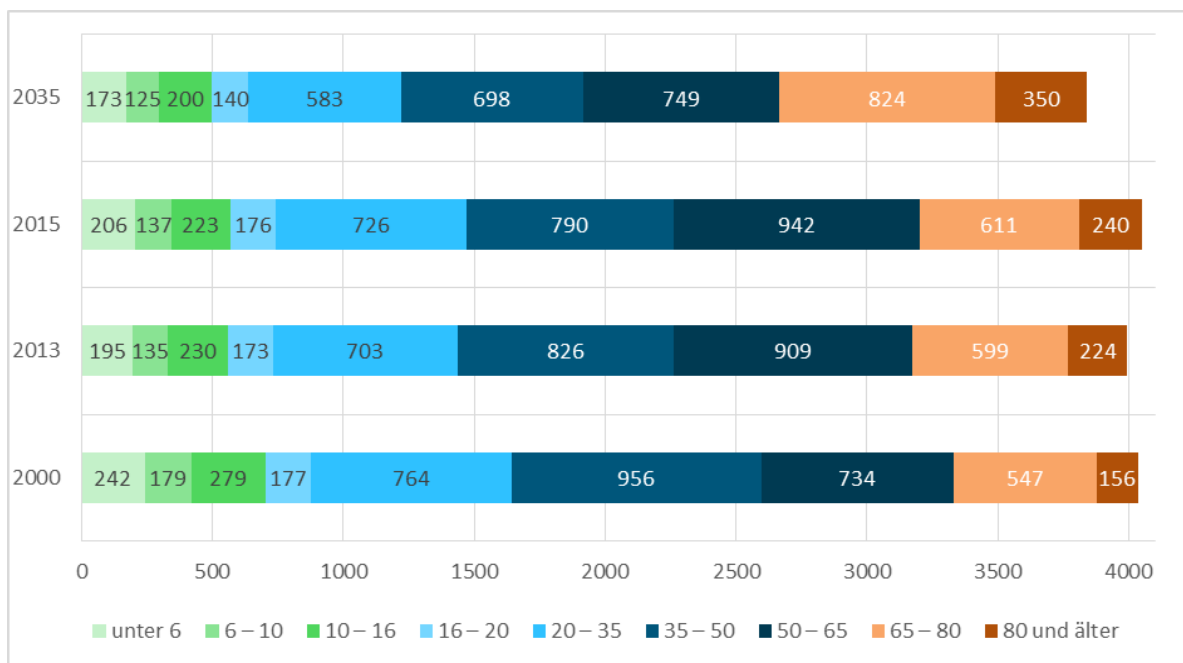
Demgegenüber entwickelten sich die jüngeren Altersgruppen vor allem durch Zuwanderung positiv. Die Zahl der 25- bis unter 40-Jährigen – ein Alter, in dem sich ein großer Teil der Zugewanderten befindet – ist deutlich um etwa 50.000 Personen (7 Prozent) gewachsen. Auch bei den Kindern gab es Zuwachs: Von einer historisch geringen Zahl unter 6-Jähriger im Jahr 2011 hat deren Zahl wieder um etwa 13.000 Kinder (7 Prozent) zugenommen. Hierfür dürfte sowohl die Zuwanderung von ganzen Familien als auch die leicht gestiegene Geburtenrate im Land verantwortlich sein. Frauen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit haben einerseits eine höhere Fertilität, andererseits war auch bei Frauen ohne Migrationshintergrund in den letzten Jahren ein Anstieg der Geburtenrate zu beobachten⁶, welcher einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zugeschrieben wird.

Für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in den jüngeren Altersgruppen wird entscheidend sein, wie sich die Migration nach Deutschland und nach Rheinland-Pfalz entwickelt. Auch wenn die Zuwanderung nach Deutschland im Jahr 2016 deutlich zurückgegangen ist, lässt sich aufgrund der unsicheren politischen Lage in den Abwanderungsstaaten und der Unsicherheiten bezüglich politischer Entscheidungen zur Steuerung von Zuwanderung keine klare Prognose treffen.

Abbildung 1 stellt die reale Besetzung der Altersgruppen in den Jahren 2000, 2013 und 2015 der prognostizierten Zusammensetzung im Jahr 2035 gegenüber. Hierbei wird deutlich, dass die Veränderungen zwischen 2013 und 2015 in den jüngeren Altersgruppen zum Teil ein Bevölkerungswachstum mit sich gebracht haben. Die Entwicklung bei den älteren Altersgruppen

wird von der Zuwanderung hingegen nicht beeinflusst, sondern beruht auf der demografischen Alterung der hier lebenden Bevölkerung.

Abbildung 1: Realer Bevölkerungsstand 2000 bis 2015 und prognostizierte Bevölkerungsentwicklung bis 2035 nach Altersgruppen in Rheinland-Pfalz (in Tausend)



Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bevölkerungsstatistik; 4. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, mittlere Variante

3.3 Bevölkerungsentwicklung in der Region Koblenz-Mittelrhein und ihren Kreisen

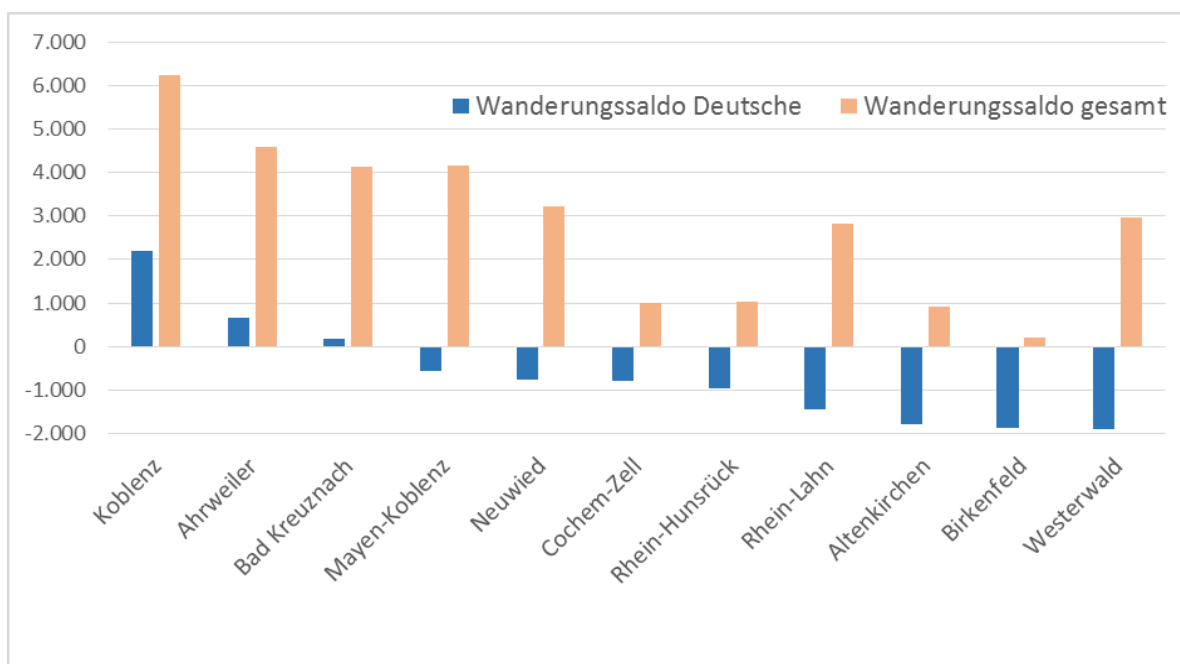
Im Zensusjahr 2011 wurden in der Region Koblenz-Mittelrhein 1,48 Millionen Einwohner gezählt. Die 4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamts erwartete in ihrer mittleren Variante unter Fortschreibung der im Basisjahr 2013 zu beobachtenden Entwicklungen für die Region einen Einwohnerverlust von knapp einem Prozent bis zum Jahr 2020 und von 7 Prozent bis zum Jahr 2035. Bisher ist der erwartete Einwohnerverlust nicht eingetreten, bis zum Jahr 2015 verzeichnete die Region im Gegensatz dazu einen leichten Einwohnerzuwachs um ca. 8000 Personen. Verantwortlich dafür ist die Zuwanderung aus dem Ausland.

Die Region Koblenz-Mittelrhein ist, betrachtet man die Binnenmigration innerhalb Deutschlands, eine Abwanderungsregion. Von 2011 bis 2015 zogen per Saldo etwa 7000 deutsche Staatsangehörige aus der Region weg. Dem standen allerdings 38.000 per Saldo zugezogene ausländische Staatsangehörige gegenüber, sodass der Gesamtwanderungssaldo mit circa 31.000 Personen positiv ausfiel. Geht man davon aus, dass die Binnenwanderungen Deutscher vorwiegend Ausbildungs- und Arbeitsplatzwanderungen sind, während jene von Ausländer/-innen

zum größten Teil Zuzüge von Schutzsuchenden waren, so kann diese Situation auf Defizite sowohl des Bildungssystems als auch der Wirtschaftsstruktur oder der kulturellen Infrastruktur hindeuten.

Die Differenzierung der Wanderungsbewegungen nach Kreisen (Abbildung 2) macht deutlich, dass derzeit nur die Stadt Koblenz selbst und in geringem Umfang die Kreise Ahrweiler und Bad Kreuznach eine überdurchschnittliche Anziehungskraft für Binnenwanderer haben. Generell folgen die Wanderungsbewegungen dem Muster, dass Wegzüge umso stärker ausgeprägt sind, je ländlicher und näher an der Peripherie gelegen die Landkreise sind. Koblenz ist selbst eine Großstadt, die Kreise Ahrweiler und Bad Kreuznach profitieren von der Nähe zu Bonn bzw. Mainz. Alle übrigen Kreise haben einen negativen Wanderungssaldo deutscher Staatsbürger. Zur demografischen Entwicklung der Bevölkerung insgesamt sind neben Wanderungen auch Geburten und Sterbefälle zu berücksichtigen. Da alle Landkreise eine negative natürliche Bevölkerungsentwicklung, also mehr Sterbefälle als Geburten, aufweisen, können die Defizite nicht überall mit Zuwanderung kompensiert werden und die Einwohnerzahl sinkt dennoch.

Abbildung 2: Wanderungssaldo (deutsche Staatsbürger und insgesamt) der Kreise in der Region Koblenz-Mittelrhein (2011 bis 2015)



Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Regionaldatenbank Deutschland

Die Abbildungen 3a bis 3l stellen die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung – insgesamt und nach Altersgruppen – zwischen 2011 und 2015 neben die prognostizierten Entwicklungen von 2013 bis 2020 sowie von 2013 bis 2035. Für die Grafiken wurde die obere Variante der Bevölkerungsvorausberechnung zugrunde gelegt, also jene, die bereits von einer stärkeren Zuwanderung als die mittlere Projektionsvariante ausgeht. Zusätzlich wurde die prognostizierte Entwicklung bis 2020 auf einen 4-Jahres-Zeitraum umgerechnet, um einen besseren Vergleich der tatsächlichen mit der vorausgerechneten Bevölkerungsentwicklung zu ermöglichen. Vergleicht man die „prognostizierte Veränderung im 4-Jahres-Zeitraum“ mit der „realen Entwicklung im 4-Jahres-Zeitraum“, so erhält man ein Bild davon, wie stark sich im betreffenden Landkreis die tatsächliche Entwicklung von der vorausgerechneten unterscheidet.

Ein Blick auf die Entwicklung in der gesamten Region Koblenz-Mittelrhein zeigt zunächst, dass die Region im Zeitraum 2011 bis 2015 weniger demografisch profitiert hat als das Land insgesamt. Die Zahl der Einwohner in der Region Koblenz-Mittelrhein ist um 0,6 Prozent gewachsen, während die Einwohnerzahl von Rheinland-Pfalz insgesamt mehr als 1,5 Prozent zugelegt hat.

Die von der Vorausberechnung ermittelten Veränderungen in den höheren Altersgruppen (Altersgruppe 35 bis unter 50 Jahre und älter) resultieren vorwiegend aus der Alterung unterschiedlich großer Alterskohorten und werden von der Zuwanderung kaum berührt. So resultiert der starke Rückgang bei den 35- bis 50-Jährigen und das Anwachsen der Gruppe der 50- bis 65-Jährigen bereits bis 2020 daraus, dass die letzten Babyboomer-Jahrgänge in den nächsten Jahren die 50 überschreiten werden und deshalb in die nächsthöhere Altersgruppe gelangen.

Der Einfluss der aktuellen Zuwanderung ist jedoch deutlich in den jüngeren Altersgruppen sichtbar. So ist der erwartete Rückgang in den Altersgruppen bis unter 20 Jahre deutlich geringer ausgefallen, als dies nach den Vorausberechnungen zu erwarten gewesen wäre. Die Region Koblenz-Mittelrhein hatte zwischen 2011 und 2015 bei den unter 10-Jährigen sogar ein Bevölkerungswachstum um 1,2 Prozent bzw. 1500 Kinder zu verzeichnen, nachdem deren Zahl zwischen 2000 und 2011 um fast 40.000 zurückgegangen war. Wie für ganz Rheinland-Pfalz gilt hier, dass sowohl eine höhere Geburtenrate als auch die Zuwanderung von Familien mit kleinen Kindern für diese Veränderung verantwortlich ist.

Die auffälligste Veränderung ist die deutliche Zunahme der 20- bis 35-jährigen Bevölkerung um fast fünf Prozent oder 11.500 Personen in der Region. Dafür ist weitgehend die Migration aus dem Ausland verantwortlich, da die Region Koblenz-Mittelrhein kein Ziel innerdeutscher Wanderungen ist. Der Bevölkerungszuwachs in dieser Altersgruppe steht in deutlichem Widerspruch zu den Erwartungen der Bevölkerungsvorausberechnung, die einen kontinuierlichen Rückgang in dieser Altersgruppe erwartet hatte. Auch die Tatsache, dass die Bevölkerungsveränderung in der Altersgruppe der 10- bis unter 20-Jährigen schwächer ausgefallen ist als in der Vorausberechnung erwartet, dürfte ein Resultat der Migration sein. Klar wird aber auch, dass

die Zuwanderung die erwartete Bevölkerungsentwicklung in der Region keineswegs auf den Kopf stellt, sondern lediglich teilweise beeinflusst.

Sehr deutlich wird dies beim Blick in die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte, die sehr unterschiedlich von der Zuwanderung betroffen waren. Quantitativ am stärksten profitiert hat die Stadt Koblenz. In nur vier Jahren hat Koblenz eine Zunahme von fünf Prozent bei den unter 10-Jährigen zu verzeichnen. Bei den 20- bis 35-Jährigen ergab sich sogar ein Wachstum um fast 17 Prozent – eine Entwicklung, die alle Erwartungen weit übertroffen hat. In dieser Altersgruppe geht das Wachstum jedoch nicht ausschließlich auf das Konto internationaler Migration. Koblenz ist, wie viele Großstädte Deutschlands, auch Wanderungsziel junger Menschen aus dem ländlichen Umland.

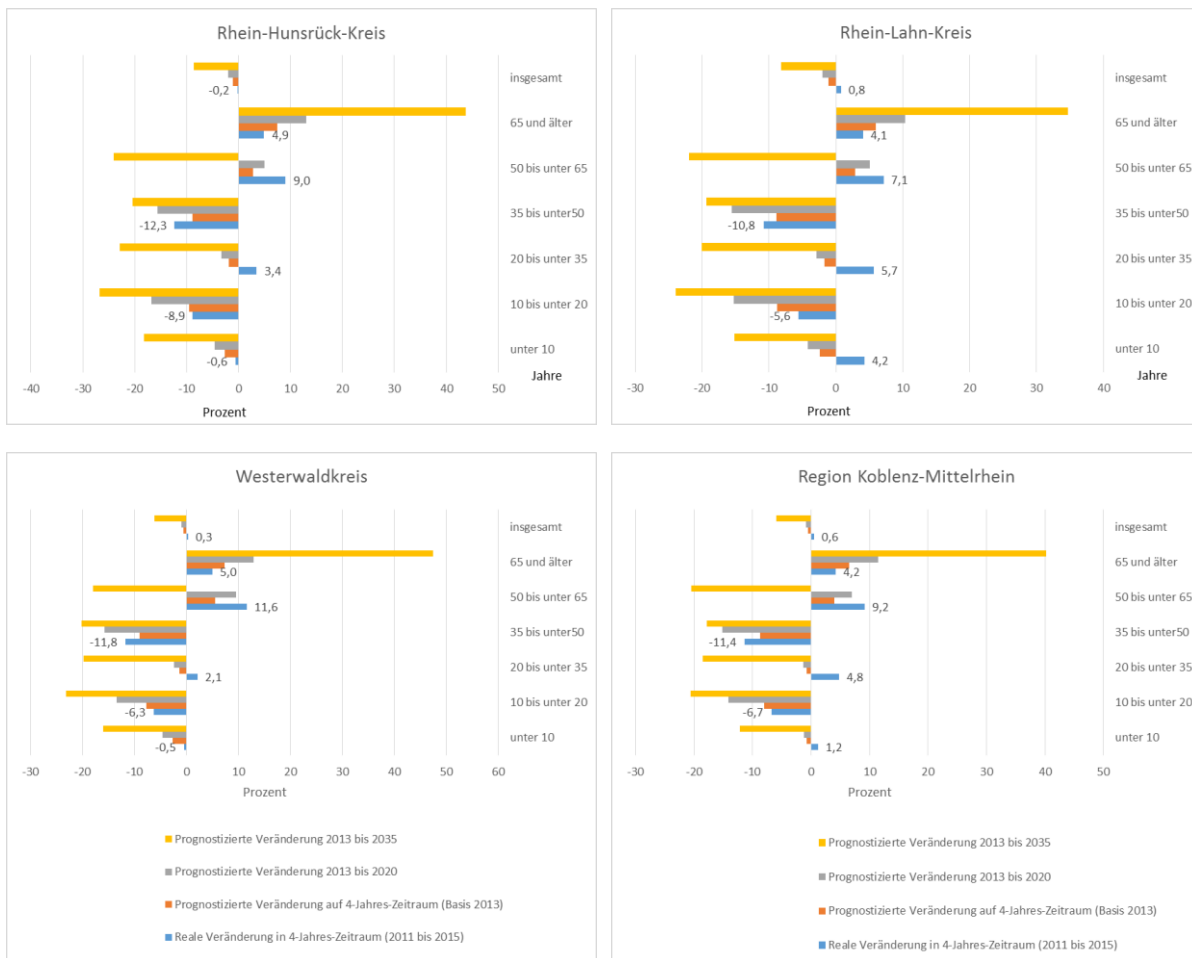
In allen Kreisen der Region Koblenz-Mittelrhein verläuft die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung bei den jüngeren Altersgruppen günstiger als in den Vorausberechnungen erwartet, allerdings ist die Entwicklung sehr unterschiedlich. Einen im Vergleich mit der gesamten Region überdurchschnittlichen Zugewinn an Menschen zwischen 20 und 35 Jahren erzielten neben Koblenz nur die Kreise Rhein-Lahn und Ahrweiler mit etwa sechs Prozent. Der Rhein-Hunsrück-Kreis und die Landkreise Mayen-Koblenz, Neuwied, Bad Kreuznach und Altenkirchen blieben mit einem Zuwachs von zwei bis vier Prozent bereits deutlich dahinter zurück. Der Westerwaldkreis und Cochem-Zell erzielten lediglich ein Plus von zwei Prozent bei den jungen Erwachsenen. Im Landkreis Birkenfeld kommt praktisch kaum etwas von der Zuwanderung an.

Im Rhein-Hunsrück-Kreis sowie in den Kreisen Birkenfeld, Altenkirchen und Cochem-Zell war die Gesamteinwohnerzahl auch trotz der historisch größten Einwanderung in die Bundesrepublik rückläufig, da die Zuwanderung die natürlichen Bevölkerungsverluste durch Sterbefälle nicht kompensieren konnte. Internationale Migration setzt also keineswegs die unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklungen zwischen städtischen und ländlichen Regionen außer Kraft – auch die Migrant/-innen siedeln sich vorwiegend in städtischen Regionen an. Dies liegt natürlich bei Asylbewerber/-innen zunächst auch an der Lage von Aufnahmeeinrichtungen, eine freie Wohnsitzwahl dürfte diese Tendenz noch verstärken. Dennoch können auch ländlich-periphere Regionen demografisch von Zuwanderung profitieren: Der Bevölkerungsrückgang fällt vor allem in den jüngeren Altersgruppen nicht so stark aus, wie von den Bevölkerungsvorausberechnungen erwartet.

Abbildung 3a–h: Prognostizierte und reale Bevölkerungsentwicklung nach Kreisen

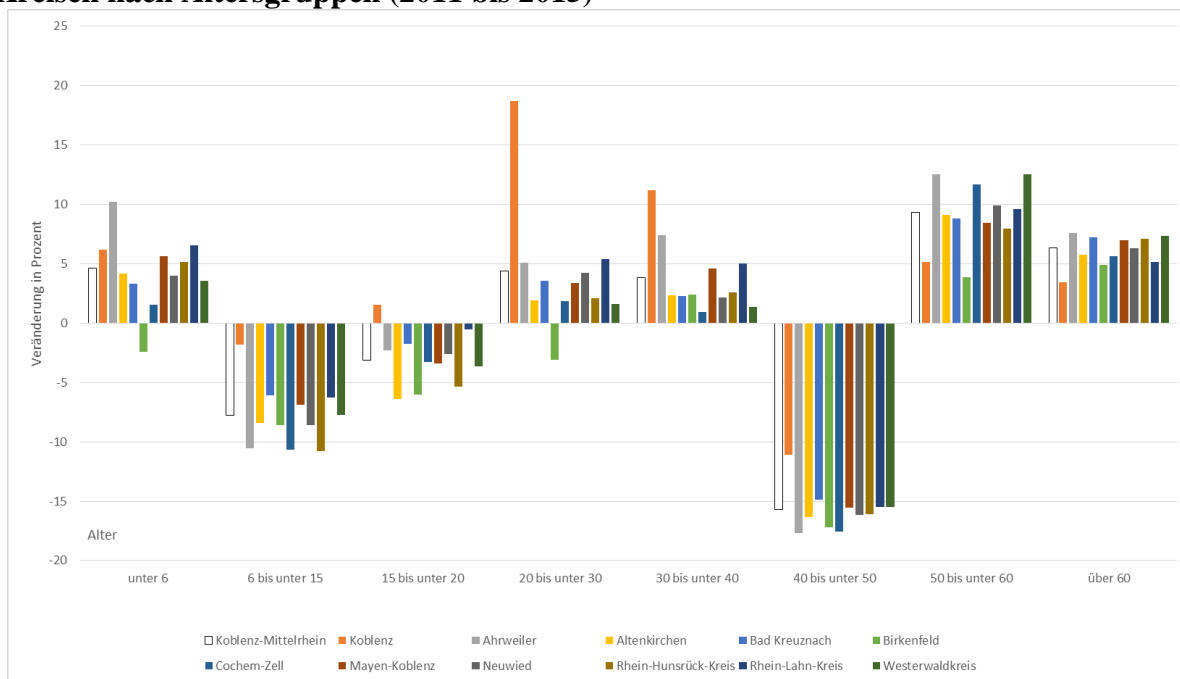


Fortsetzung Abb. 3i-I: Prognostizierte und reale Bevölkerungsentwicklung nach Kreisen



Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bevölkerungsstatistik sowie 4. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, obere Variante; eigene Berechnungen

Abbildung 4: Bevölkerungsentwicklung in der Region Koblenz-Mittelrhein und ihren Kreisen nach Altersgruppen (2011 bis 2015)



Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, eigene Berechnungen

3.4 Migration als quantitativer und qualitativer Faktor der demografischen Entwicklung

Seit den 1960er Jahren hatte die Bundesrepublik fast immer einen positiven Wanderungssaldo. Besonders stark war die Zuwanderung nach 1990, dem Fall des sogenannten Eisernen Vorhangs. Danach gingen die Zuwanderungszahlen zunächst zurück, stiegen aber ab 2010 wieder deutlich an und erreichten im Jahr 2015 mit per Saldo 1,24 Millionen Zugezogenen ihren Höhepunkt. Die Dynamik der Zuwanderung hat im Jahr 2016 etwas nachgelassen, für das gesamte Jahr ist per Saldo mit einer Zuwanderung von 750.000 Personen zu rechnen.⁷

Insgesamt sind damit seit 2010 fast 4 Millionen Menschen nach Deutschland gekommen. Allerdings handelt es sich dabei keineswegs ausschließlich um Flüchtlinge bzw. Asylbewerber/-innen. Im Zeitraum seit 2010 waren fast die Hälfte der Zugewanderten (47 Prozent) EU-Bürger/-innen, die sich frei im EU-Raum bewegen können. Selbst im Krisenjahr 2015 machten sie mit 31 Prozent noch immer fast ein Drittel der Zugewanderten aus.⁸ Es ist also wichtig, die Analyse von Migration in ihrer Bedeutung für die Bevölkerungsentwicklung nicht auf Asylsuchende zu verengen. Sie sind nur ein Teil der nach Deutschland kommenden Migrant/-innen – allerdings ein Teil, der zumindest in den Jahren 2015 und 2016 eine dominierende Rolle innerhalb der Migration bekommen hat.

Daten zu sozioökonomischen Eigenschaften von Migrant/-innen sind aufgrund des komplexen Wanderungsgeschehens nur eingeschränkt und selten zeitnah erhältlich. Die Erarbeitung und Veröffentlichung von Statistiken erfolgt meist mit einer Verzögerung von ein bis zwei Jahren, was bei der gegenwärtigen Dynamik des Wanderungsgeschehens und der Geschwindigkeit der öffentlichen Diskussion unbefriedigend bleiben muss. Die Zusammensetzung der Migrant/-innen nach Herkunftsregion, Ethnie, Alter, Geschlecht, Bildungsstand u. ä. kann sich durch politische Entwicklungen in den Herkunftsländern und durch politische Entscheidungen im Aufnahmeland Deutschland kurzfristig ändern. Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich weitgehend auf den Zeitraum bis einschließlich des Jahres 2015, für den schon detaillierte Analysen vorliegen. Differenzierte Statistiken zum Wanderungsgeschehen 2016 lagen zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Studie noch nicht vor.

Eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung hat die soziodemografischen Merkmale von zwischen 2013 und 2015 eingereisten Geflüchteten untersucht.⁹ Die größte Gruppe aus einem einzelnen Land machten in diesem Zeitraum Schutzsuchende aus Syrien aus, an zweiter Stelle stand die Zuwanderung aus Afghanistan, gefolgt vom Irak. Weitere größere Gruppen Schutzsuchender kamen aus Eritrea und Somalia, aus dem Iran und Pakistan sowie aus den Balkanstaaten Albanien, Serbien und Kosovo. Die Alters- und Geschlechtsverteilung der Schutzsuchenden zeigt ein deutliches Übergewicht von jungen und männlichen Migranten aus fast allen Herkunftsregionen. So waren bei den Migrant/-innen aus Syrien 56 Prozent, bei jenen aus Afghanistan 70 Prozent und aus Eritrea und Somalia sogar 80 Prozent jünger als 30 Jahre. Insgesamt waren knapp 60 Prozent der Schutzsuchenden jünger als 30 Jahre. Der Männeranteil an allen Schutzsuchenden lag bei 73 Prozent.¹⁰

3.4.1 Bildungsstand der Zugewanderten

Zum Bildungsstand der jüngst Zugewanderten gibt es keine umfassende Statistik. Aus Studien zu der in Deutschland lebenden Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist jedoch bekannt, dass der Bildungsstand von aus EU-Staaten Zugewanderten in etwa dem Bildungsstand der deutschen Bevölkerung entspricht und ihn im Hinblick auf Studienabschlüsse sogar übertrifft.¹¹

Von erheblicher Relevanz für die Integration in die deutsche Gesellschaft und speziell in den Arbeitsmarkt ist die Frage, über welche Schul- oder Berufsbildung die als Asylbewerber/-innen eingereisten Schutzsuchenden verfügen. Daten hierzu sind aus speziellen Erhebungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) bekannt geworden.

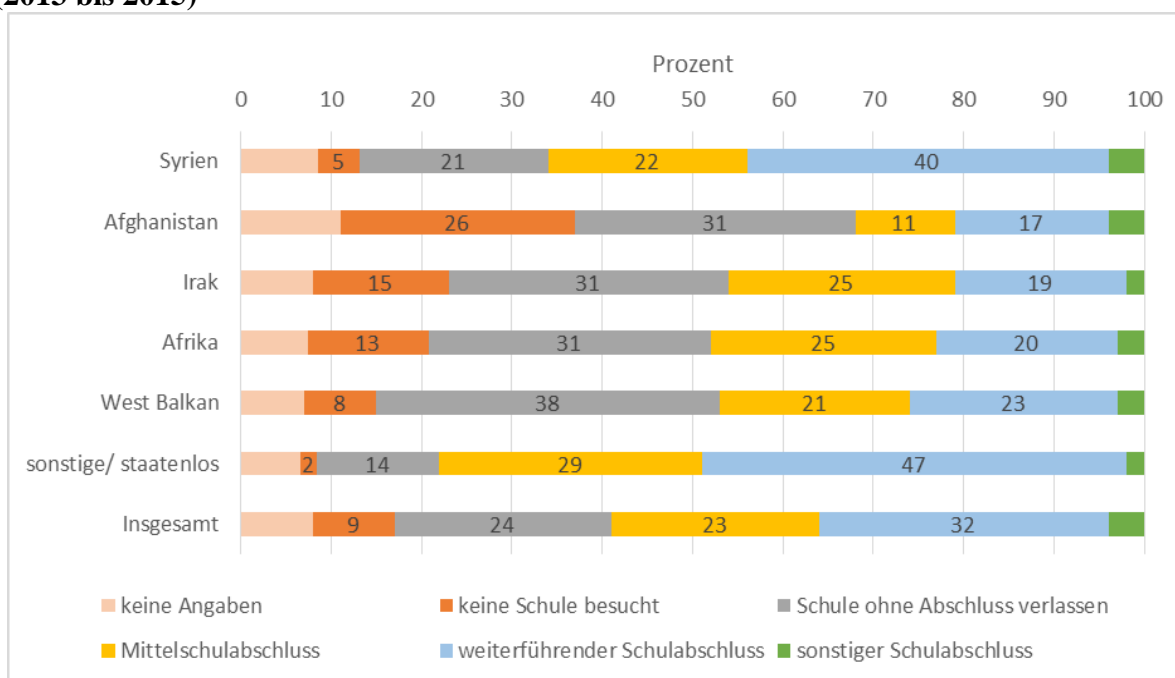
Die Art der im Herkunftsland erworbenen Bildung ist – je nach politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dieser Staaten – sehr unterschiedlich, sodass sich kaum pauschale Aussagen über das Bildungsniveau von Migrant/-innen machen lassen. Die größten Differenzen gibt es hierbei zwischen den beiden Hauptherkunftsländern Syrien und Afghanistan: Während von den ab 18-jährigen Syrern lediglich 5 Prozent angeben, niemals eine Schule besucht zu haben, sind dies bei den Migrant/-innen aus Afghanistan 26 Prozent. Auch bei Migrant/-innen

aus afrikanischen Ländern ist der Anteil ohne Schulbesuch vergleichsweise hoch. Insgesamt ist eine deutliche Polarisierung zu beobachten: Während auf der einen Seite ein Drittel aller Schutzsuchenden keinerlei Schulabschluss vorweisen kann, verfügt auf der anderen Seite ebenfalls ein Drittel über einen „weiterführenden Schulabschluss“ (höher als Mittelschulniveau).

Bezüglich der Sprachkenntnisse kam die Studie des IAB zu dem Ergebnis, dass nur circa 10 Prozent vor der Einreise über Deutschkenntnisse verfügten. Die häufigsten Muttersprachen der Migrant/-innen waren Arabisch (44 Prozent), gefolgt von Kurdisch (14 Prozent) und Persisch (10 Prozent). Knapp 30 Prozent der Befragten gab an, Englisch mindestens gut lesen zu können. Auf der anderen Seite geben etwa 12 Prozent der Schutzsuchenden an, auch ihre Muttersprache nicht oder nur schlecht schreiben zu können. Von den Schutzsuchenden, die bereits seit mehr als zwei Jahren in Deutschland leben, verfügen nach eigener Einschätzung zwei Drittel über gute oder mittlere deutsche Sprachkenntnisse.

Ein Großteil der Schutzsuchenden war vor der Ausreise aus ihrem Heimatland erwerbstätig. Allerdings spiegelt sich dies kaum in einer formalen Berufsbildung wider, da in den meisten der Herkunftsländer Berufe als „Training on the Job“ erlernt werden und nicht mit formalen Ausbildungsabschlüssen verbunden sind. 69 Prozent der über 18-jährigen Befragten verfügten demzufolge über keine berufliche Ausbildung, lediglich 9 Prozent hatten eine betriebliche Ausbildung oder eine berufliche Schule besucht. Immerhin 19 Prozent hatten eine Hochschule besucht, 13 Prozent verfügten auch über einen Hochschulabschluss. Dies kommt dem Anteil von Hochschulabsolvent/-innen in der deutschen Bevölkerung bereits recht nahe. Generell gilt, dass das Bildungsniveau von Migrant/-innen umso geringer ist, je stärker und länger ihr jeweiliges Herkunftsland von Kriegen und Konflikten geprägt war. Insofern ist das Bildungsniveau von Migrant/-innen aus Eritrea und Afghanistan im Durchschnitt sehr gering, hingegen verfügen Geflüchtete aus Syrien über ein vergleichsweise gutes Bildungsniveau.

Abbildung 5: Schulbildung von Schutzsuchenden in Deutschland nach Herkunftsregion (2013 bis 2015)



Datengrundlage: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2016): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. IAB-Forschungsbericht 14/2016, S. 57

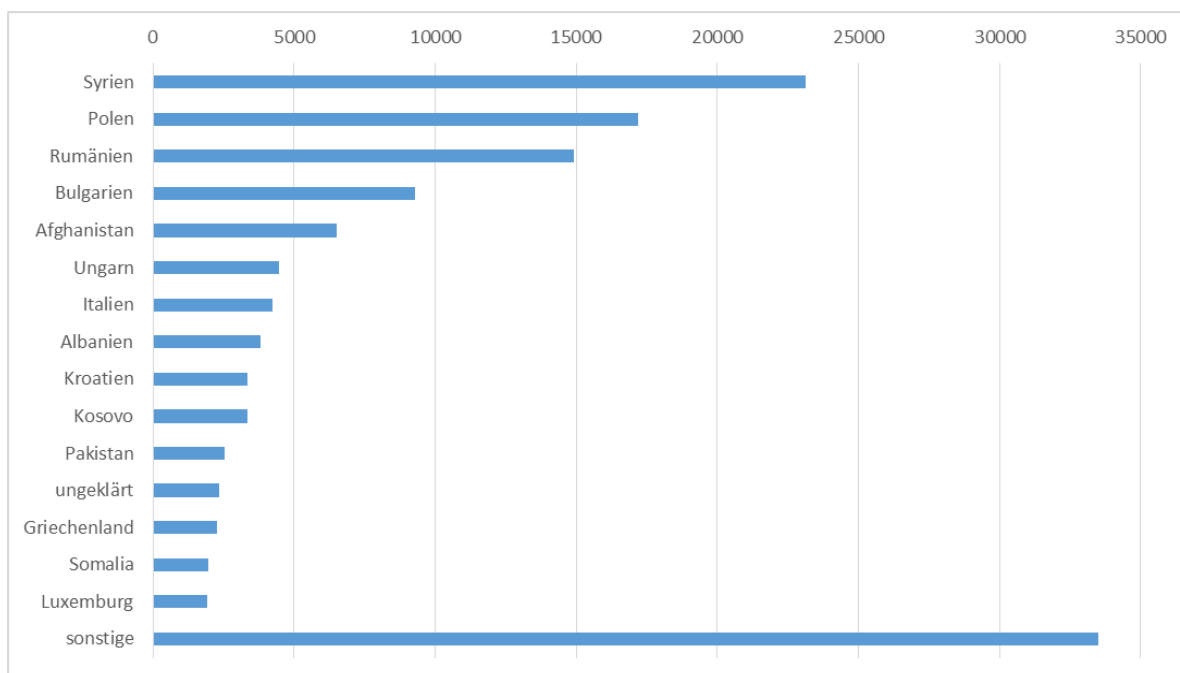
3.5 Struktur der Zuwanderung nach Rheinland-Pfalz

Von 2011 bis 2015 sind per Saldo rund 135.000 Menschen nach Rheinland-Pfalz zugewandert, wovon ein großer Teil auf die Zuwanderung des Jahres 2015 entfällt. Wie in ganz Deutschland machen Schutzsuchende allerdings auch hier nur einen Teil der Zuwanderer aus, 42 Prozent der Zuwanderer stammten aus EU-Ländern.¹² Asylbewerber/-innen dürften nur etwa die Hälfte der nach Rheinland-Pfalz zugewanderten Personen ausmachen. Die größte Zuwanderungsgruppe im Zeitraum von 2011 bis 2015 kam aus Syrien (23.000 Personen), die nächstgrößeren Gruppen kamen aus Polen (17.000 Personen), gefolgt von Rumänien (15.000 Personen) und Bulgarien (9.200 Personen). Aus Afghanistan gelangten 6.500 Zuwanderer nach Rheinland-Pfalz.

Betrachtet man nur die Schutzsuchenden, so nimmt Rheinland-Pfalz nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel 4,8 Prozent der Schutzsuchenden auf, die nach Deutschland einreisen. Zunächst leben die Geflüchteten bis zu sechs Monate in Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende (AfA). Solche Aufnahmeeinrichtungen befinden sich in Trier, Hermeskeil, Kusel, Ingelheim und Speyer. Eine weitere Aufnahmeeinrichtung existierte in Diez, die zum 31.3.2017 geschlossen wurde.¹³ Anschließend werden die Schutzsuchenden auf die Kommunen verteilt. Insgesamt kamen im Jahr 2015 knapp 53.000 und im Jahr 2016 etwa 16.000 Flüchtlinge nach Rheinland-Pfalz. Die soziodemografische Zusammensetzung der Asylbewerber/-innen in

Rheinland-Pfalz unterscheidet sich dabei nicht grundsätzlich von jener, die für ganz Deutschland gilt. Im Jahr 2016 kamen die größten Gruppen aus Syrien (43 Prozent) und Afghanistan (18 Prozent). Weitere größere Herkunftsgruppen sind Menschen aus Somalia und Eritrea sowie aus dem Iran. Die genannten Nationalitäten machen insgesamt etwa 85 Prozent aller Asylbewerber/-innen aus. Etwa zwei Drittel der Asylbewerber/-innen sind männlich, mehr als 80 Prozent sind jünger als 35 Jahre. Etwa 20 Prozent der im Jahr 2016 nach Rheinland-Pfalz gekommenen Schutzsuchenden sind im schulpflichtigen Alter von 6 bis 17 Jahren.¹⁴

Abbildung 6: Internationale Wanderungen nach Rheinland-Pfalz (Saldo) von 2011 bis 2015 nach Herkunftsländern (Anzahl Personen)



Datengrundlage: Statistisches Landesamt (2016)¹⁵

4 Bildung in Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer

4.1 Elementarbildung

Elementarbildung bezeichnet den sogenannten elementarpädagogischen Bildungsbereich in der frühen Kindheit, das heißt vor dem regulären Schuleintritt im 6. Lebensjahr. Als Vorstufe des Bildungswesens ist der Bereich der Elementarbildung innerhalb der Jugendhilfe angesiedelt und ist somit politisch bzw. juristisch nicht Teil des Bildungssystems, weshalb er – im Gegensatz zum föderalen Bildungssystem – der Bundesgesetzgebung unterliegt. Traditionell wurden die Einrichtungen der Elementarbildung für Kinder von 3 bis 6 Jahren als „Kindergärten“ und für unter 3-jährige Kinder als „Kinderkrippen“ bezeichnet. Heute wird zunehmend der verallgemeinernde Begriff der Kindertagesbetreuung verwendet. Dieser kann nochmals in Betreuung in einer Kindertagesstätte oder in einer Kindertagespflege, die durch eine Tagesmutter bzw. einen Tagesvater erfolgt, unterteilt werden. In der Gegenwart geht der Fokus der Aufmerksamkeit dabei immer mehr von der bloßen Betreuung hin zur tatsächlichen Elementarbildung, die während der Kinderbetreuung in der Tagespflege oder in der Betreuungseinrichtung stattfinden soll.

In Rheinland-Pfalz haben Kinder – wie in ganz Deutschland – seit 1996 ab dem dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Seit 2013 gilt deutschlandweit ein Rechtsanspruch auf Kindertagespflege und Förderung bereits ab dem 1. Geburtstag.

Die außerhäusliche Betreuung und Förderung von Kindern im Vorschulalter gilt heute als wichtige Voraussetzung für eine höhere Erwerbsbeteiligung von Müttern, der beruflichen Gleichstellung von Männern und Frauen, der Kompensation von entwicklungsbedingten Nachteilen von Kindern aus sozial schwachen Familien sowie dem frühen Spracherwerb von Kindern mit Migrationshintergrund. Deshalb wird eine möglichst hohe Betreuungsquote von Kindern in Kindertageseinrichtungen angestrebt. Auf dem sogenannten „Krippengipfel“ von Bund, Ländern und Kommunen im Jahr 2007 wurde vereinbart, für 35 Prozent der Kinder unter 3 Jahren ein Angebot zur Kindertagesbetreuung zu schaffen, mittlerweile wird dieser Bedarf auf rund 39 Prozent aller Kinder dieses Alters geschätzt.¹⁶

4.1.1 Betreuung und Elementarbildung bei unter 3-jährigen Kindern

Im Jahr 2016 besuchten in Deutschland rund ein Drittel aller Kinder unter 3 Jahren eine Kindertageseinrichtung. Im Vergleich der Bundesländer divergieren die Betreuungsanteile allerdings stark: In den westdeutschen Bundesländern lag die Betreuungsquote durchschnittlich bei rund 28 Prozent, hingegen war sie mit knapp 52 Prozent in den ostdeutschen Bundesländern

nahezu doppelt so hoch. Ursache dieser Diskrepanz sind historisch unterschiedliche Entwicklungen. Anders als in der DDR, wo öffentliche Kinderbetreuung bereits seit den 1970er Jahren weit verbreitet und auch gesellschaftlich akzeptiert war, wurden sowohl Kinderbetreuungseinrichtungen als auch die Erwerbstätigkeit von Müttern in der früheren Bundesrepublik lange skeptisch gesehen. Öffentliche Kinderbetreuung war dementsprechend in Westdeutschland bis zur Jahrtausendwende sehr schwach ausgebaut und stößt offenbar bis heute auf größere Vorbehalte als im Osten Deutschlands. Auf der anderen Seite ist auch der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, die in der Regel besonders niedrige Betreuungsquoten aufweisen, in den westdeutschen Bundesländern höher.

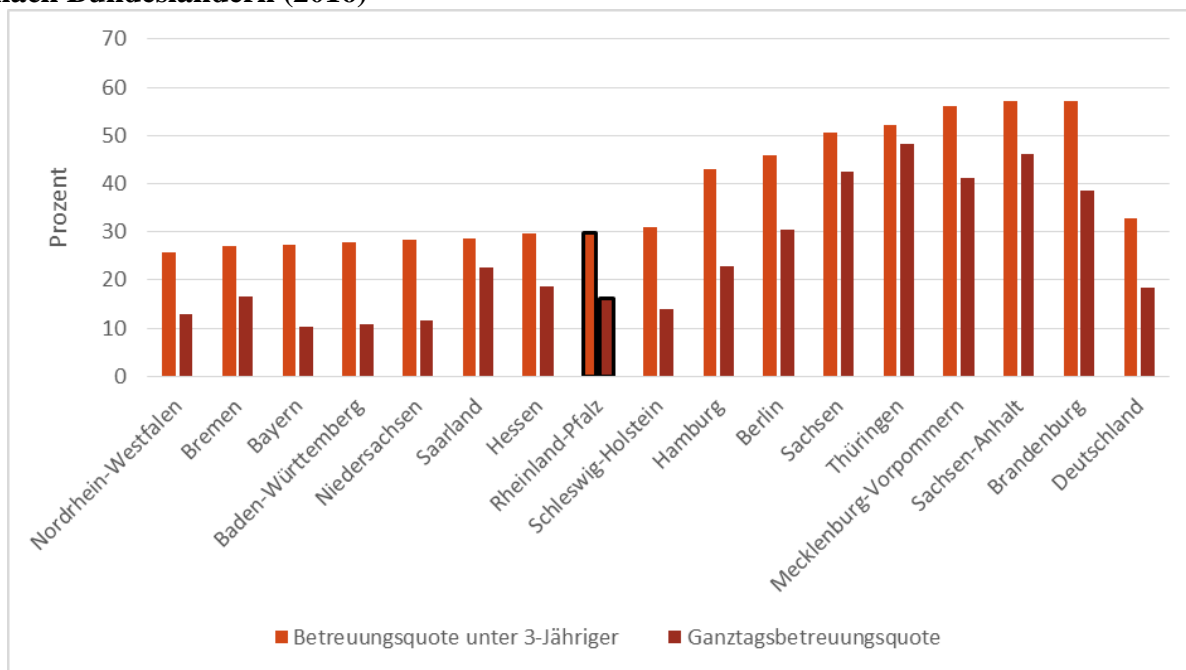
Im Jahr 2016 lag die Betreuungsquote von unter 3-jährigen Kindern in Rheinland-Pfalz bei 29,9 Prozent.¹⁷ Rheinland-Pfalz zählt damit neben Schleswig-Holstein und Hessen zu den westdeutschen Flächenländern mit den höchsten Betreuungsquoten für Kinder unter drei Jahren. Allerdings erreicht Rheinland-Pfalz damit nicht annähernd die Betreuungsquoten der ostdeutschen Bundesländer, die zwischen 50,6 Prozent in Sachsen und 57,2 Prozent in Brandenburg liegen. Dennoch sind die Veränderungen im Bereich der Betreuung unter 3-Jähriger in Rheinland-Pfalz enorm: Noch im Jahr 2006 wurden hier weniger als 10 Prozent aller unter 3-Jährigen in Kindertageseinrichtungen untergebracht – diese Quote hat sich somit binnen 10 Jahren mehr als verdreifacht.¹⁸

Prägnant sind auch die Unterschiede bei der Ganztagsbetreuungsquote. Diese gibt an, welcher Anteil der Kinder mehr als 7 Stunden täglich, also ganztätig, betreut wird. Während die Ganztagsbetreuungsquote in den ostdeutschen Bundesländern bei 40 bis 50 Prozent liegt, bewegt sie sich in Westdeutschland zwischen 10 und 20 Prozent. Rheinland-Pfalz hat hier mit 16,1 Prozent in Westdeutschland einen relativ hohen Wert, der nur vom Saarland und von Hessen übertroffen wird. Der Abstand zu den ostdeutschen Bundesländern bleibt jedoch eklatant. Während in Thüringen etwa die Hälfte aller unter 3-jährigen Kinder ganztätig betreut wird (Betreuungsquote insgesamt 52,2 Prozent; 48,2 Prozent ganztätig), ist dies in Rheinland-Pfalz lediglich etwa jedes 5. Kind (Betreuungsquote insgesamt 29,9 Prozent; 16,1 Prozent ganztätig).

4.1.2 Betreuung und Elementarbildung bei 3- bis 6-jährigen Kindern

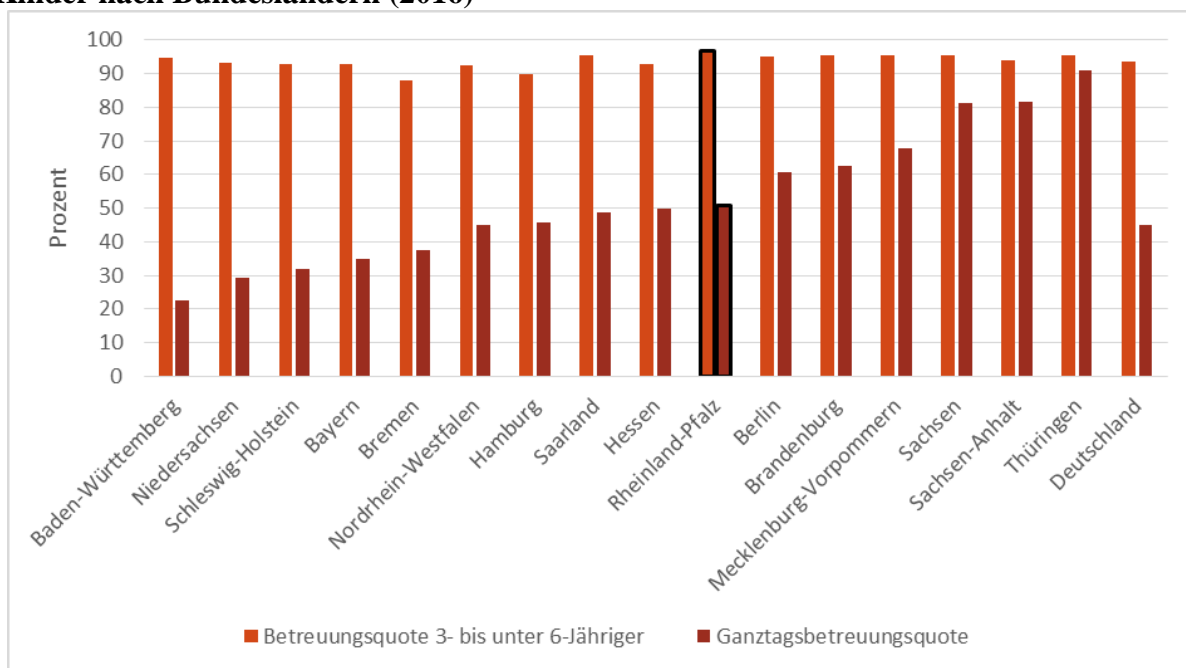
Die Kindergartenzeit zwischen dem 3. und 6. Lebensjahr gehört mittlerweile bei nahezu allen Kindern in Deutschland fest zum Lebenslauf. Deutschlandweit besuchen 93,6 Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe eine Kinderbetreuung, dabei ist die Quote in Westdeutschland (93,2 Prozent) nur wenig niedriger als in Ostdeutschland (95,2 Prozent). Die früher ebenfalls großen Diskrepanzen zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern wurden somit seit der Einführung des Kinderbetreuungsgesetzes im Jahr 1996 weitgehend angeglichen und die Kinderbetreuung für 3- bis 6-Jährige wurde praktisch zum Normalfall.

Abbildung 7: Betreuungsquoten und Ganztagsbetreuungsquoten unter 3-jähriger Kinder nach Bundesländern (2016)



Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2016): Kindertagesbetreuung regional 2016, eigene Grafik

Abbildung 8: Betreuungsquoten und Ganztagsbetreuungsquoten 3- bis unter 6-jähriger Kinder nach Bundesländern (2016)



Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2016): Kindertagesbetreuung regional 2016, eigene Grafik

Rheinland-Pfalz hat in dieser Altersgruppe eine der höchsten Betreuungsquoten im deutschlandweiten Vergleich: 2016 wurden 96,6 Prozent aller Kinder ab drei Jahre in Kindertageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Tagespflege betreut.¹⁹ In den vergangenen Jahren konnte sich Rheinland-Pfalz hier nur wenig verbessern, da die Betreuungsquote bereits 2006 bei 93,6 Prozent lag. Interessant ist hier der Blick auf den Anteil derjenigen 3- bis 6-Jährigen, die ganztags, also mindestens 7 Stunden am Tag, betreut werden. Denn nur eine Ganztagsbetreuung ermöglicht tatsächlich eine Vollzeiterwerbstätigkeit für Mütter und Väter. Diese Ganztagsbetreuungsquote lag 2016 in Rheinland-Pfalz bei 50,8 Prozent – auch dies ist einer der höchsten Werte unter den westdeutschen Bundesländern. Lediglich ostdeutsche Bundesländer, in denen im Schnitt etwa drei Viertel aller 3- bis unter 6-Jährigen ganztags betreut werden, erreichen hier nochmals deutlich bessere Werte.

4.2 Primar- und Sekundarbildung – Allgemeinbildende Schulen

Das allgemeinbildende Schulsystem umfasst Bildungseinrichtungen, die nicht unmittelbar zu einem beruflichen Abschluss führen. Man unterscheidet hier den Primarbereich, dem die Grundschulbildung zuzuordnen ist, es folgt der Sekundarbereich, der üblicherweise mit einem Sekundarschulabschluss I beendet werden kann, welcher zu einer Berufsausbildung qualifiziert, aber nicht zu einem Studium berechtigt. Weiterführende Bildungsgänge vermitteln einen Sekundarschulabschluss II, beispielsweise eine Fachhochschulreife oder eine allgemeine Hochschulreife. Der tertiäre Bildungsbereich umfasst den Hochschulbereich, also im Wesentlichen Universitäten und Fachhochschulen, an denen Hochschulabschlüsse erworben werden können. Der Sekundarbereich umfasst in Rheinland-Pfalz die Förderschulen, „Realschulen plus“, Integrierte Gesamtschulen, Freie Waldorfschulen sowie Gymnasien. Seit August 2013 gibt es kaum noch eigenständige Haupt- und Realschulen, diese wurden im Rahmen der 2009 begonnenen Schulstrukturreform zu „Realschulen plus“ zusammengefasst.

4.2.1 Benchmarks des Bildungserfolgs im allgemeinbildenden Schulsystem

Angesichts einer aus demografischen Gründen langfristig rückläufigen Schülerzahl und der steigenden Qualifikationsanforderungen einer Wissensgesellschaft haben in der Vergangenheit verschiedene Institutionen Empfehlungen erarbeitet, sogenannte Benchmarks, in denen anzustrebende Werte bestimmter Bildungsindikatoren für Deutschland benannt wurden. Diese Empfehlungen sollen gewährleisten, dass Deutschland angesichts des demografischen Wandels und der Erfordernisse des technologischen Fortschritts und internationaler Konkurrenz leistungsfähig bleibt.

Im Jahr 2006 formulierte der Wissenschaftsrat, dass im Bildungssystem eine Studienberechtigtenquote von 50 Prozent (2006: 43 Prozent), eine Studienanfängerquote von 40 Prozent (2006:

37 Prozent) und eine Absolventenquote von 35 Prozent (2006: 22 Prozent) eines jeden Altersjahrgangs angestrebt werden sollten.²⁰

Auf dem von der Bundesregierung veranstalteten Dresdner Bildungsgipfel im Jahr 2008 wurden weitere Ziele hinsichtlich gering qualifizierter Personen formuliert. So sollten der Anteil von Schulabgänger/-innen ohne Abschluss auf 4 Prozent (2008: 7,5 Prozent) und der Anteil von ausbildungsfähigen jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss auf 8,5 Prozent (2008: 17,5 Prozent) gesenkt werden.²¹ In Einschätzungen der Leistungsfähigkeit eines Bildungssystems sollte daher auch auf diese Zielwerte Bezug genommen werden.

4.2.2 Quantitative Entwicklung der Schüler/-innenzahlen in Rheinland-Pfalz

Die Zahl der Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen ist in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken. Zwischen den Schuljahren 2005/06 und dem Schuljahr 2016/17 ging die Zahl der Schülerinnen und Schüler um 67.000 und damit um 14 Prozent des Ausgangswertes zurück.²² Bei den Schüler/-innen der Primarstufe ist seit 2013/14 eine Stabilisierung zu verzeichnen, zuletzt stieg deren Zahl wieder leicht an.²³ Hier zeigen sich deutlich die Auswirkungen des demografischen Wandels auf das Bildungssystem, denn immer schwächer besetzte Jahrgänge gelangen ins Bildungssystem.

4.2.3 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf

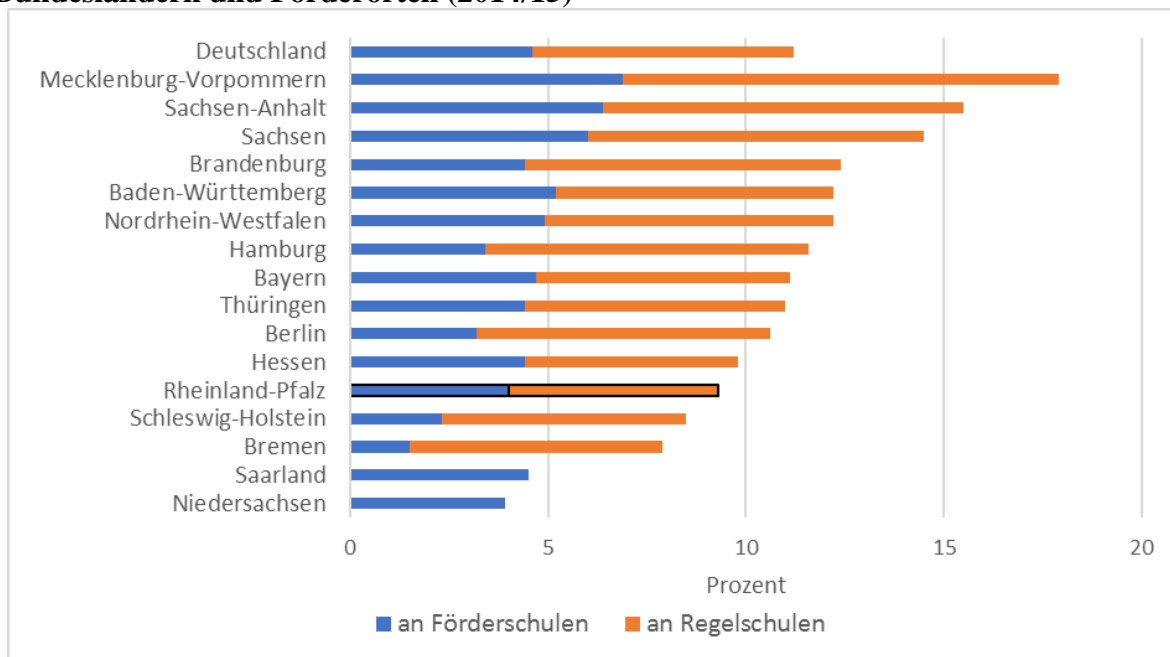
In der Vergangenheit besuchten Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufgrund von geistigen oder körperlichen Behinderungen spezielle Förderschulen. Gemäß dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte der Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention), welches 2009 in Deutschland in Kraft trat, besteht die Verpflichtung, in allen gesellschaftlichen Bereichen Bedingungen zu schaffen oder weiterzuentwickeln, welche die Interessen und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung berücksichtigen. Ein Ziel dabei ist, ein integratives Bildungssystem zu schaffen, in dem ein gemeinsames Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung zur Regel wird.²⁴ Dies bedeutet, dass spezielle Schulen für Menschen mit Behinderungen immer mehr reduziert und stattdessen auch Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in regulären Schulen eingeschult und dort besonders gefördert werden sollen (inklusive Bildung). Tatsächlich sank seit 2009, nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention, in Deutschland die Zahl der Schüler/-innen an Förderschulen bei insgesamt gleichbleibenden Zahlen von Personen mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Dies zeigt, dass ein immer größerer Teil dieser Schüler/-innen an regulären Schulen inklusiv unterrichtet wird. Deutschlandweit wurde im Schuljahr 2014/15 bei knapp 490.000 Schüler/-innen ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt, dies entspricht 5,8 Prozent aller Schülerinnen und Schüler.

Rheinland-Pfalz setzte im Rahmen der Erweiterung der integrativen Bildung seit 2001 auf den Ausbau von inklusiven Schwerpunktschulen²⁵. Der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit

sonderpädagogischem Förderbedarf lag im Schuljahr 2014/15 bei 5,3 Prozent und bleibt damit im Bundesländervergleich niedrig. Dennoch hat sich in Rheinland-Pfalz die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf zwischen 2010 und 2015 von 18.200 auf 19.600 erhöht.²⁶ Vier Prozent aller Schülerinnen und Schüler lernen an Förderschulen, die verbleibenden 1,3 Prozentpunkte entfallen auf Schüler/-innen, die an regulären allgemeinbildenden Schulen inklusiv unterrichtet werden. Damit hat Rheinland-Pfalz nach Niedersachsen und dem Saarland den geringsten Anteil an Schüler/-innen mit besonderem Förderbedarf und nach Hessen auch den zweitgeringsten Anteil an Schüler/-innen mit besonderem Förderbedarf, die an regulären allgemeinbildenden Schulen lernen. Sehr hohe Anteile erreichen hier ostdeutsche Bundesländer: In Mecklenburg-Vorpommern wurde bei 11 Prozent aller Schülerinnen und Schüler ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt, 6,9 Prozent besuchen Förderschulen.²⁷

Dennoch ist zu beobachten, dass durch die vermehrte Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs (und damit einhergehender besserer Förderung) keineswegs eine Senkung der Quote von Absolvierenden ohne Berufsreife gewährleistet werden konnte. Gerade Bundesländer mit hohen Förderquoten haben häufig einen hohen Anteil an Schüler/-innen, die das allgemeinbildende Schulsystem ohne Berufsreife verlassen. Es bleibt abzuwarten, wie sich der Ausbau des integrativen Unterrichts an weiterführenden Schulen entwickelt und ob dadurch der Anteil der Schüler/-innen mit Förderbedarf, die keine Berufsreife erlangen, langfristig gesenkt werden kann.

Abbildung 9: Anteil der Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf nach Bundesländern und Förderorten (2014/15)



Datengrundlage: Statistisches Bundesamt (2016): Schulen auf einen Blick, S. 22

4.2.4 Bildungsabschlüsse im Sekundarschulbereich

Zu Beginn des Schuljahres 2016/17 besuchten in Rheinland-Pfalz rund 415.000 Schülerinnen und Schüler eine allgemeinbildende Schule, etwa ein Drittel davon befindet sich in der Grundschulbildung.²⁸ Gegen Ende der 4. Klassenstufe stehen die Schüler/-innen vor der Wahl einer weiterführenden Schulform. Diese Wahl ist für den weiteren Berufsweg und die späteren Einkommenschancen von erheblicher Bedeutung.

Seit Einführung der Realschulen plus und dem weitgehenden Verschwinden von Haupt- und Realschulen seit dem Jahr 2010 ist der Anteil der Schüler/-innen, die an eine Realschule plus wechseln, zunächst stark angestiegen und erreichte 2012 mit knapp 33 Prozent einen Höchstwert. Im Schuljahr 2016/17 entschieden sich 30 Prozent aller Schüler/-innen der 5. Klassenstufe für eine Realschule plus. De facto ist diese Schulform allerdings eine Schulform mit mehreren Bildungsgängen, das heißt sie kann sowohl mit einer Berufsreife (früher Hauptschulabschluss) als auch mit einem qualifizierten Sekundarschulabschluss I (früher Realschulabschluss) verlassen werden.

Demgegenüber entschieden sich im Schuljahr 2016/17 41 Prozent der Schüler/-innen für ein Gymnasium. Dieser Wert ist in der Vergangenheit kontinuierlich angestiegen. Auch der Anteil der Schüler/-innen in Integrierten Gesamtschulen, die ebenfalls den Erwerb einer Studienberechtigung ermöglichen, hat sich seit 2010 deutlich erhöht und lag 2016 bei etwa 18 Prozent. Unverändert besuchen zwischen acht und neun Prozent der Schüler/-innen eine schulartübergreifende Orientierungsstufe. Damit nimmt die Schüler/-innenzahl in jenen Schularten, die prinzipiell den Erwerb einer Studienberechtigung ermöglichen, weiter zu. Allerdings erreichen dort nicht alle Schüler/-innen tatsächlich eine Hochschulreife.²⁹

Im Jahr 2016 verließen in Rheinland-Pfalz 36,8 Prozent der Schulentlassenen die allgemeinbildenden Schulen mit einer allgemeinen Hochschulreife.³⁰ Gegenüber 2004 ist damit der Anteil der Schulentlassenen mit allgemeiner Hochschulreife um mehr als zehn Prozentpunkte angestiegen. Rheinland-Pfalz ist das einzige Bundesland, in dem weiterhin ein 9-jähriges Gymnasium (G9) die Regel ist. Zwar besteht seit dem Schuljahr 2008/09 die Möglichkeit, G8-Bildungsgänge einzurichten, dies wurde bisher jedoch nur von wenigen Schulen umgesetzt.³¹

Ebenfalls 36,8 Prozent der Schulentlassenen verließen im Jahr 2016 die Bildungseinrichtungen mit einem qualifizierten Sekundarschulabschluss I. Damit war der Anteil der Schulentlassenen mit qualifiziertem Sekundarschulabschluss I im Jahr 2016 zum ersten Mal genauso hoch wie der mit allgemeiner Hochschulreife.³² Deutlich gesunken ist hingegen der Anteil jener Schulentlassenen, die lediglich eine Berufsreife (früher Hauptschulabschluss) erlangen. Weniger als ein Fünftel aller Schülerinnen und Schüler verlässt die Schulen mit diesem Abschluss, damit ist dieser Anteil in den vergangenen zehn Jahren um etwa ein Drittel gesunken.

Der Anteil der Schulentlassenen „mit Berufsreife“ lag 2014, das Jahr, für welches der Bundesländervergleich gezogen werden kann, in Rheinland-Pfalz zwei Prozentpunkte über dem deutschen Mittelwert. Der Anteil der Schulentlassenen, die keine Berufsreife erlangten, entsprach

mit 5,4 Prozent etwa dem Wert für ganz Deutschland.³³ Seither ist dieser Wert in Rheinland-Pfalz leicht angestiegen, 2016 erreichten etwa 6 Prozent der Schulentlassenen keine Berufsreife.

Während die Absolvierendenquote mit qualifiziertem Sekundarschulabschluss I etwa dem Bundesdurchschnitt entsprach, blieb der Anteil der Absolvierenden mit Hochschulreife 2014 zwei Prozentpunkte hinter dem deutschen Mittelwert zurück. Trotz einer deutlichen Steigerung der Absolvierendenquoten mit Hochschulreife aus allgemeinbildenden Schulen konnte Rheinland-Pfalz hier nicht völlig mit den Entwicklungen in anderen Bundesländern Schritt halten. Die jüngsten Werte zu den Bildungsabschlüssen in Rheinland-Pfalz zeigen allerdings, wie viel Dynamik in dieser Entwicklung gegenwärtig (s. o.) noch enthalten ist – allerdings dürfte dies auch für die anderen Bundesländer gelten. Eine Einschätzung zur Entwicklung der Studienberechtigtenquote insgesamt ermöglicht hingegen erst eine gemeinsame Betrachtung mit den Schulentlassenen aus beruflichen Schulen.

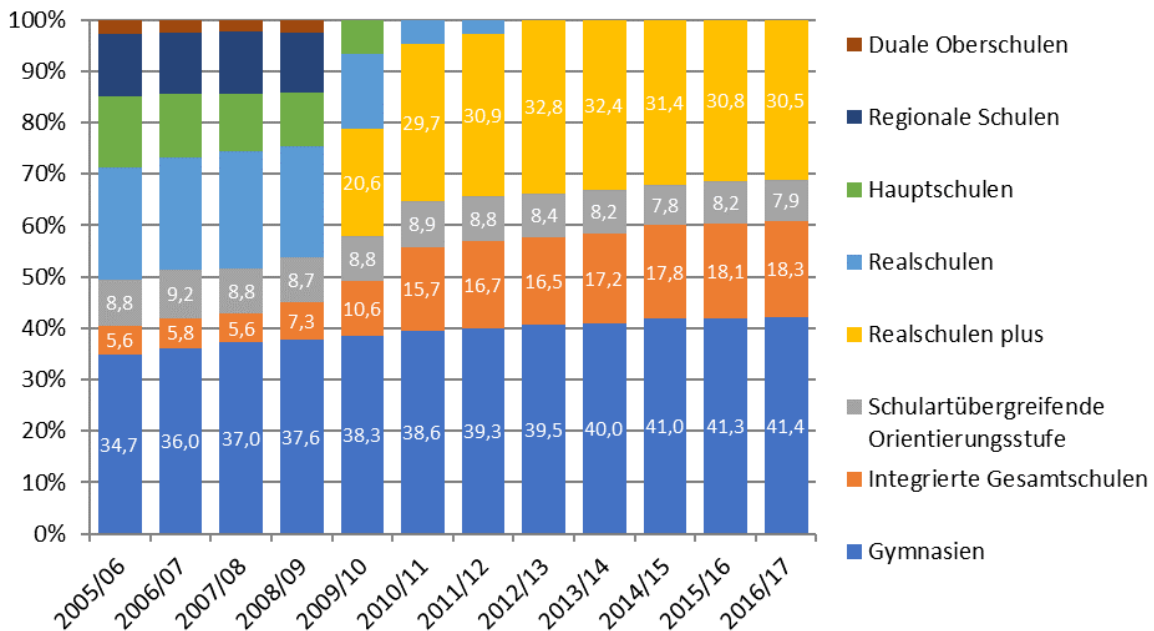
4.2.5 Schulentlassene ohne Berufsreife

Als Personen ohne Berufsreife gelten solche Jugendlichen, die keinen Sekundarschulabschluss erreicht haben. Sie haben gar keinen oder lediglich den Abschluss einer Förderschule vorzuweisen, welcher nicht als Berufsreife gilt. Jugendliche ohne Berufsreife haben auf dem gegenwärtigen Arbeitsmarkt nur geringe Chancen, einen Beruf zu erlernen.

In Rheinland-Pfalz lag im Jahr 2014 der Anteil der Schulentlassenen aus allgemeinbildenden Schulen ohne Berufsreife bei 5,4 Prozent. Dieser Wert entsprach etwa dem deutschen Durchschnitt, liegt aber noch deutlich über dem vom Wissenschaftsrat angestrebten Zielwert von 4 Prozent. Sechs Bundesländer haben hier niedrigere Werte, wobei keines bereits die Benchmark erreicht.

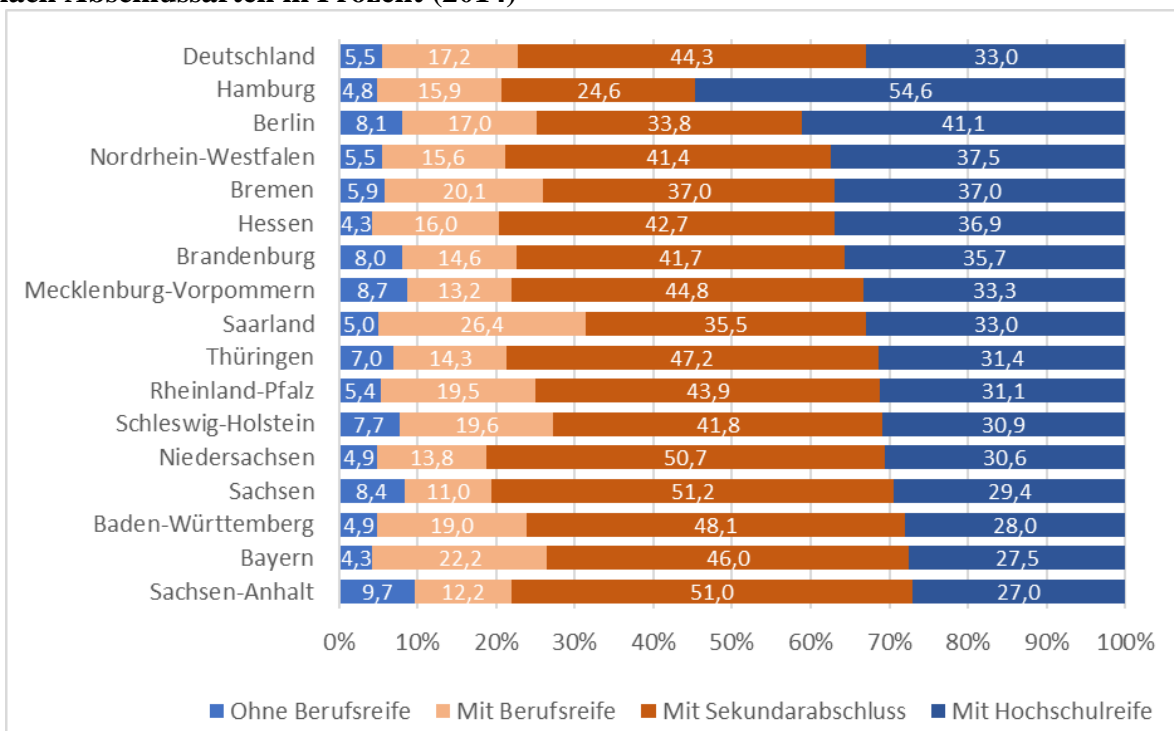
In der Vergangenheit stellten Hauptschüler/-innen, die ihre Schulausbildung ohne Abschluss beendeten, den Großteil der Schulentlassenen ohne Berufsreife. In Rheinland-Pfalz hat offenbar die weitgehende Abschaffung der Hauptschulen und der Übergang zum Modell der „Realschulen plus“ zu einer deutlichen Verringerung der Schulentlassenen ohne Berufsreife beigetragen. Noch im Jahr 2003, vor der Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen, lag die Quote der Schulentlassenen ohne Berufsreife in Rheinland-Pfalz bei 9 Prozent. Absolvierende von Förderschulen machen etwa zwei Drittel der Schulentlassenen ohne Berufsreife aus. Ein Drittel sind Entlassene aus anderen Schularten, die jedoch dort keinen qualifizierenden Abschluss erreichen konnten.³⁴

Abbildung 10: Zugänge aus Grundschulen in weiterführende Schularten (2005/06 bis 2016/17)



Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2016): Statistisches Jahrbuch 2016, S. 121; sowie: Gesellschaft und Staat: Bildung: Basisdaten Land online

Abbildung 11: Schulentlassene aus allgemeinbildenden Schulen nach Bundesländern nach Abschlussarten in Prozent (2014)



Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2016): Statistisches Jahrbuch 2016, S. 122 (die Fachhochschulreife wurde in dieser Statistik dem Sekundarschulabschluss II zugeordnet)

4.2.6 Schulische Leistungen von Sekundarschüler/-innen

In der öffentlichen Diskussion werden mitunter Zweifel geäußert, ob die starke Zunahme von höheren Schulabschlüssen bzw. Studienberechtigungen ohne eine Absenkung von Bildungsstandards erreicht worden sein kann. Auch aus der Wirtschaft sind mitunter Klagen zu hören, wonach das Leistungsniveau von Schulabgängern abgenommen habe. Kritisiert wird teilweise auch eine wahrgenommene Inflation guter Schulnoten.

Richtig ist, dass ein erworbenes Bildungszertifikat nicht zwangsläufig etwas über die tatsächlich vermittelten Kenntnisse und Fertigkeiten aussagt. Untersucht wurden Wissen und Kompetenzen von Schülern deshalb in den vergangenen Jahren zunehmend durch spezielle Schulleistungsuntersuchungen, von denen die international vergleichende „PISA“-Studie sicher die größte Bekanntheit erlangt hat. Ohne an dieser Stelle vertieft auf die Diskussion um international vergleichende Bildungsstandards und deren Relevanz eingehen zu können, muss doch festgehalten werden, dass sich die Leistungen deutscher Schüler/-innen beim alle drei Jahre durchgeführten international vergleichenden Leistungstest PISA gegenüber 2001 deutlich verbessert haben. Beim jüngsten internationalen Vergleich aus dem Jahr 2015 erreichten deutsche Schüler/-innen in den Kompetenzbereichen Naturwissenschaften, Mathematik und Lesekompetenz jeweils Ergebnisse, die im oberen Leistungsdrittel der teilnehmenden Länder liegen.³⁵

Für die Bundesländer gibt es seit 2012 Bildungsstandards für die Allgemeine Hochschulreife in den Fächern Deutsch, Mathematik und Sprachen, welche von der Kultusministerkonferenz beschlossen wurden. Diese Bildungsstandards beschreiben fachspezifische Kompetenzanforderungen, über die Schülerinnen und Schüler zum Ende der Grundschule, der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II verfügen sollen. Vom Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) wird seither regelmäßig untersucht, inwieweit in den einzelnen Bundesländern die entsprechenden Kompetenzanforderungen vor Abschluss des entsprechenden Bildungsabschnitts erreicht werden. Die Studien des IQB widmen sich der Reihe nach Kompetenzmessungen in unterschiedlichen Fachdisziplinen. So wurden im Jahr 2012 bundesweit mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern untersucht. Ein erneuter Ländervergleich in Mathematik wird erst wieder im Jahr 2018 erfolgen. Im Jahr 2015 erfolgte schließlich die Untersuchung von sprachlichen Kompetenzen, speziell also den Kompetenzen in Deutsch und der ersten Fremdsprache. Anhand der genannten beiden Studien aus den Jahren 2012 und 2015 soll hier ein Vergleich der Kompetenzvermittlung im rheinland-pfälzischen Schulsystem für die Fachkenntnisse in Mathematik und Deutsch vorgenommen werden.

Im IQB-Ländervergleich 2012 wurden im Fach Mathematik Testaufgaben für die Kompetenzbereiche *Zahl, Messen, Raum und Form, funktionaler Zusammenhang* sowie *Daten und Zufall* entwickelt. Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler im Test wurden mit Punkten bewertet und unter Anwendung verschiedener statistischer Verfahren auf einen Mittelwert von 500

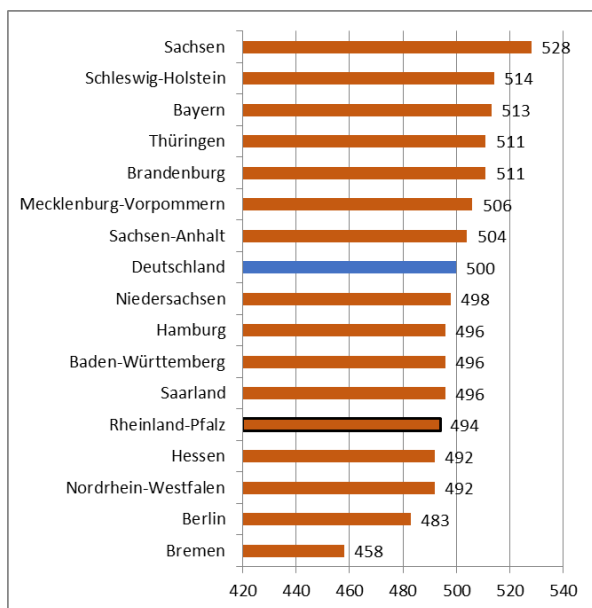
Punkten bei einer Standardabweichung von 100 Punkten transformiert. Das heißt, der Mittelwert aller getesteten Schüler in Deutschland lag bei einem Testwert von 500 Punkten. Die Leistungen der Schüler in einzelnen Bundesländern können somit in ihrer Abweichung vom bundesweiten Mittelwert beurteilt werden.

Beim Schulleistungsvergleich der Bundesländer beim IQB-Ländervergleich 2012 („Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen am Ende der Sekundarstufe I“) erreichten rheinland-pfälzer Schüler/-innen in den meisten getesteten Kompetenzbereichen (*Zahl, Messen, Raum und Form, funktionaler Zusammenhang*) ein Ergebnis leicht über dem deutschen Durchschnitt. Lediglich im Kompetenzbereich *Daten und Zufall* blieben sie etwas unterdurchschnittlich. Im Globalvergleich entsprach das Kompetenzniveau der Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz mit 503 Punkten ziemlich genau dem Durchschnittswert aller Bundesländer. Die besten Ergebnisse erzielten hier generell die Schüler/-innen ostdeutscher Bundesländer. So erreicht Brandenburg im Globalvergleich 518, Sachsen-Anhalt 513, Thüringen 521 und Sachsen sogar 536 Punkte. Die größten negativen Abweichungen vom Mittelwert wurden mit lediglich 486 Punkten in Nordrhein-Westfalen und mit 471 Punkten in Bremen ermittelt. Zur Verteilung der Schülerleistungen auf die einzelnen Kompetenzstufen des Kompetenzstufenmodells stellt der Bericht fest, dass diese Verteilung in etwa der bundesdeutschen Verteilung entspricht. Auffälligkeiten bezüglich der rheinland-pfälzischen Leistungsverteilung seien nicht zu beobachten.³⁶

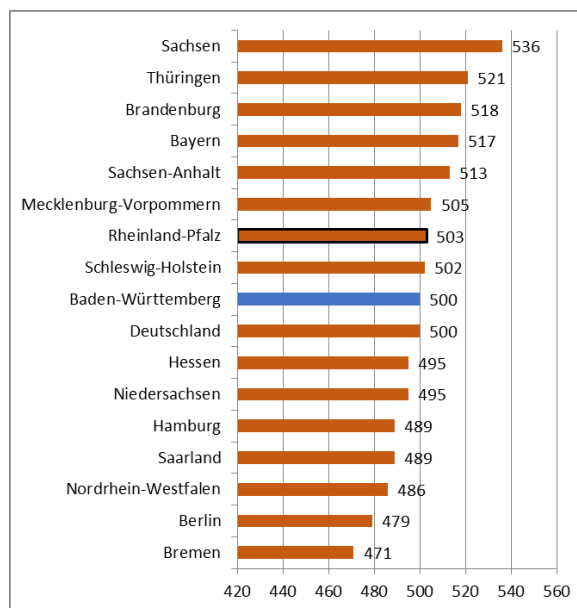
Beim IQB-Ländervergleich 2015 im Bereich Sprache wurden mit Hilfe von Testaufgaben die Kompetenzbereiche *Lesen, Zuhören* sowie *Orthografie* geprüft. Wie beim Mathematiktest werden die Leistungen der Schüler/-innen in den Testaufgaben bewertet und so transformiert, dass der Leistungsdurchschnitt für ganz Deutschland bei 500 Punkten bei einer Standardabweichung von 100 Punkten liegt. Die Länderunterschiede sind im Bereich Sprache ausgeprägter als im Bereich Mathematik. Erneut schneiden ostdeutsche Bundesländer (Spitzenreiter Sachsen mit 528 Punkten) deutlich besser ab. Schlusslicht ist erneut Bremen (458 Punkte). Rheinland-Pfalz liegt im Bereich Sprache mit 494 Punkten erneut nahe am Mittelwert für ganz Deutschland. Die Untersuchung stellt auch fest, dass in Rheinland-Pfalz im Fach Deutsch in allen drei Kompetenzbereichen die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die einzelnen Stufen des Kompetenzstufenmodells in etwa der bundesweiten Verteilung entspricht. Die Mindeststandards werden ähnlich häufig verfehlt und die Regelstandards ähnlich häufig erreicht oder übertroffen wie in Deutschland insgesamt.³⁷

Abbildung 12a, b: Mittelwerte für die Kompetenzen von Schüler/-innen der 9. Jahrgangsstufe in den Kompetenzbereichen Lesen im Fach Deutsch 2015 sowie für den Kompetenzstand Mathematik 2012

a) Kompetenzbereich Lesen (2015)



b) Kompetenzstand Mathematik (2012)



Datengrundlage:

Kompetenzbereich Lesen; Quelle: Stanat, Petra et al. (Hg.) (2016): IQB-Bildungstrend 2015. Sprachliche Kompetenzen am Ende der 9. Jahrgangsstufe im zweiten Ländervergleich, S. 337

Kompetenzstand Mathematik; Quelle: Pant, Hans Anand et al. (Hg.) (2013): IQB-Ländervergleich 2012. Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen am Ende der Sekundarstufe I, S. 124

4.2.7 Studienberechtigte

Die Studienberechtigtenquote gibt an, welcher Anteil der 18- bis 20-jährigen Bevölkerung über eine Zugangsberechtigung zum Hochschulstudium verfügt. Dazu gehören sowohl Personen mit allgemeiner Hochschulreife als auch mit Fachhochschulreife. Die Studienberechtigtenquote ist höher als der Anteil der Schulentlassenen mit Hochschulreife aus allgemeinbildenden Schulen. Denn eine Hochschulzugangsberechtigung kann auch an beruflichen Schulen erworben werden, etwa an einer Berufsoberschule, einer Berufsfachschule oder einem beruflichen Gymnasium.

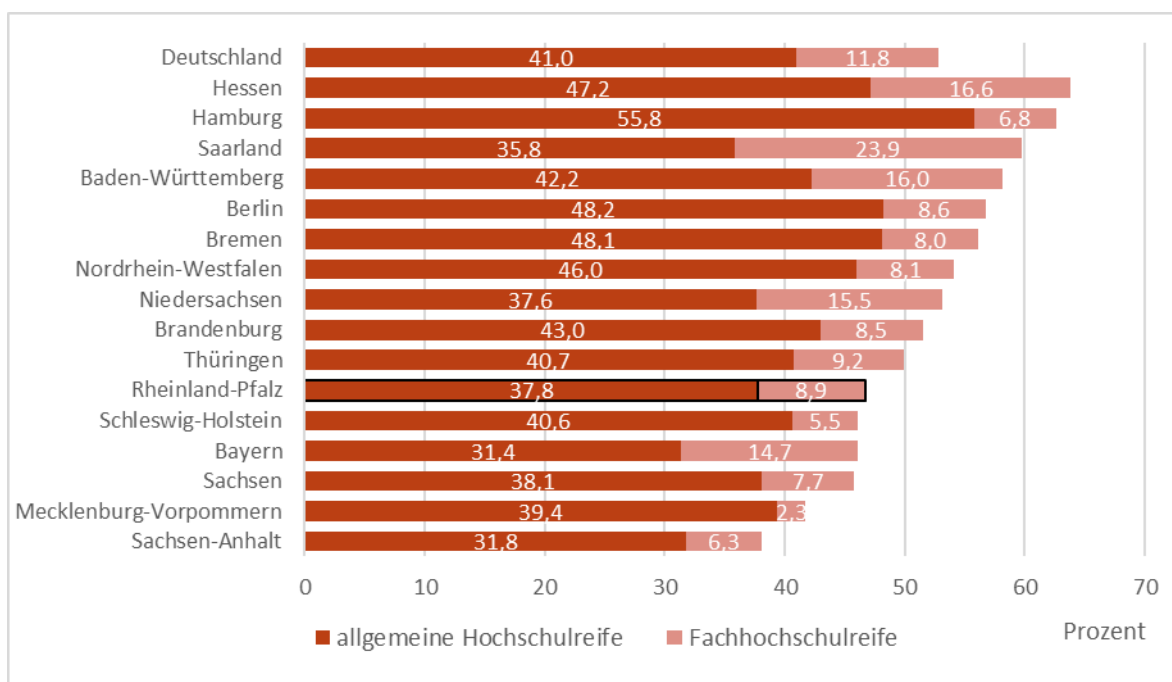
In Rheinland-Pfalz hatten im Jahr 2015 ca. 21.000 Personen zwischen 18 und 20 Jahren eine Studienberechtigung. Damit betrug die Studienberechtigtenquote dieser Altersgruppe ca. 47,9 Prozent. Dieser Wert ist seit 1990 nahezu kontinuierlich angestiegen. Vor allem zwischen 2005 und 2010 gab es einen Sprung um fast zehn Prozentpunkte. Zwischen 2010 und 2015 hat sich die Studierendendenquote hingegen nur noch geringfügig verändert. Wie in ganz Deutschland haben auch in Rheinland-Pfalz deutlich mehr Frauen (52,8 Prozent) als Männer (43,2 Prozent)

eine Studienberechtigung. Dies liegt zu einem Teil an einem höheren Frauenanteil in den allgemeinbildenden Bildungsgängen, die zu einer Hochschulreife führen. Zum anderen liegt dies auch daran, dass Frauen häufiger schulische Berufsausbildungen wählen, in deren Rahmen eine (Fach-)Hochschulreife erworben werden kann, während dies für Männer in der dualen Berufsausbildung weniger wahrscheinlich ist.³⁸

Trotz des erheblichen Wachstums bei den Studienberechtigungen blieb Rheinland-Pfalz unter der Benchmark des Wissenschaftsrates, der ein Ziel von 50 Prozent Studienberechtigten formuliert hat, und auch etwa fünf Prozentpunkte unter der durchschnittlichen Studienberechtigtenquote für ganz Deutschland, die im Jahr 2014 bei 52,8 Prozent lag.

Verglichen mit anderen Bundesländern liegt Rheinland-Pfalz damit im untersten Drittel. Bayern und Schleswig-Holstein haben ähnlich geringe Werte und lediglich in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern bleiben die Studienberechtigtenquoten noch deutlich unter dem rheinland-pfälzischen Wert.³⁹ Aufgrund der bundesländerspezifischen Bildungssysteme setzen sich die Studienberechtigtenquoten in den Bundesländern in unterschiedlicher Weise aus Studienberechtigten mit allgemeiner bzw. mit Fachhochschulreife zusammen. In manchen Bundesländern erreichen mehr Schüler/-innen eine allgemeine Hochschulreife, in anderen dagegen ist der Anteil jener Schulabgänger/-innen mit Fachhochschulreife stärker. Rheinland-Pfalz bleibt sowohl bei der Quote Jugendlicher mit allgemeiner als auch mit Fachhochschulreife unter den Durchschnittswerten für ganz Deutschland.

Abbildung 13: Studienberechtigtenquote nach Bundesländern (2014)



Datengrundlage: Destatis (2016): Schulen auf einen Blick 2016, S. 32

4.3 Tertiäre Bildung – Hochschulen

In Rheinland-Pfalz gibt es 21 Hochschulen mit 38 Standorten. Davon sind vier Universitäten, die Johannes Gutenberg-Universität in Mainz als größte Universität in Rheinland-Pfalz, gefolgt von den Universitäten Koblenz-Landau, Trier und der TU Kaiserslautern. Fachhochschulen gibt es in Koblenz (mit Standorten in Remagen und Höhr-Grenzhausen), Trier (mit den Standorten Birkenfeld und Idar-Oberstein), Kaiserslautern (mit Standorten in Pirmasens und Zweibrücken) sowie in Mainz, Ludwigshafen und Worms.

Darüber hinaus können Studierende an der Fachhochschule in Bingen, der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Mayen, der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer, der Hochschule der Deutschen Bundesbank in Hachenburg, der Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung in Vallendar und der Fachhochschule für Finanzen in Edenkoben studieren. Ebenso kann an einer der beiden theologischen Hochschulen, der Theologischen Fakultät in Trier oder der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Vallendar, ein Abschluss erworben werden.

4.3.1 Studienanfängerinnen und Studienanfänger

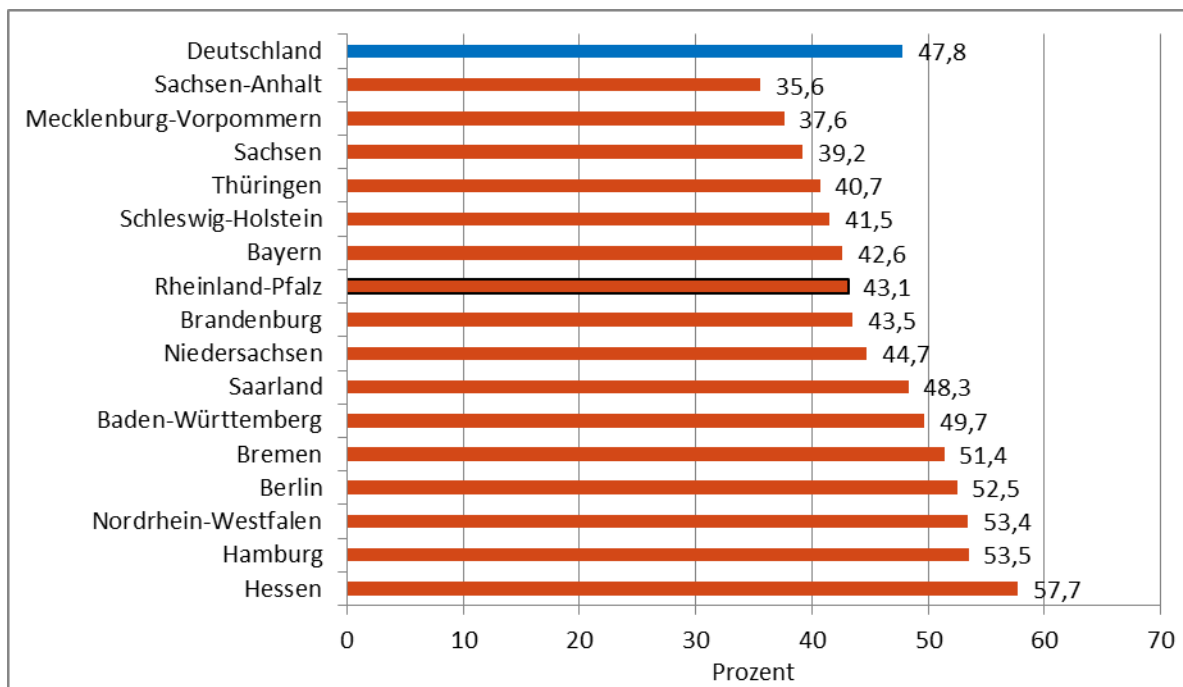
Um die Leistungsfähigkeit des tertiären Bildungssektors zu beurteilen, ist ein Blick auf die Studienanfängerquoten erforderlich. Wie viele der Schulabgänger/-innen, die eine Hochschulreife erworben haben, studieren tatsächlich? Die Studienanfängerquote gibt an, wie hoch der Anteil derjenigen an der entsprechenden Altersgruppe ist, die im betreffenden Jahr ein Studium aufgenommen haben. Sie gilt einerseits als wichtiger Indikator für die Studierneigung der jüngeren Bevölkerungsgruppe, andererseits auch für das Angebot und die Attraktivität von Hochschulen im jeweiligen Bundesland.

Für Rheinland-Pfalz lag die Studienanfängerquote von Personen, die hier eine Hochschulzugangsberechtigung erworben hatten, im Jahr 2015 bei 43,7 Prozent.⁴⁰ Die Quote hat in Rheinland-Pfalz vor allem zwischen 2005 und 2011 deutlich zugenommen. Lag die Studienanfängerquote im Jahr 2005 noch bei lediglich 30,4 Prozent, stieg sie mit der Zunahme bei den Studienberechtigungen bis 2011 auf 43,9 Prozent an. Seit 2011 ist die Studienanfängerquote hingegen weitgehend unverändert. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Zahl der Studienanfänger/-innen wider. Von knapp 18.000 Studienanfänger/-innen im Jahr 2006 stieg der Wert bis 2010 auf etwa 22.000 – und hat sich bis 2015 nur wenig verändert.⁴¹

Wenngleich Rheinland-Pfalz beim Erwerb von Studienberechtigungen im Vergleich zu anderen Bundesländern vergleichsweise schwach abschneidet – rechnerisch nehmen fast alle Personen, die eine Studienberechtigung erwerben, auch ein Studium auf. Der Abstand zwischen Studienberechtigtenquote und Studierendenquote betrug im Jahr 2015 lediglich 3 Prozentpunkte. Dies unterscheidet Bundesländer mit vergleichsweise geringen Studierendenquoten von den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin oder von Ländern wie Hessen oder Nordrhein-Westfalen: Dort erreichen überdurchschnittlich viele Schüler/-innen

eine Studienberechtigung, es nimmt jedoch ein deutlich geringerer Anteil eines Jahrgangs dann tatsächlich ein Studium auf. Dennoch haben diese Länder auch insgesamt eine höhere Studienanfängerquote als Rheinland-Pfalz.

Abbildung 14: Studienanfängerquoten in den Bundesländern nach Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung (2014)



Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2016): Statistisches Jahrbuch 2016, S. 143

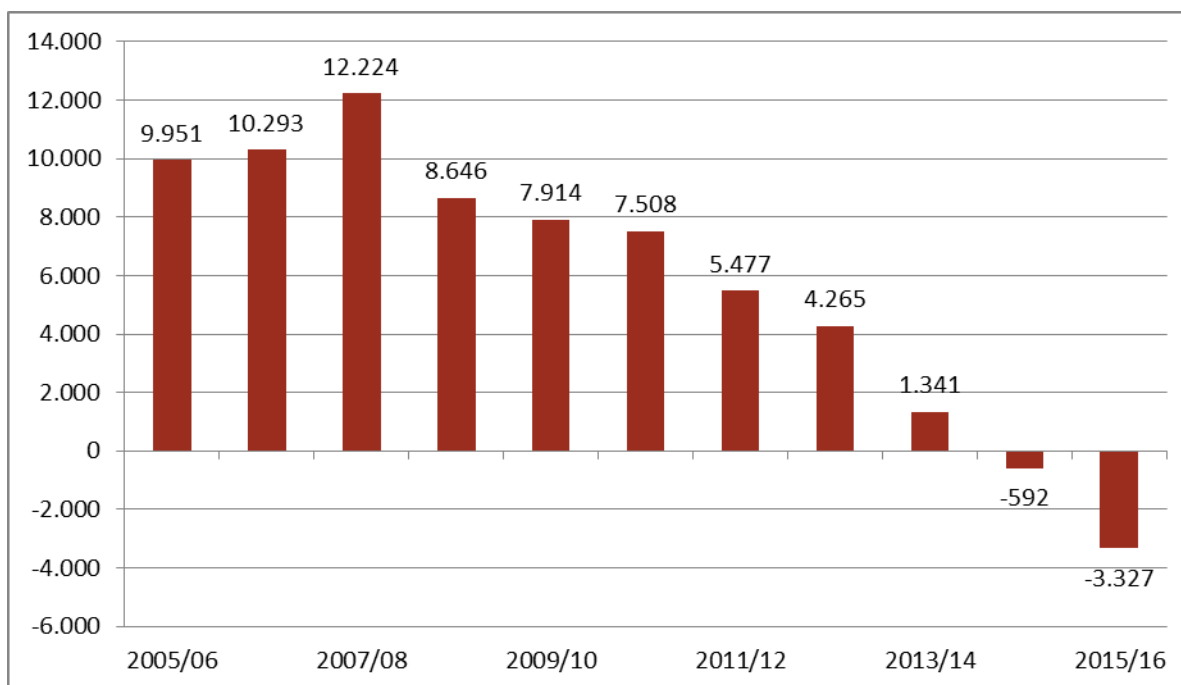
4.3.2 Wanderungen von Studienanfänger/-innen über die Landesgrenzen

Die Studienanfängerquote bezogen auf den Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung sagt zunächst nichts darüber aus, ob die jungen Menschen, die in Rheinland-Pfalz eine Studienberechtigung erworben haben, im eigenen Bundesland oder jenseits der Ländergrenzen ein Studium aufnehmen. Bundesländer mit attraktiven Hochschulen und Hochschulstandorten können überregional Studierende anziehen, während andere einen Teil ihrer studienberechtigten jungen Bevölkerung durch Abwanderung verlieren. Eine Analyse der aktuellen Wanderungsbewegungen von Studierenden zeigt, dass Rheinland-Pfalz in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich an Attraktivität für Studienanfänger/-innen verloren hat. Wanderten bis zum Wintersemester 2013/14 noch mehr Studienanfänger nach Rheinland-Pfalz als wegzogen, so ist der Wanderungssaldo seither negativ. Im Wintersemester 2015/16 verzeichnete Rheinland-Pfalz eine Netto-Abwanderung von Studienanfänger/-innen von ca. 3.300 Personen. Besonders bedeutsam als Zielländer rheinland-pfälzischer Studienanfänger/-innen sind Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Berlin, doch auch die Attraktivität von Bayern, Hamburg und Sachsen ist gestiegen.⁴² Eine Ursache für die zunehmenden

Wanderungsverluste dürfte darin liegen, dass in Baden-Württemberg zwischen 2007 und 2012 und in Hessen zwischen 2007 und 2008 Studiengebühren auf Erststudien erhoben wurden. Mit der Abschaffung dieser Gebührenregelungen in Hessen und Baden-Württemberg ist für Studienanfänger/-innen aus diesen Ländern ein finanzieller Attraktivitätsfaktor rheinland-pfälzischer Hochschulen, die stets gebührenfrei waren, entfallen.

Seither gelingt es Rheinland-Pfalz zunehmend weniger, Studienanfänger/-innen im eigenen Bundesland zu halten. Gerade im Hinblick auf die gegenwärtig hohe Attraktivität von Großstädten für Studierende dürfte sich hier auch die eher ländliche Prägung des Bundeslandes auswirken, das nicht über größere urbane Agglomerationen verfügt. Im Hinblick auf Fachkräftesicherung stellt sich hier die Frage, ob man Studienabsolvent/-innen für das Land wieder zurückgewinnen kann, wenn sie ihr Studium in einer Großstadt in einem anderen Bundesland absolviert haben. Gerade in ländlichen Regionen wäre es wahrscheinlich effektiver, die benötigten Fachkräfte in der Region selbst auszubilden, da eine Anwerbung von Fachkräften aus anderen Bundesländern und aus urbanen Agglomerationsräumen schwierig ist. Auch der Anteil von ausländischen Studierenden an den Studierenden in Rheinland-Pfalz ist mit ca. 7 Prozent einer der geringsten unter allen Bundesländern.⁴³

Abbildung 15: Wanderungssaldo der Studienanfänger von Rheinland-Pfalz mit anderen Bundesländern (2005/06 bis 2015/16)



Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz⁴⁴

4.3.3 Studierende

Deutschlandweit war die Zahl der Studierenden im Jahr 2016 um fast 40 Prozent höher als noch 2005 und erreicht damit gegenwärtig den historisch höchsten Wert überhaupt.⁴⁵ Neben dem Trend zu höheren schulischen Abschlüssen, die einen Studienzugang ermöglichen, haben in den vergangenen Jahren einige Sondereffekte zu diesem sprunghaften Anstieg beigetragen: Zum einen strömten durch eine Umstellung von der neun- auf die achtjährige Gymnasialzeit in zwölf Bundesländern doppelte Abiturientenjahrgänge an die Hochschulen. Zum Zweiten sorgte der Wegfall der Wehrpflicht im Jahr 2011 für eine wachsende Zahl von Studienanfängern. Drittens wurden die Berufsakademien in Baden-Württemberg und im Saarland als Hochschulen anerkannt, womit die dort Lernenden zu Studierenden wurden. Da Rheinland-Pfalz von zwei dieser drei Effekte nicht betroffen war und keine überregionale Attraktivität für Studienanfänger/-innen besitzt, kann dies erklären, warum die Studierendenzahlen hierzulande zwischen 2005 und 2016 lediglich um knapp 20 Prozent angestiegen sind. Im Jahr 2016 studierten etwa 122.000 Menschen in Rheinland-Pfalz.⁴⁶

Über den Output der Hochschulen in Form von Absolvierenden eines akademischen Abschlusses gibt die sogenannte Erstabsolvierendenquote Auskunft. Diese gibt an, wie hoch der Anteil von Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums an der altersspezifischen Bevölkerung ist.¹ Im Jahr 2014 war diese Quote deutschlandweit mit 32 Prozent so hoch wie noch nie: Rund ein Drittel aller Personen schließt demnach ein Studium erfolgreich ab. Im bundesweiten Vergleich lag Rheinland-Pfalz mit 33,4 Prozent leicht über dem Bundesdurchschnitt und auf dem sechsten Rang unter den 16 Bundesländern.⁴⁷ Von 2004 bis 2013 stieg in Rheinland-Pfalz die Erstabsolvierendenquote zunächst stark von 20 auf 34 Prozent an, sank dann aber bis 2015 wieder auf 31 Prozent. Im Jahr 2015 verließen 24.000 Absolvierende die rheinland-pfälzischen Hochschulen mit einem Hochschulabschluss.⁴⁸

Die höchsten Werte sowie den höchsten Anstieg von Erstabsolvierendenquoten im Zeitraum zwischen 2004 und 2014 erreichten die Bundesländer Bremen (2014: 44 Prozent, Anstieg 20 Prozentpunkte), Hamburg (2014: 40 Prozent, Anstieg 15 Prozentpunkte) und Baden-Württemberg (2014: 38 Prozent, Anstieg 18 Prozentpunkte). Die geringste Absolventenquote im Jahr 2014 hatte mit nur 22,9 Prozent das Bundesland Schleswig-Holstein. Als Grund für die überdurchschnittlichen Werte gilt in den Stadtstaaten auch der hohe Anteil von Einpendlern bzw. Zugezogenen, die in den Städten ihr Studium absolvieren, weil dort zahlreiche Hochschulen konzentriert sind. In Baden-Württemberg führte auch die Umwandlung der Berufsakademien in Hochschulen zu einem Anstieg der Erstabsolvierendenquote.⁴⁹

Es bleibt festzuhalten, dass sich Rheinland-Pfalz sowohl bei der Absolvierendenquote als auch bei deren Steigerung seit 2004 im Mittelfeld der deutschen Bundesländer bewegt. Hinsichtlich

¹ Die Erstabsolvierendenquote wird nach dem Quotensummenverfahren errechnet: Es wird zunächst für jeden Altersjahrgang der Bevölkerung der Anteil der Erstabsolvent/-innen berechnet. Diese Anteile werden zu einer Summe aufaddiert, sodass alle Altersjahrgänge in die Kennzahl eingehen.

der Erstabsolvierendenquote nimmt es Rang 6 von 16 Bundesländern ein. Da sich die deutlich gestiegenen Studienanfängerzahlen der vergangenen Jahre erst zeitversetzt bei den Absolvierenden niederschlagen, ist mit einem weiteren Anstieg der Absolvierendenquoten zu rechnen.

4.3.4 Studiendauer und Alter bei Studienabschluss

In Bezug auf die durchschnittliche Studiendauer schneiden Studierende in Rheinland-Pfalz vergleichsweise schlecht ab. Rund 40 Prozent aller Hochschulabschlüsse in Deutschland werden in der Regelstudienzeit erreicht – rheinland-pfälzische Studierende beenden ihr Studium jedoch lediglich zu 31 Prozent in der Regelstudienzeit. Das ist nach Sachsen-Anhalt der zweitschlechteste Wert aller Bundesländer. Und lediglich 75 Prozent aller Absolvierenden beenden ihr Studium innerhalb der Regelstudienzeit plus zwei Semester. Hier lag der deutschlandweite Durchschnittswert bei 80 Prozent.⁵⁰

Im Schnitt beendeten Studierende im Jahr 2014 in Deutschland ihr Erststudium im Alter von 24,4 Jahren und damit 1,4 Jahre früher als noch zehn Jahre zuvor. Zu dieser Entwicklung hat eine Reihe von Faktoren beigetragen: die Abschaffung des Wehr- und Ersatzdienstes, frühere Einschulungen, die Umstellung auf achtjährige Gymnasien sowie die Umstellung von Studiengängen auf Bachelor und Master im Rahmen des Bologna-Prozesses.

In Bezug auf die demografische Entwicklung ist dieser Trend positiv zu beurteilen, da ein niedriges Alter der Absolvierenden von Hochschulen dazu beiträgt, dass junge Menschen dem Arbeitsmarkt früher zur Verfügung stehen. Darüber hinaus wird ein niedriges Alter der Absolvierenden als ein Indikator für die Effizienz des Bildungswesens interpretiert.

In Rheinland-Pfalz liegt das mittlere Alter bei Studienabschluss mit 26,2 Jahren allerdings 1,8 Jahre über dem Durchschnittswert in Deutschland. Dazu dürfte vor allem beitragen, dass Rheinland-Pfalz das einzige Bundesland ist, in dem ein neunjähriges Gymnasium noch Standard ist. Schüler/-innen brauchen also ein Jahr länger bis zur allgemeinen Hochschulreife. Allerdings hat sich auch in Rheinland-Pfalz in den vergangenen zehn Jahren das mittlere Alter beim Studienabschluss um 1,5 Jahre reduziert – und damit in ähnlichem Umfang wie in der Bundesrepublik insgesamt. Gleichzeitig ist die mittlere Fachstudiendauer deutlich gesunken. Benötigten Studierende in Rheinland-Pfalz im Jahr 2004 noch fast 10 Semester bis zum Studienabschluss, so ist dieser Wert bis 2014 auf 7,6 Semester gesunken.

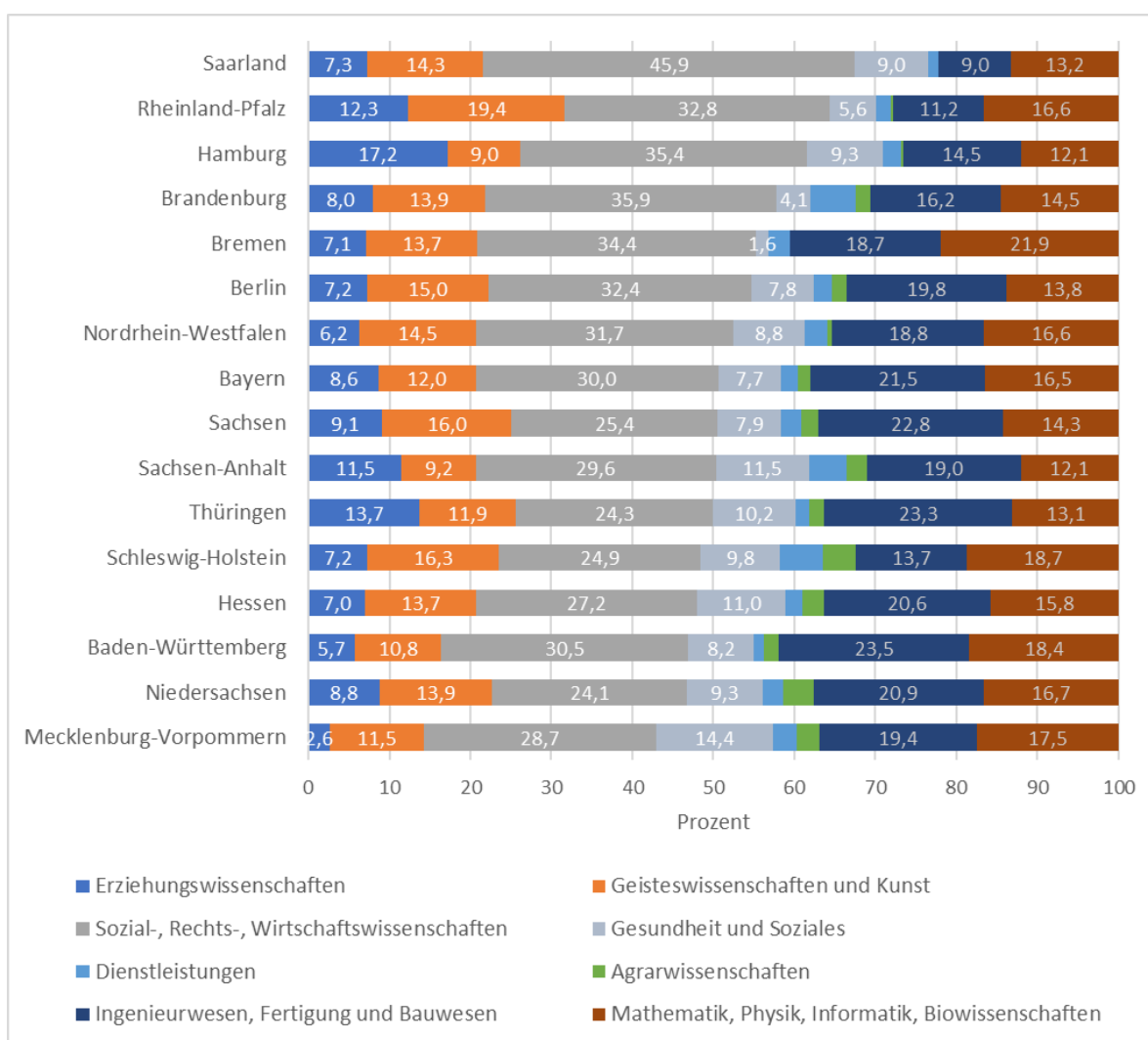
4.3.5 Fachrichtungen der Studienabschlüsse

Die Studienabschlüsse rheinland-pfälzischer Absolvent/-innen sind im Vergleich zu anderen Bundesländern stark von geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern geprägt.⁵¹ Dies ist in hohem Maße der fachspezifischen Ausrichtung der regional verfügbaren Hochschulen und Universitäten geschuldet. Fast zwei Drittel aller Hochschulabsolvent/-innen in Rheinland-Pfalz machen ihre Abschlüsse in Erziehungswissenschaften, Geisteswissenschaften, Kunst oder in Rechts-, Wirtschafts- oder Sozialwissenschaften. Nach dem Saarland ist dies der zweithöchste

Anteil unter allen Bundesländern. Vor allem der Anteil von Abschlüssen in Geisteswissenschaften und Kunst ist in Rheinland-Pfalz mit knapp 20 Prozent deutschlandweit der höchste.

Auf der anderen Seite ist der Anteil von Studienabschlüssen in Ingenieurwissenschaften sehr gering. Auf die Fächergruppe „Ingenieurwesen, Fertigung und Bauwesen“ entfielen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2015 lediglich 11 Prozent aller Studienabschlüsse. Dies ist nach dem Saarland der zweitniedrigste Wert aller Bundesländer. Spitzenreiter in dieser Hinsicht ist Baden-Württemberg, wo 23,5 Prozent der Studienabschlüsse auf Ingenieurwesen entfallen. Deutschlandweit machen etwa 20 Prozent aller Absolvierenden ihren Abschluss in dieser Fächergruppe.

Abbildung 16: Studienabsolvent/-innen nach Fächergruppen und Bundesländern (2015)



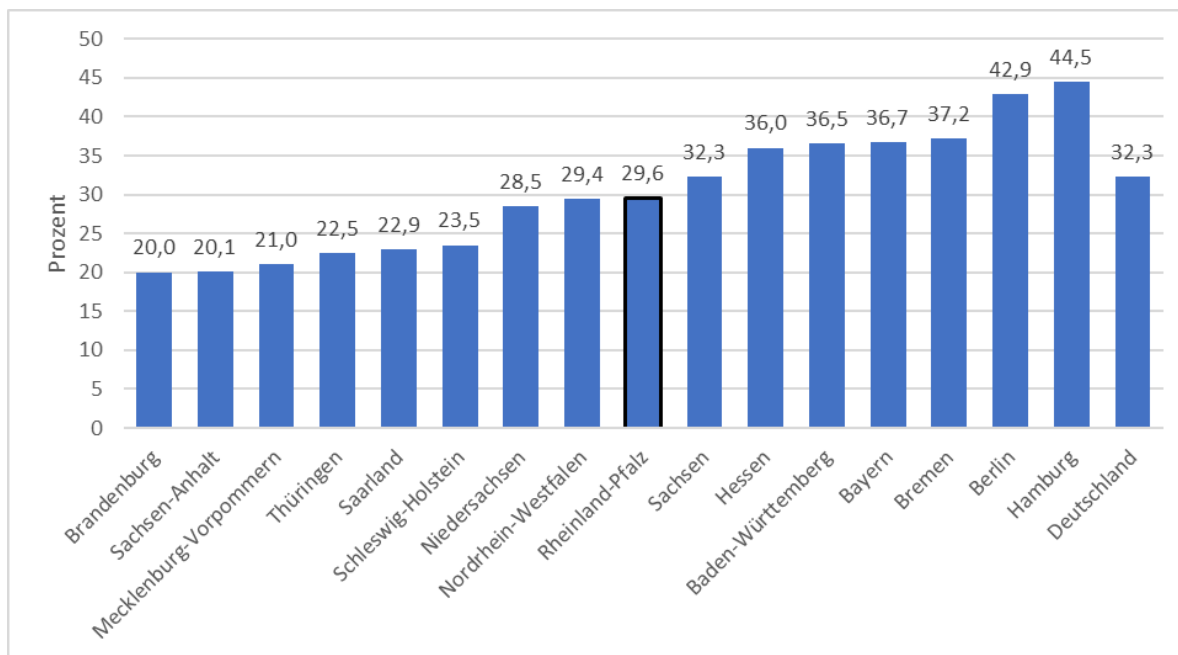
Datengrundlage: Statistisches Bundesamt⁵²

4.3.6 Hochschulbildungsniveau der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz

Trotz starker Ausweitung von Hochschulbildung in den vergangenen Jahren wird Deutschland von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) regelmäßig für seine geringen Akademikerquoten gerügt und zu einem Ausbau von Hochschulbildung aufgefordert. Im Vergleich zu den übrigen Mitgliedsstaaten der OECD ist Deutschland hinsichtlich der Akademisierung von Bildung tatsächlich sehr weit vom Durchschnitt entfernt. In der Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen, ein Alter, in dem ein Studium in der Regel abgeschlossen ist, verfügten in Deutschland im Jahr 2015 32 Prozent der Bevölkerung über einen Hochschulabschluss. Im Durchschnitt aller EU-Länder lag diese Quote bei knapp 39 Prozent, im OECD-Durchschnitt noch höher. Kritiker der OECD-Sicht wenden hiergegen ein, dass dieser Vergleich die spezifischen Bildungssysteme der Länder nicht berücksichtige. Das duale System der Berufsausbildung führe zu qualifizierten Abschlüssen, die in anderen Ländern nur über das Hochschulsystem erworben werden können, weshalb dort auch deutlich höhere Akademikerquoten erzielt werden.

In Bezug auf Rheinland-Pfalz ist festzuhalten, dass das Bundesland mit einer Akademikerquote von 29,6 Prozent (2015) bei der 30- bis 34-jährigen Bevölkerung hinter dem deutschen Durchschnitt zurückbleibt. Innerhalb der Bundesrepublik sind es vor allem die wirtschaftsstarken Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg sowie die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen, die überdurchschnittliche Werte zwischen 35 bis über 42 Prozent verzeichnen. Die Akademikerquote der Bevölkerung von 30 bis 34 Jahren wird nicht allein vom Bildungssystem eines Landes beeinflusst. Der Wert wird zu einem erheblichen Teil durch Wanderungen von Hochschulabsolvierenden aufgrund eines Arbeitsplatzangebots verursacht. Bayern erzielt beispielsweise trotz einer Studienanfängerquote im unteren Drittel der deutschen Bundesländer die höchste Akademikerquote eines Flächenlandes bei der 30- bis 34-jährigen Bevölkerung. Rheinland-Pfalz kann hingegen nicht von einer Zuwanderung von Akademiker/-innen aus anderen Bundesländern profitieren.⁵³

Abbildung 17: Bevölkerungsanteil im Alter von 30 bis 34 Jahren mit Hochschulabschluss nach Bundesländern (2015)



Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2016): Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich. Tabellenband, S. 17

4.4 Berufliche Bildung und Ausbildungsmarkt

Als Konsequenz sowohl der demografischen Entwicklung in Deutschland als auch der steigenden Studierendenquoten wird mitunter kritisiert, dass immer weniger junge Menschen für eine klassische Berufsausbildung zur Verfügung stehen und es zu Fachkräftemangel auf dem mittleren Qualifikationsniveau kommt. Tatsächlich ist deutschlandweit die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, die allerdings auch starken konjunkturellen Einflüssen unterliegt, seit dem Jahr 2009 von 560.000 auf 520.000 im Jahr 2016 gesunken. Dies ist der geringste Wert seit 1992. Bundesweit war die Zahl der von den Betrieben angebotenen Ausbildungsplätze weitgehend stabil, die Zahl der Nachfrager/-innen sank jedoch. Dabei ist es vor allem die sinkende Nachfrage von Frauen nach einer dualen Berufsausbildung, die für den Rückgang der Ausbildungsinteressenten verantwortlich ist. Während sich die Zahl der ausbildungssuchenden Männer seit 2009 kaum verändert hat, sank die der Frauen bis 2016 um etwa 15 Prozent.⁵⁴

Die Zahl der ausbildungssuchenden Jugendlichen ist in der Regel noch immer höher als die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze. Ein Indikator, der beide Zahlen zueinander ins Verhältnis setzt, ist die Angebots-Nachfrage-Relation. Diese gibt an, wie viele Ausbildungsplätze rein rechnerisch für 100 ausbildungsinteressierte Personen zur Verfügung stehen. In Deutsch-

land lag dieser Wert im Jahr 2016 bei 93,8 – für 100 Bewerber standen rechnerisch 93,8 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Dieser Wert ist in den vergangenen Jahren gestiegen, 2009 lag er noch bei 89,1.

Besonders stark war in den vergangenen Jahren der Rückgang der Auszubildendenzahlen in den ostdeutschen Bundesländern, weil dort die demografisch halbierte Nachwuchsgeneration in das Ausbildungsalter gelangte. Während in Westdeutschland die Zahl der neuen abgeschlossenen Ausbildungsverträge seit 2007 lediglich um etwa 11 Prozent sank, lag der Rückgang in Ostdeutschland bei 41 Prozent. In mehreren ostdeutschen Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen oder Sachsen-Anhalt lag deshalb die Angebots-Nachfrage-Relation im Jahr 2016 bei über 100, das heißt, dort gab es tatsächlich mehr angebotene Ausbildungsplätze als Ausbildungsinteressenten. Interessanterweise trifft dies auch für Bayern zu. Dort hat aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung die Zahl der angebotenen Stellen sogar deutlich zugenommen, während die Zahl der Nachfragenden leicht rückläufig war. Deutschlandweit am wenigsten gesunken ist die Zahl der neuen Ausbildungsverträge in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen, am dramatischsten war der Rückgang in Mecklenburg-Vorpommern, wo 2016 nur noch halb so viele Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden wie 2007.

Rheinland-Pfalz liegt, was den Rückgang an neuen Ausbildungsverträgen betrifft, zwar im Mittelfeld der deutschen Bundesländer, hat aber unter den westdeutschen Bundesländern nach dem Saarland den zweitgrößten Rückgang zu verzeichnen. Gegenüber dem Jahr 2007 war in Rheinland-Pfalz ein Rückgang der Ausbildungsverträge um fast ein Fünftel (-18,8 Prozent) zu verzeichnen.⁵⁵ In Rheinland-Pfalz ist sowohl die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze als auch die Zahl der Nachfragenden zurückgegangen. Die Angebots-Nachfrage-Relation beträgt 91,8. Das heißt, für 100 Ausbildungsinteressierte gibt es ca. 92 Ausbildungsangebote.

Zugenommen haben deutschlandweit allerdings nicht nur die Besetzungsprobleme (Anteil der unbesetzt gebliebenen Stellen) aufgrund einer zurückgehenden Zahl von Ausbildungsinteressenten. Der Anteil jener Bewerber, die auf dem Ausbildungsmarkt zwar suchen, aber nicht findig werden, bleibt deutschlandweit gleich bzw. steigt in zahlreichen Bundesländern sogar an. Eine wachsende Zahl unbesetzter Ausbildungsstellen bei stagnierendem oder steigendem Anteil weitersuchender Bewerber/-innen deutet darauf hin, dass die angebotenen Ausbildungsstellen nicht den Interessen der Nachfragenden oder aber die Bewerber/-innen nicht den Vorstellungen und Anforderungen der Ausbildungsbetriebe entsprechen. Gründe für die zunehmenden Passungsprobleme sind zum einen innerregionale Ungleichgewichte von Angebot und Nachfrage: Die Ausbildungsinteressierten in einem Teil der Region können Ausbildungsangebote in einem anderen Teil der Region nicht wahrnehmen, weil sie nicht mobil sind. Der zweite Grund für Passungsprobleme liegt in beruflichen Ungleichgewichten. Die angebotenen Ausbildungsberufe entsprechen nicht den Interessen der Nachfragenden. Bei den unbesetzt bleibenden Ausbildungsstellen handelt es sich vorwiegend um aufgrund der Arbeitsbedingungen weniger attraktive Berufe wie zum Beispiel Bäcker, Gerüstbauer oder Restaurantfachpersonal. Am häufigsten unvermittelt bleiben auf der anderen Seite Menschen, die sich für gegenwärtig populäre

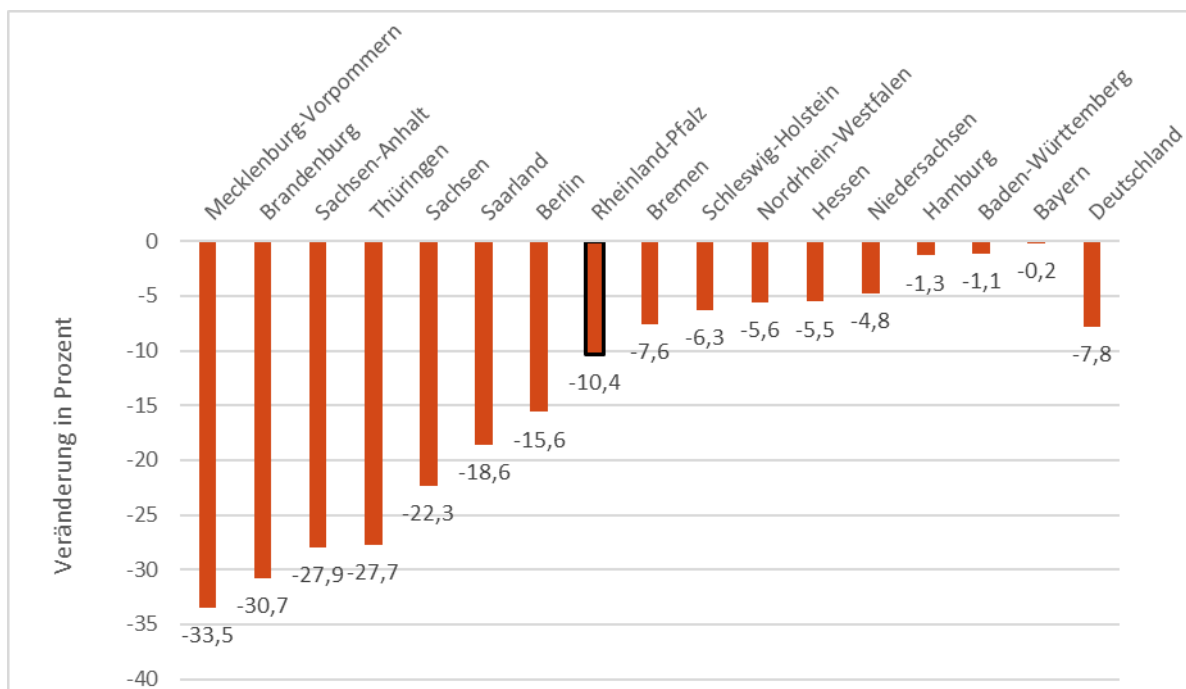
Berufe wie Mediengestalter, Tierpfleger oder Sport- und Fitnesskaufmann/-frau interessieren, in denen es nicht genügend Ausbildungsangebote gibt. Der Trend zu höheren Schulabschlüssen führt außerdem dazu, dass auch Ausbildungsinteressenten höhere Erwartungen bezüglich der Qualität und Inhalte ihrer Ausbildungsberufe haben und nicht jedes Angebot annehmen.

In Rheinland-Pfalz ist der Anteil der unbesetzt gebliebenen Stellen zwischen 2009 und 2016 von 3,1 auf 6,7 Prozent angestiegen. Gleichzeitig stieg die Zahl der unversorgten Bewerber/-innen von 12,6 auf 14,1 Prozent. Die Passungsprobleme haben damit auch hier in ähnlichem Maße zugenommen wie im Schnitt der übrigen westdeutschen Bundesländer.⁵⁶

Drei von zehn der rheinland-pfälzischen Auszubildenden begannen im Jahr 2015 ihre Lehre in Handwerksbetrieben. Damit liegt das Bundesland im Bereich Handwerk, neben Niedersachsen und Schleswig-Holstein, in den oberen Rängen. Das Handwerk ist in Rheinland-Pfalz im Gegensatz zur Industrie besonders stark auf dem Ausbildungsmarkt vertreten. Im Vergleich zu 2014 hat das Handwerk in Rheinland-Pfalz 2015 einen Zuwachs von knapp 6 Prozent an neu eingestellten Handwerkslehrlingen erreicht. Insgesamt ist in diesem Bereich in Deutschland nur ein sehr geringer Zuwachs zu verzeichnen. Im Bereich Industrie und Handel rangiert Rheinland-Pfalz hingegen ebenfalls neben Niedersachsen und Schleswig-Holstein am unteren Ende des bundesweiten Vergleiches – im Durchschnitt beginnen sechs von zehn Auszubildenden in Industrie- und Handelsberufen ihre Ausbildung. In Industrie und Handel sind die neuen Ausbildungsverträge insgesamt rückläufig (in Rheinland-Pfalz knapp 5 Prozent weniger als im Vorjahr), dafür wurden bundesweit mehr Ausbildungsverträge im Öffentlichen Dienst geschlossen (in Rheinland-Pfalz rund 5 Prozent Zuwachs).⁵⁷

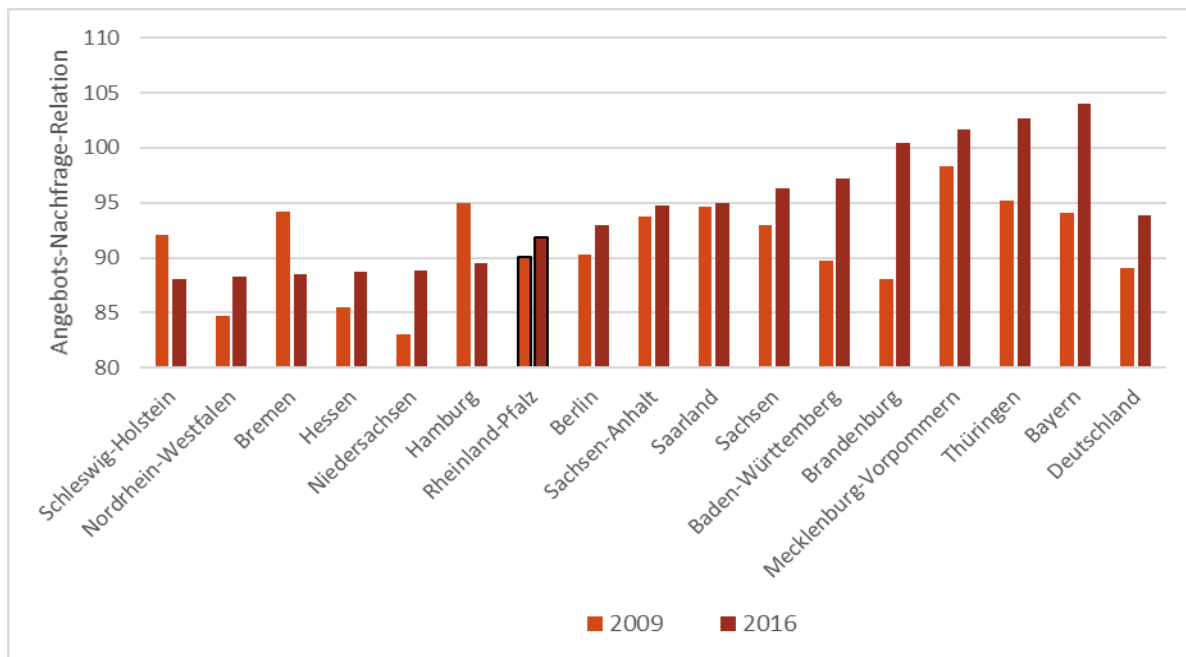
Hinsichtlich des auf dem Dresdner Bildungsgipfel für ganz Deutschland formulierten Ziels, den Anteil von jungen Erwachsenen ohne Berufsausbildung auf 8,5 Prozent zu senken, sind anhand der vorliegenden statistischen Daten bisher kaum Fortschritte sichtbar: Laut einer Auswertung des Bundesinstituts für Berufsbildung lag im Jahr 2014 die sogenannte Unqualifiziertenquote bei den 20- bis 34-Jährigen in Rheinland-Pfalz bei 14,3 Prozent.⁵⁸ Dieser Wert ist etwa gleich hoch wie in anderen westdeutschen Bundesländern und hat sich in den vergangenen Jahren kaum verringert. Eine zentrale Ursache dafür, dass der Anteil beruflich unqualifizierter junger Erwachsener auf diesem hohen Niveau verharrt, obwohl die Anteile der Schulabgänger/-innen ohne Berufsreife rückläufig waren und sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt verbessert hat, dürfte in der starken Zuwanderung junger Erwachsener aus dem Ausland zu suchen sein.

Abbildung 18: Veränderung der Zahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge zwischen 2009 und 2016 nach Bundesländern



Datengrundlage: Matthes, Stephanie et al. (2016): Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2016. BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September, S. 30 ff.

Abbildung 19: Angebots-Nachfrage-Relation am Ausbildungsmarkt nach Bundesländern (2009 und 2016)



Datengrundlage: Matthes, Stephanie et al. (2016): Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2016. BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September, S. 30 ff.

In Deutschland insgesamt sind derzeit etwa 12 Prozent der jungen Erwachsenen (25 bis 34 Jahre) innerhalb der letzten 10 Jahre zugewandert. Von den zuletzt nach Deutschland eingereisten Flüchtlingen verfügte ca. ein Viertel über keinen Schulabschluss, was neben dem Problem der Sprachkenntnisse eine Vermittlung in Ausbildung erschwert. Angesichts der anhaltenden Fluchtmigration ist davon auszugehen, dass der Anteil an jungen Erwachsenen ohne Berufsausbildung in den kommenden Jahren nicht zurückgehen wird.⁵⁹

5 Bildung in der Region Koblenz-Mittelrhein

Nachdem die Ergebnisse des Bildungssystems von Rheinland-Pfalz mit denen der anderen Bundesländer verglichen wurden, soll nun ein Blick auf die Regionen innerhalb von Rheinland-Pfalz geworfen werden. Während Unterschiede in den Ergebnissen der Bildungssysteme zwischen den Bundesländern zu einem großen Teil auf deren unterschiedliche politische und institutionelle Rahmenbedingungen zurückzuführen sind, spielt dies beim Vergleich von Regionen innerhalb eines Bundeslandes eine geringere Rolle. Unterschiede in Bildungsergebnissen zwischen Regionen sind hier stärker auf Faktoren zurückzuführen, die außerhalb des Bildungssystems liegen. Dies können geografische Bedingungen sein (städtische versus ländliche Regionen), regional spezifische Anreizstrukturen des Arbeitsmarktes oder auch regionale Milieus (traditionelle versus modernisierte Milieus), die sich in ihrem Verhalten unterscheiden. Allerdings kann auch eine unterschiedliche Planung und Errichtung verschiedener Bildungseinrichtungen in den Regionen eine Rolle spielen.

Für den folgenden Vergleich wurde Rheinland-Pfalz in drei Regionen – Koblenz-Mittelrhein, Rheinhessen-Pfalz sowie Region Trier – unterteilt. Diese entsprechen im Wesentlichen dem Zuschnitt der früheren im Jahr 1999 aufgelösten Regierungsbezirke.

Zur Region Koblenz-Mittelrhein werden dabei die Stadt Koblenz, die fünf um Koblenz liegenden Landkreise sowie die Landkreise Cochem-Zell an der Mosel, das im Norden gelegene Altenkirchen sowie die südlich am Rhein liegenden Kreise Bad Kreuznach und Birkenfeld gezählt.

Zur Region Rheinhessen-Pfalz zählen sämtliche südlich des Rheins gelegenen Kreise einschließlich der Städte Mainz, Ludwigshafen, Kaiserslautern, Landau, Speyer und Worms.

Zur Region Trier gehören neben der Stadt Trier die im Westen von Rheinland-Pfalz gelegenen Kreise Trier-Saarburg, Vulkaneifel, Bernkastel-Wittlich sowie Bitburg-Prüm.²

Demografisch und geografisch unterscheiden sich diese Regionen deutlich. Die Region Rheinhessen-Pfalz beinhaltet neben der Landeshauptstadt die meisten Städte und den größten Bevölkerungsanteil aller drei Regionen. Der Bevölkerungszahl nach folgt die Region Koblenz-Mittelrhein, die mit dem Raum Koblenz/Neuwied lediglich ein großstädtisches Zentrum enthält, in allen anderen Teilen aber sehr ländlich geprägt ist. Der geringste Bevölkerungsanteil entfällt

² Kreisuordnung zu den drei Regionen:

Region Koblenz-Mittelrhein: Stadt Koblenz; Landkreise Ahrweiler, Altenkirchen, Bad Kreuznach, Birkenfeld, Cochem-Zell, Mayen-Koblenz, Neuwied, Rhein-Hunsrück-Kreis, Rhein-Lahn-Kreis, Westerwaldkreis;

Region Rheinhessen-Pfalz: Städte Frankenthal, Kaiserslautern, Landau, Ludwigshafen, Main, Neustadt a. d. W., Pirmasens, Speyer, Worms, Zweibrücken; Landkreise Alzey-Worms, Bad Dürkheim, Donnersbergkreis, Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Südliche Weinstraße, Rhein-Pfalz-Kreis, Main-Bingen, Südwestpfalz;

Region Trier: Stadt Trier, Landkreise Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm, Vulkaneifel, Trier-Saarburg.

auf die Region Trier, zur welcher neben der gleichnamigen Stadt nur vier vergleichsweise dünn besiedelte Landkreise zählen.

Nicht für alle Indikatoren, die das Kapitel mit dem Bundesländervergleich enthält, sind Daten auf regionaler Ebene verfügbar und nicht für alle Indikatoren ist ein solcher Vergleich aussagekräftig. Die Ausführungen beschränken sich deshalb auf Indikatoren, die regional ausgewertet werden können und deren Interpretation sinnvoll erscheint. Sofern nicht anders angegeben ist die Quelle sämtlicher Daten die Regionalstatistik des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz. Die Daten wurden vom Statistischen Landesamt auf Landkreisebene bereitgestellt und zu Regionen aggregiert. Anschließend wurden die Regional-Indikatoren berechnet.

5.1 Elementarbildung

Der Bereich der Elementarbildung (auch frühkindliche Bildung) bezieht sich auf den Lebensabschnitt von der Geburt bis hin zum Schuleintritt in die Grundschule. Da in der Altersgruppe der 3- bis 6-jährigen Kinder mit 97 von 100 Kindern nahezu alle Kinder in Kindertagesstätten betreut werden, beschränkt sich der Regionenvergleich auf Kinder unter 3 Jahren.

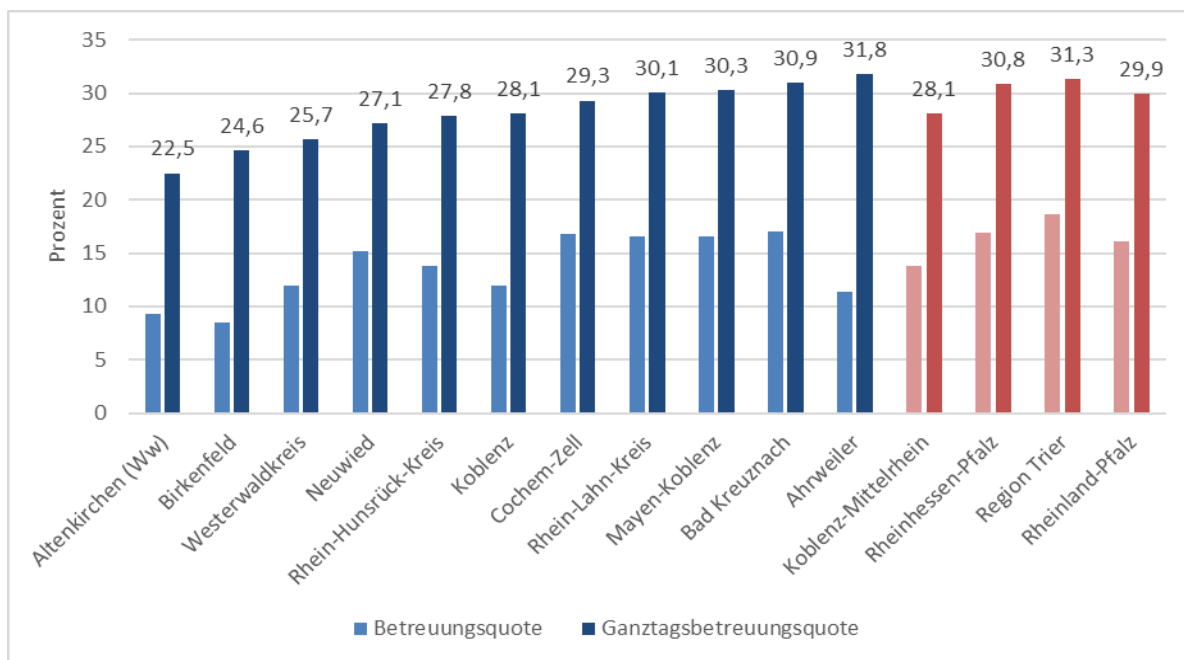
Bei den unter 3-Jährigen verzeichnet die Region Koblenz-Mittelrhein ein Bevölkerungswachstum. Zwischen 2012 und 2015 wuchs deren Zahl von 34.000 auf knapp 37.000 Kinder. Der Bedarf an Kinderbetreuung im Elementarbereich stieg in den vergangenen Jahren sowohl aufgrund wachsender Kinderzahlen insgesamt als auch dadurch, dass immer mehr Eltern ihre Kinder betreuen lassen.

Innerhalb von Rheinland-Pfalz verzeichnet die Region Koblenz-Mittelrhein mit einer Betreuungsquote von 28 Prozent bei den unter 3-Jährigen den geringsten Wert und bleibt damit etwa drei Prozentpunkte hinter den Regionen Trier und Rheinhessen-Pfalz zurück. Schwach ist in Koblenz-Mittelrhein auch die Ganztagsbetreuungsquote. Nur knapp 14 Prozent der betreuten Kinder haben einen Ganztagsplatz, die Region Trier erreicht hier immerhin eine Ganztagsbetreuungsquote von fast 19 Prozent.

Innerhalb von Koblenz-Mittelrhein weisen die Betreuungsquoten im Rhein-Lahn-Kreis sowie in den Kreisen Mayen-Koblenz, Bad Kreuznach und Ahrweiler die höchsten Werte auf. Sie liegen dort auf dem Niveau der Regionen Trier und Rheinhessen-Pfalz. Sehr geringe Werte bei der Kinderbetreuung haben dagegen die Kreise Altenkirchen, Birkenfeld und der Westerwaldkreis.

In Bezug auf die Ganztagsbetreuung unter 3-Jähriger haben die Kreise Birkenfeld und Altenkirchen die geringsten Quoten des gesamten Bundeslandes Rheinland-Pfalz. Die Stadt Koblenz selbst liegt mit einer Betreuungsquote von 28 Prozent genau im Durchschnitt der Region.

Abbildung 20: Betreuungsquoten (insgesamt und ganztags) unter 3-Jähriger in den Regionen von Rheinland-Pfalz und in den Kreisen der Region Koblenz-Mittelrhein (2016)



Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2016): Kindertagesbetreuung regional 2016

5.2 Primar- und Sekundarbildung

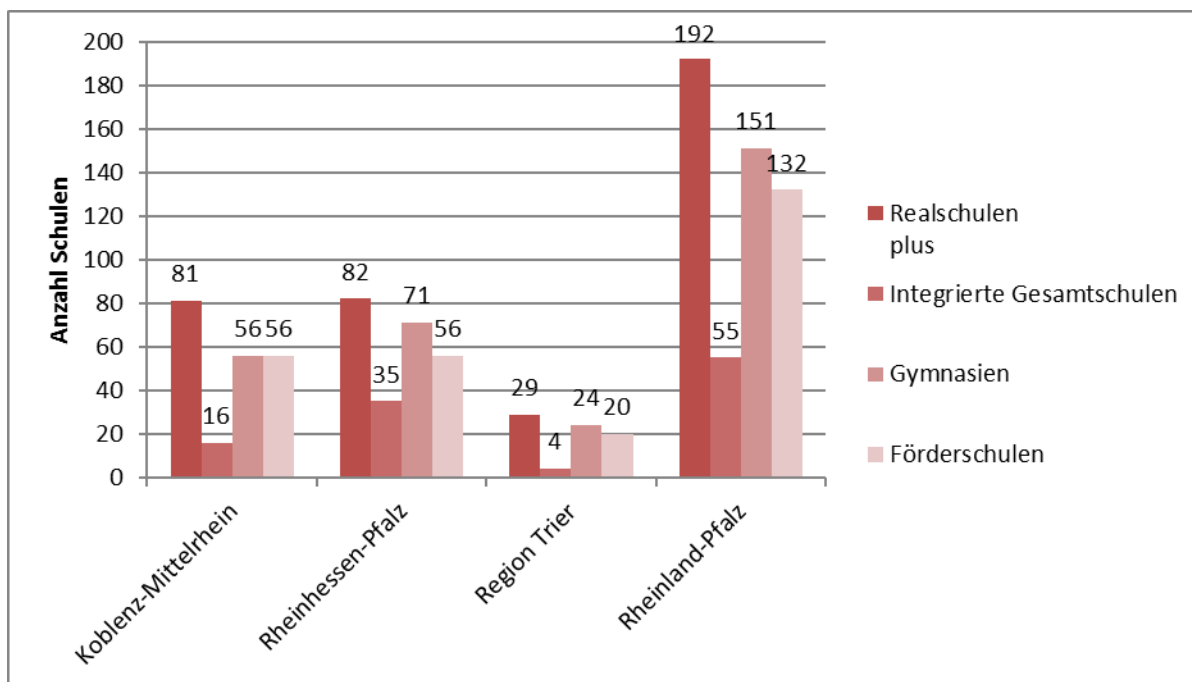
In Rheinland-Pfalz gibt es derzeit 966 Grundschulen, davon 365 in der Region Koblenz-Mittelrhein. Da es hier keine institutionellen Differenzierungen gibt und alle Schüler/-innen die Grundschule durchlaufen, wird darauf nicht weiter eingegangen.

Rheinland-Pfalz verfügt über 551 Sekundarschulen. Die folgende Grafik zeigt die Verteilung auf die einzelnen Schulformen in den Regionen. Dabei konzentriert sich die Darstellung auf die wichtigsten Schulformen, die in Rheinland-Pfalz existierenden 8 Waldorfschulen sowie die verbliebenen 4 Haupt- und 9 Realschulen werden aufgrund ihrer geringen Zahl nicht mit dargestellt.

Die Realschulen plus sind mit 192 Einrichtungen die häufigste Schulform im Bundesland. In Koblenz-Mittelrhein gibt es vergleichsweise viele Realschulen plus, fast ebenso viele wie in Rheinhesen-Pfalz, obwohl diese Region deutlich mehr Einwohner hat. Daran zeigt sich, dass die Region aufgrund ihrer Ländlichkeit kleinere Schulen aufweist. In Rheinhesen-Pfalz sind Integrierte Gesamtschulen und auch Gymnasien häufiger als in Koblenz-Mittelrhein. In Koblenz-Mittelrhein sind hingegen vergleichsweise viele Förderschulen vertreten. Ursache für die Ungleichverteilung dürfte der deutlich größere Anteil städtischer Regionen in Rheinhesen-Pfalz sein, was das Entstehen von Schulformen mit höheren Bildungsgängen, aber auch mit

neueren Lehrkonzepten (Gesamtschulen, integrative Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf) begünstigt.

Abbildung 21: Sekundarschulen in Rheinland-Pfalz und seinen Regionen (Schuljahr 2015/2016, ohne Haupt-, Real- und Waldorfschulen)



Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, eigene Berechnungen

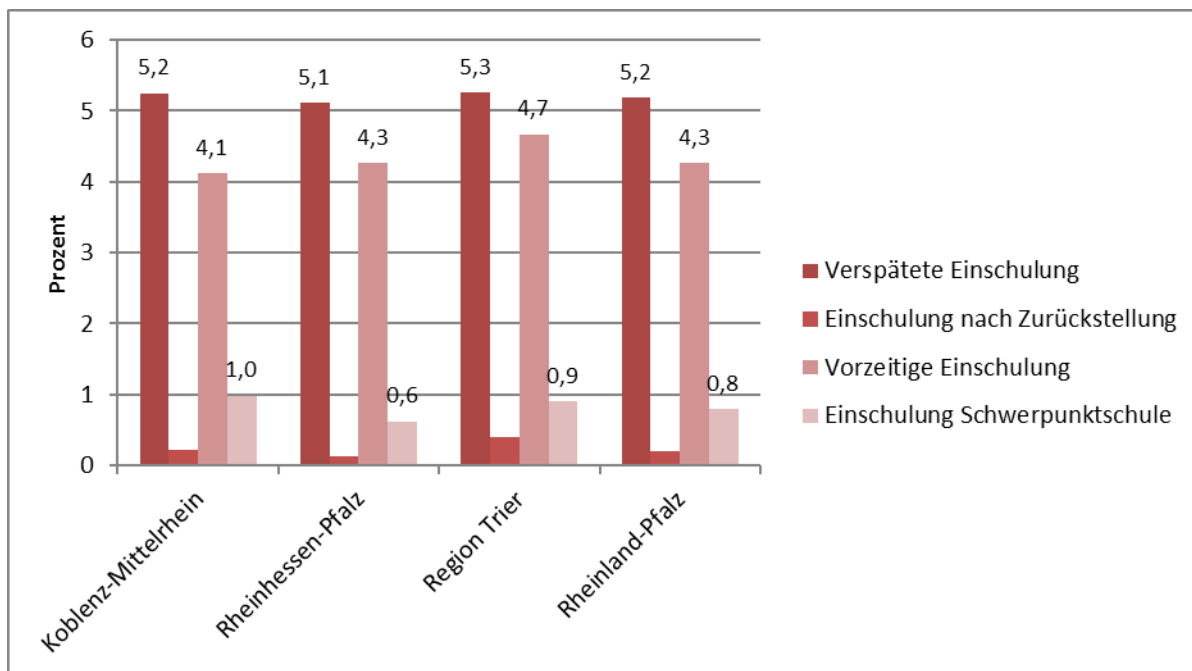
5.3 Einschulungen

Im Schuljahr 2015/16 wurden in Rheinland-Pfalz ca. 30.000 Kinder eingeschult, 11.000 davon entfielen auf die Region Koblenz-Mittelrhein. 89,6 Prozent aller Schüler/-innen im Land wurden fristgemäß eingeschult. Etwa fünf Prozent aller Schüler/-innen begannen verspätet, etwas über 4 Prozent hingegen vorzeitig ihren Schulbesuch. Knapp 1 Prozent der Kinder wurde aufgrund eines sonderpädagogischen Förderbedarfs in einer Schwerpunktschule „Ganzheitliche Entwicklung“ eingeschult. Die Unterschiede zwischen den Regionen sind hier gering. Hervorzuheben ist allenfalls, dass von einer vorzeitigen Einschulung in der Region Koblenz-Mittelrhein am seltensten Gebrauch gemacht wurde. Gleichzeitig erfolgte am häufigsten (ein Prozent aller Schüler) die Einschulung in einer Schwerpunktschule.

Auf Kreisebene fällt auf, dass vor allem der Kreis Neuwied einen hohen Anteil an Einschulungen in eine Schwerpunktschule aufgrund eines sonderpädagogischen Förderbedarfs verzeichnet (2,1 Prozent). Unter allen Kreisen im Bundesland wird dieser Wert nur noch in Pirmasens (Re-

gion Rheinhessen-Pfalz) mit 2,9 Prozent übertroffen. Bei verspäteten Einschulungen ist hingegen der Kreis Cochem-Zell (Region Koblenz-Mittelrhein) Spitzenreiter im Bundesland, dort wurden im aktuellen Schuljahr 16 Prozent aller Schüler verspätet eingeschult.

Abbildung 22: Einschulungsarten in Rheinland-Pfalz nach Regionen (Schuljahr 2015/2016, ohne fristgemäße Einschulung, in Prozent)



Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, eigene Berechnungen, (Einschulung in Schwerpunktschule aufgrund von sonderpädagogischem Förderbedarf)

5.4 Wahl von Schulformen mit Beginn der 8. Klasse

Entsprechend der unterschiedlichen regionalen Ausgestaltung des Bildungssystems nimmt das Vorhandensein unterschiedlicher Schulformen Einfluss auf das Schulwahlverhalten der Kinder und Eltern und kann so auch die weiteren Bildungsverläufe beeinflussen. So wählen in der Region Koblenz-Mittelrhein 37 Prozent aller Schüler/-innen der 8. Klassenstufe die Schulform Realschule plus, das sind deutlich mehr als in den anderen beiden Regionen. In der Region Trier besuchen nur 27 Prozent, in Rheinhessen-Pfalz nur 24 Prozent der Achtklässler eine Realschule plus. In den letzten beiden Regionen ist der Besuch anderer Schulformen sehr viel häufiger: Integrierte Gesamtschulen und Gymnasien, also Schulformen, die prinzipiell den Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung ermöglichen, werden dort von einem deutlich größeren Anteil der Schüler/-innen gewählt.

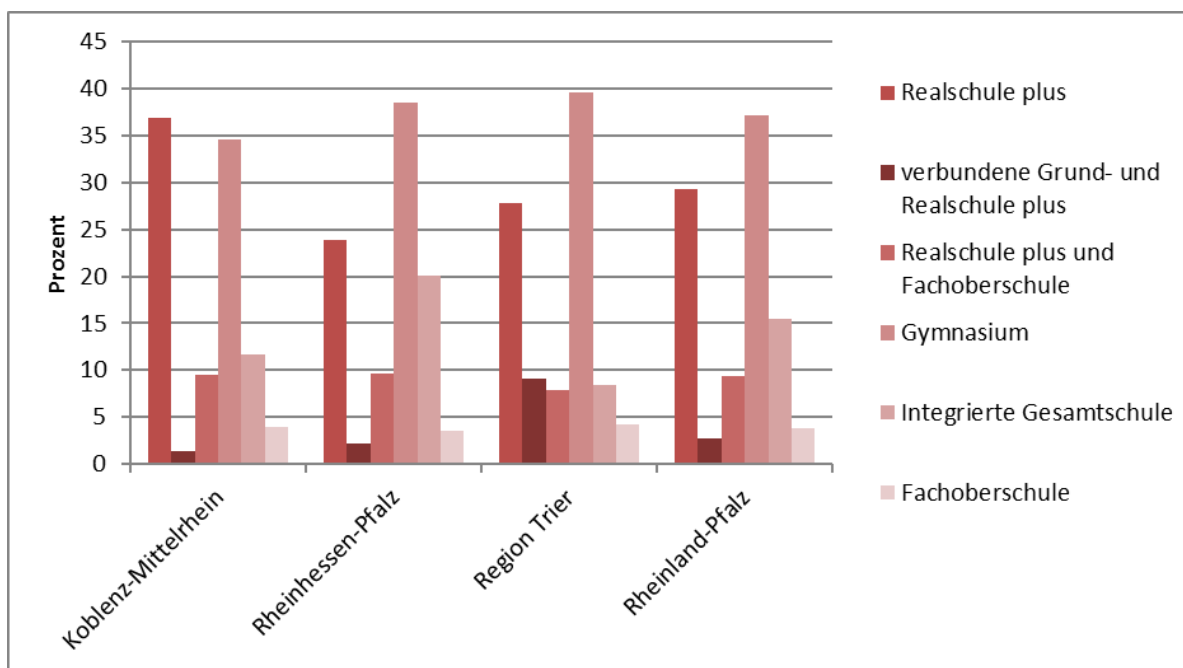
In der Region Koblenz-Mittelrhein besuchen knapp 35 Prozent der Achtklässler ein Gymnasium. Das ist der geringste Anteil unter den drei rheinland-pfälzischen Regionen, in denen vier bis fünf Prozentpunkte mehr Schüler/-innen diese Schulform besuchen. Mit elf Prozent besucht

nur ein halb so großer Anteil der Schülerinnen und Schüler Integrierte Gesamtschulen wie in der Region Rheinhessen-Pfalz. Ursache dürfte hier die relativ geringe Anzahl von Integrierten Gesamtschulen in der Region sein, die bereits weiter oben beschrieben wurde. In der Region Trier besucht allerdings ein noch geringerer Anteil von Schülerinnen und Schülern Integrierte Gesamtschulen.

Auf Landkreisebene folgt die Schulwahl vor allem der regionalen Verfügbarkeit von Schulformen, wobei hier der Unterschied zwischen ländlichen und städtischen Kreisen nach wie vor deutlich ist. So besuchen in Koblenz 53 Prozent der Achtklässler ein Gymnasium (und 9 Prozent eine IGS), während im Westerwaldkreis lediglich 29 Prozent das Gymnasium und 5 Prozent eine Integrierte Gesamtschule besuchen. Besonders gering ist der Anteil von Gymnasialschülerinnen und -schülern im Landkreis Cochem-Zell. Lediglich 15 Prozent aller Schüler/-innen besuchen dort ein Gymnasium. Auf der anderen Seite ist an der Mosel der Anteil von Schüler/-innen an einer Realschule in Verbindung mit einer Fachoberschule mit rund 20 Prozent der Achtklässler besonders hoch.

Nur geringe regionale Unterschiede gibt es hinsichtlich des Anteils von Schüler/-innen, die eine Realschule plus in Kombination mit einer Fachoberschule besuchen. Dies sind knapp zehn Prozent des Jahrgangs. Diese Schulform ermöglicht den Erwerb der Fachhochschulreife. Zusammenfassend kann man feststellen, dass in der Region Koblenz-Mittelrhein mehr Schüler/-innen eine Realschule plus besuchen und weniger/-innen Schüler solche Schulformen besuchen, die auf den Erwerb einer allgemeinen Hochschulreife hinführen.

Abbildung 23: Schüler der Klassenstufe 8 in Rheinland-Pfalz nach Schulformen und Regionen (Schuljahr 2015/2016)



Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, eigene Berechnungen

5.5 Schulabschlüsse an allgemeinbildenden Schulen

Schülerinnen und Schüler, die das allgemeinbildende Schulsystem regulär durchlaufen, beenden dieses entweder mit einem Zeugnis der allgemeinen Hochschulreife (Sekundarabschluss II) bzw. seltener mit einer Fachhochschulreife, mit einem qualifizierten Sekundarabschluss I, mit Berufsreife (früher Hauptschulabschluss) oder, wenn sie keines dieser Bildungszertifikate erlangen konnten, ohne Berufsreife.

Der prozentuale Anteil der Schüler/-innen, die ohne Berufsreife aus der Schule entlassen werden, belief sich im Jahr 2015 in Rheinland-Pfalz auf durchschnittlich 6 Prozent und ist damit gegenüber 2014 leicht angestiegen (siehe Bundesländervergleich unter Punkt 4.2.5.). Die Region Koblenz-Mittelrhein liegt dabei mit 6,3 Prozent leicht über dem Durchschnitt. Der Anteil Schulentlassener mit Berufsreife beläuft sich in Rheinland-Pfalz auf rund 18 Prozent, wobei die Region Koblenz-Mittelrhein mit 20 Prozent überdurchschnittliche Werte aufweist.

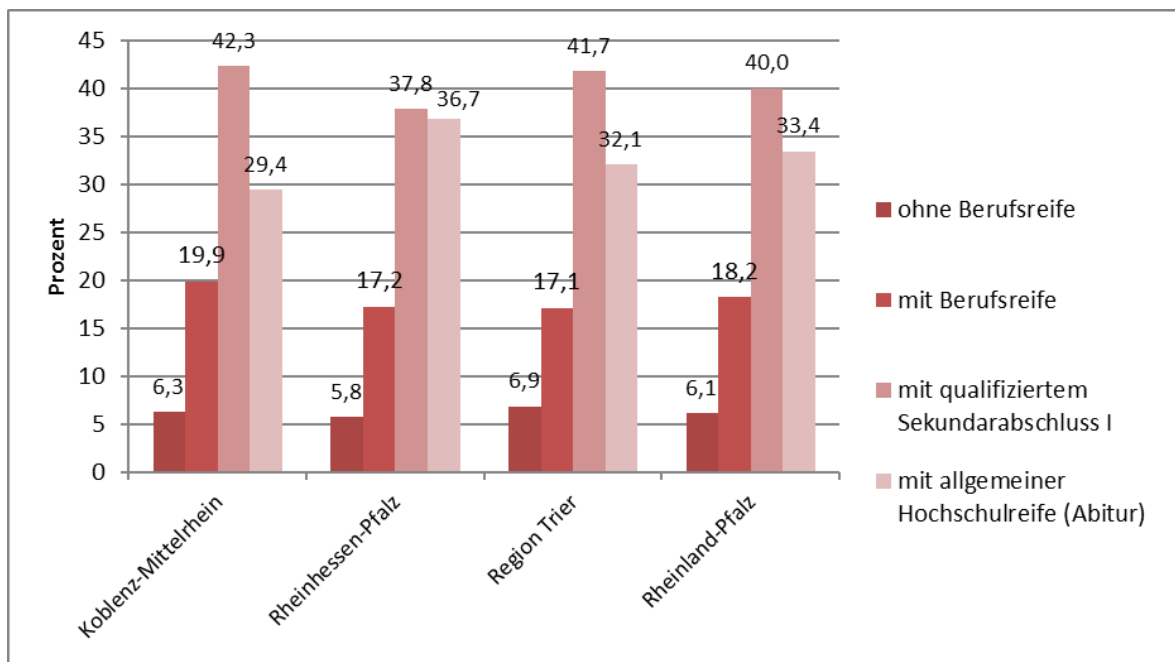
Mit der allgemeinen Hochschulreife (Abitur) verließen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2015 rund 33 Prozent aller Schüler/-innen die Schule. Die Region Koblenz-Mittelrhein schneidet im Vergleich mit den beiden anderen Regionen des Bundeslandes mit rund 29 Prozent unterdurchschnittlich ab. Die Region Rheinhessen-Pfalz liegt mit knapp 37 Prozent deutlich darüber. Eine Ursache hierfür dürfte die bereits weiter oben erwähnte unterschiedliche Verteilung von Schulformen sowie das unterschiedliche Schulwahlverhalten beim Übergang auf die Sekundarschule sein.

Der qualifizierte Sekundarschulabschluss I war 2015 mit durchschnittlich 40 Prozent die häufigste Abschlussart der Schulentlassenen an allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Mit überdurchschnittlichen 42 Prozent ist dies ebenfalls die häufigste Abschlussart der Schulentlassenen in der Region Mittelrhein. Zusätzlich erreichen 2 Prozent eine Fachhochschulreife an einer allgemeinbildenden Schule. Dieser Anteil ist aufgrund seiner geringen Größe nicht in der Grafik aufgeführt.

Abbildung 25 ordnet die Kreise der Region Koblenz-Mittelrhein nach der Größe der Anteile von Schulabgänger/-innen mit geringer Bildung – also solchen, die höchstens eine Berufsreife erreichen. Es zeigt sich, dass vor allem in Cochem-Zell, im Kreis Birkenfeld und im Rhein-Hunsrück-Kreis der Anteil von Schulabgänger/-innen, die keine oder maximal Berufsreife erhalten, besonders hoch ist. In den genannten Kreisen sind das zusammen jeweils mehr als 30 Prozent aller Schulentlassenen – im Gegensatz zur Stadt Koblenz, in der weniger als 20 Prozent die Schulen mit maximal Berufsreife verlassen. Fast immer gilt, dass, je höher in einem Kreis der Anteil der Absolvent/-innen mit geringer Bildung ist, umso geringer auch der Anteil jener Personen ist, die eine allgemeine Hochschulreife erlangen. Dieser Anteil bewegt sich von 19 Prozent im Kreis Cochem-Zell bis zu 45 Prozent in der Stadt Koblenz. Gespalten zeigt sich hier lediglich der Kreis Bad-Kreuznach. Dort verlassen mit etwa 26 Prozent aller Absolvierenden vergleichsweise viele Personen die Schulen mit höchstens Berufsreife, auf der anderen Seite

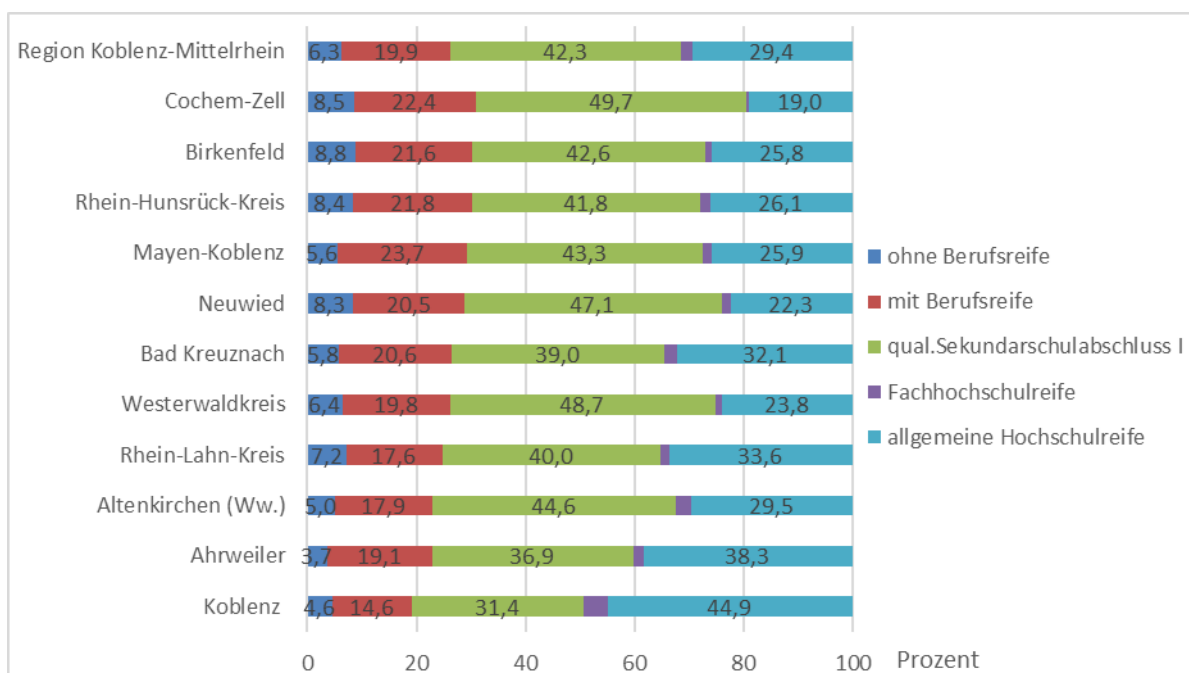
erreichen aber auch 32 Prozent eine allgemeine Hochschulreife. Das mittlere Qualifikationsniveau des qualifizierten Sekundarschulabschlusses I ist dadurch mit nur 39 Prozent der Absolvierenden ein vergleichsweise schmales Segment.

Abbildung 24: Schulentlassene aus allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz und seinen Regionen nach Art des Abschlusses (2015)



Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, eigene Berechnungen (nicht dargestellt: mit Fachhochschulreife, ca. 2 Prozent je Region)

Abbildung 25: Schulentlassene aus allgemeinbildenden Schulen nach Art des Abschlusses in der Region Koblenz-Mittelrhein und ihren Kreisen (2015)



Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, eigene Berechnungen

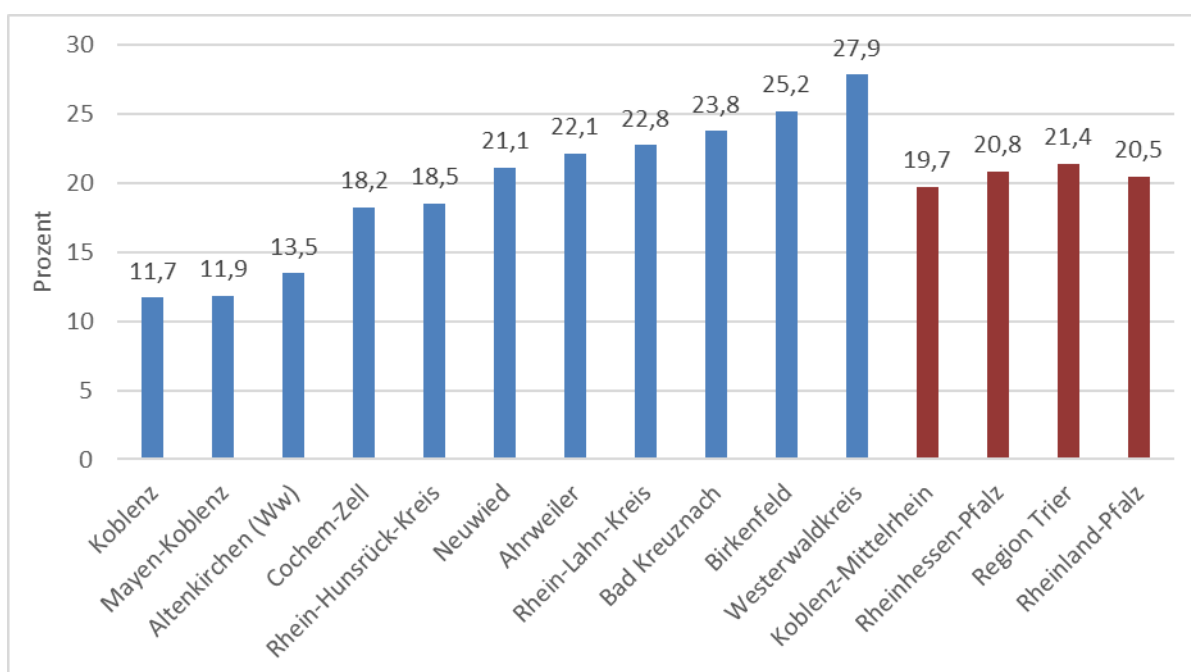
5.6 Nutzung von schulischen Ganztagsangeboten

Ähnlich den Betreuungsangeboten für Kinder im Vorschulalter haben in den vergangenen Jahren ganztägige Betreuungsangebote in Schulen (Ganztagschulen) an Bedeutung gewonnen. Ganztagsangebote in der Schule gelten neben der vorschulischen Kinderbetreuung als weitere wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – vor allem für Frauen, die ihre berufliche Entwicklung ohne Reduktion auf eine Teilzeitbeschäftigung weiterführen möchten. Gleichzeitig wird von pädagogischer Seite festgestellt, dass ein ganztägiges Betreuungsangebot in der Schule ein individuelles fachliches und soziales Lernen im Sinne einer ganzheitlichen Bildung fördert. Schulischen Ganztagsangeboten wird auch eine erhebliche Bedeutung im Hinblick auf die Angleichung von Bildungschancen von Kindern aus Familien mit unterschiedlichem sozialen und ethnischen Hintergrund zugeschrieben.⁶⁰

Im Schuljahr 2015/16 nahmen in Rheinland-Pfalz 20,5 Prozent aller Schülerinnen und Schüler eine Ganztagsbetreuung in ihrer Grund- oder Sekundarschule wahr.⁶¹ Im Bundesländervergleich schneidet Rheinland-Pfalz hier im unteren Bereich der deutschen Bundesländer ab.⁶² Wenngleich die Unterschiede innerhalb von Rheinland-Pfalz auf Regionsebene nicht besonders groß sind – Koblenz-Mittelrhein hatte auch hier mit 19,7 Prozent den geringsten Anteil von Ganztagschüler/-innen. In den beiden anderen Regionen war der Anteil allerdings nur ein bis zwei Prozentpunkte höher. Gravierender fielen die Unterschiede zwischen den Kreisen und Städten aus. So zählen die Stadt Koblenz und der Landkreis Mayen-Koblenz mit knapp zwölf

Prozent zu den Gegenden mit den niedrigsten Ganztagsschulquoten in ganz Rheinland-Pfalz. Demgegenüber lagen im Kreis Birkenfeld, im Westerwaldkreis und in Bad Kreuznach die Werte zwischen 24 und 28 Prozent und damit deutlich über dem Durchschnitt. In der Region Koblenz-Mittelrhein lässt sich damit ein recht deutlicher Zusammenhang zwischen der ländlich-peripheren Lage von Landkreisen und der Nutzung von Ganztagsangeboten ausmachen. Möglicherweise werden in ländlichen Regionen auch wegen einer eingeschränkten Mobilität häufiger ganztagsschulische Angebote in Anspruch genommen. Im Hinblick auf die pädagogischen Potenziale von Ganztagschulen ist dies jedoch kritisch zu sehen, denn Kinder mit Migrationshintergrund, die von einer solchen Förderung besonders profitieren könnten, leben häufiger in städtischen Regionen.

Abbildung 26: Anteil von Schüler/-innen, die Ganztagsangebote wahrnehmen in Rheinland-Pfalz und seinen Regionen (2015/16)



Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, eigene Berechnungen

5.7 Schulentlassene mit und ohne Migrationshintergrund

Untersuchungen zu Migration und Integration zeigen seit Langem, dass Menschen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt geringere Bildungsabschlüsse erreichen als die autochthone Bevölkerung. Als Gründe dafür werden in der Regel Nachteile beim Erlernen der deutschen Sprache, fehlendes ökonomisches und kulturelles Kapital der Herkunftsfamilien oder geringere Bildungsaspirationen angenommen. Eine erfolgreiche Bildungspolitik muss deshalb das Ziel haben, dass Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund die gleichen Chancen auf gute

Bildungsabschlüsse bekommen und wahrnehmen wie die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Die Bildungsstatistik von Rheinland-Pfalz ermöglicht es, Schülerinnen und Schüler mit und ohne Hintergrund im Hinblick auf ihre Bildungsabschlüsse zu unterscheiden.

Im Jahr 2015 hatten in der Region Koblenz-Mittelrhein etwa 1700 von 14.000 Schulentlassenen einen Migrationshintergrund, dies entspricht einem Anteil von knapp 12 Prozent. Der Migrantenanteil liegt damit etwas unter dem rheinland-pfälzischen Mittel, das bei 13,6 Prozent liegt.

Die Daten zeigen, dass von den Schüler/-innen ohne Migrationshintergrund im gesamten Rheinland-Pfalz rund 5,5 Prozent ohne Berufsreife die Schule verlassen. Bei den Schulentlassenen mit Migrationshintergrund beläuft sich diese Zahl im Bundesland auf fast 11 Prozent. Bei beiden Werten liegt die Region Mittelrhein im Durchschnitt des Bundeslandes – Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund bleiben somit doppelt so häufig ohne Berufsreife wie solche ohne Migrationshintergrund.

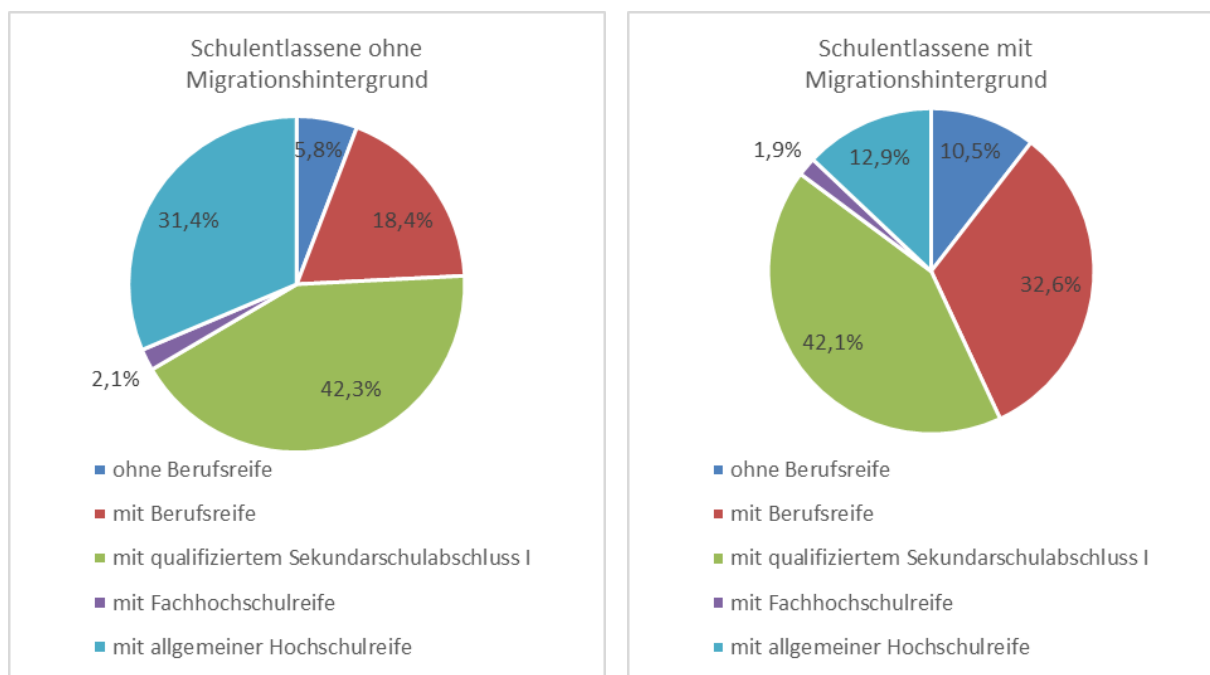
Mit Berufsreife (früher Hauptschulabschluss) gehen in Rheinland-Pfalz rund 16 Prozent der Schulentlassenen ohne Migrationshintergrund von der Schule ab. Bei den Schulentlassenen mit Migrationshintergrund sind dies mit mehr als 30 Prozent fast doppelt so viele. Die Region Koblenz-Mittelrhein erreicht hier bei beiden Schülergruppen höhere Werte (18,4 vs. 32,6 Prozent). Positiv ist dies nicht zu bewerten, heißt dies doch letztlich, dass in Koblenz-Mittelrhein mehr Schülerinnen und Schüler – sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund – mit geringeren Schulabschlüssen entlassen werden als in anderen Regionen des Landes. Dies spiegelt sich vor allem beim Anteil der Schulentlassenen mit allgemeiner Hochschulreife wider. Dieser Wert bleibt für beide Schülergruppen hinter anderen Regionen zurück. Während in Koblenz-Mittelrhein 31,4 Prozent der Schulentlassenen ohne Migrationshintergrund das Abitur erreichen, schaffen dies von jenen mit Migrationshintergrund nur knapp 13 Prozent. Obwohl hier nach wie vor eine große Diskrepanz sichtbar wird, schneidet Koblenz-Mittelrhein im Verhältnis beider Schülergruppen nicht am schlechtesten ab. Während hier auf einen Abiturienten mit Migrationshintergrund 2,4 Abiturienten ohne Migrationshintergrund kommen, beträgt dieses Verhältnis in der Region Rheinhessen-Pfalz trotz einer dort deutlich höheren Abiturientenquote 1:2,7.

Kaum noch Unterschiede zeigen sich beim mittleren Schulabschluss, dem qualifizierten Sekundarschulabschluss I. Dieser wird in Koblenz-Mittelrhein mit 42 Prozent gleich häufig von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund erworben. Eine ähnliche Tendenz zeigt sich auch in den anderen Regionen von Rheinland-Pfalz.

Betrachtet man den Erfolg der Integration durch Bildung auf Kreisebene, so zeigen sich große Unterschiede. Man muss dabei aber berücksichtigen, dass es gerade im ländlichen Raum pro Kreis zum Teil nur wenige Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund gibt und Schwankungen zwischen den Jahren deshalb größer ausfallen können. Die Zahlen eines Jahres sind nicht zwangsläufig aussagekräftig für das Gelingen von Integration vor Ort. Beispielsweise gab es im Kreis Cochem-Zell im Jahr 2015 lediglich 37 Schulentlassene mit Migrationshintergrund.

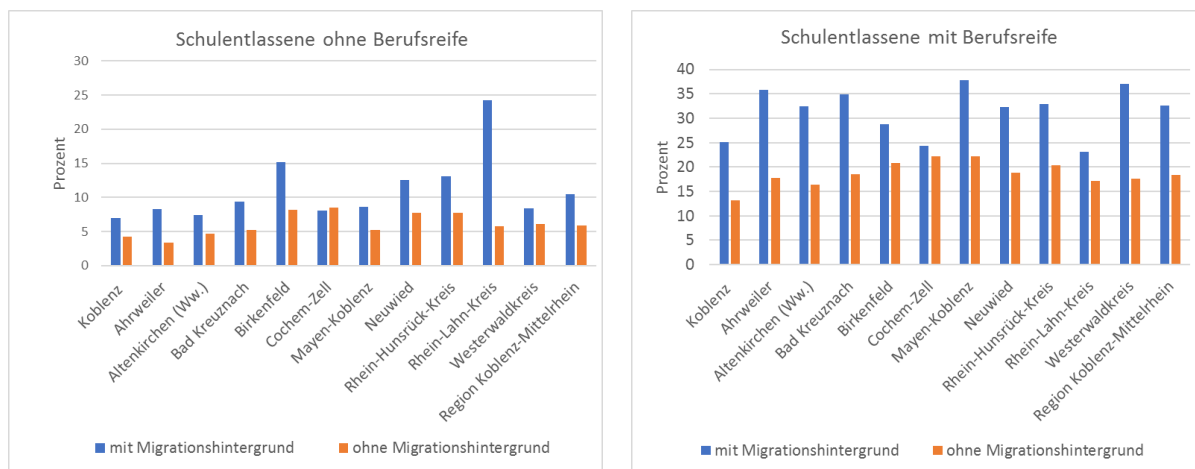
Drei davon (etwa 9 Prozent) verließen die Schule ohne Berufsreife, ein Anteilswert, der kaum höher ist als bei den Personen ohne Migrationshintergrund. Außergewöhnlich stellt sich die Situation im Rhein-Lahn-Kreis dar. Dort verließen immerhin 95 Personen mit Migrationshintergrund die Schulen, und fast ein Viertel davon (23 Personen) erreichte keine Berufsreife. Dieser Wert weicht deutlich von jenem der Personen ohne Migrationshintergrund ab. Auch in Birkfeld, wo von 66 Personen mit Migrationshintergrund 10 keine Berufsreife erlangten (15 Prozent), zeigt sich eine deutliche Diskrepanz zu den Bildungserfolgen der autochthonen Bevölkerung. Geringe Zahlen von Schüler/-innen mit Migrationshintergrund führen also nicht zwangsläufig zu besserer Integration im Bildungssystem. Der Kreis Neuwied, der mit 254 die meisten Schulentlassenen mit Migrationshintergrund verzeichnete, hat bezüglich der Unterschiede zwischen beiden Absolvierendengruppen moderate Werte, die etwa dem Mittel der gesamten Region entsprechen. Zur Untersuchung solcher Diskrepanzen wäre ein Blick auf die Bildungsinstitutionen in den jeweiligen Kreisen aufschlussreich. Ein Faktor für Unterschiede zwischen den Landkreisen außerhalb des Bildungssystems könnte hier aber auch eine unterschiedliche Zusammensetzung der Migrationsbevölkerung nach Herkunftsgruppen und damit unterschiedliche familiäre Bedingungen für Bildungserfolg sein.

Abbildung 27: Schulentlassene mit und ohne Migrationshintergrund in der Region Koblenz-Mittelrhein nach Art des Abschlusses (2015)



Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, eigene Berechnungen

Abbildung 28: Anteil der Schulentlassenen mit und ohne Berufsreife in der Region Koblenz-Mittelrhein und ihren Kreisen nach Migrationshintergrund in Prozent (2015)



Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, eigene Berechnungen

5.8 Studierende und Studienfachwahl

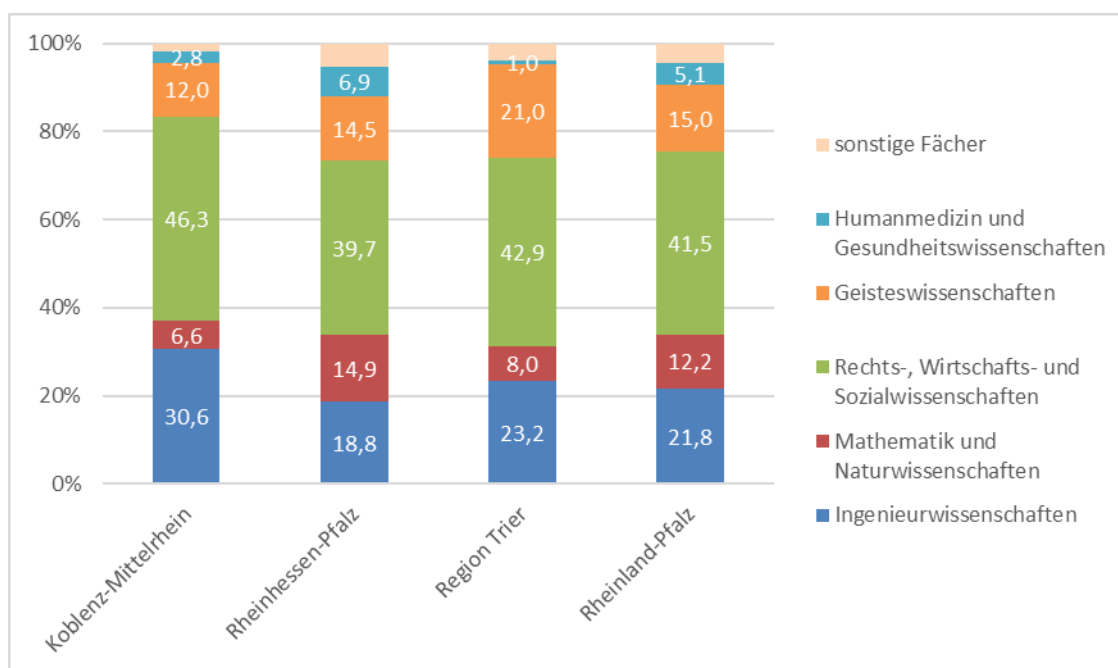
Studierende verteilen sich je nach Standorten der Hochschulen unterschiedlich über die Regionen von Rheinland-Pfalz. Im Jahr 2015 studierten rund 62 Prozent aller rheinland-pfälzischen Studierenden in der Region Rheinhessen-Pfalz mit der Landeshauptstadt Mainz. In dieser Region liegen die meisten größeren Städte des Landes und damit auch die meisten Hochschulstandorte. Nur 19 Prozent der Studierenden, also etwa ein Fünftel, sind an Hochschulen der Region Koblenz-Mittelrhein eingeschrieben – bei einem Bevölkerungsanteil der Region von 36,5 Prozent. Den geringsten Anteil hat die Region Trier mit rund 15 Prozent der rheinland-pfälzischen Studierenden.

Im Hinblick auf die Belegung einzelner Fächergruppen gibt es grundlegende Unterschiede zwischen den Regionen. Auch dies ist den unterschiedlichen Hochschulstandorten bzw. den unterschiedlichen fachlichen Profilen dieser Hochschulen geschuldet. In der Region Koblenz-Mittelrhein beträgt der Anteil der Studierenden in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 46 Prozent der Studierenden. Verglichen mit der Verteilung der Studierenden im gesamten Bundesland liegt dieser Anteil etwa fünf Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Vergleichsweise stark ist in Koblenz-Mittelrhein der Anteil von Studierenden der Ingenieurwissenschaften, der bei über 30 % liegt (Rheinland-Pfalz: 22 Prozent). Damit ist die Region Koblenz-Mittelrhein in Sachen ingenieurwissenschaftliche Studienangebote innerhalb von Rheinland-Pfalz gut aufgestellt. Angesichts der im Vergleich zu anderen Bundesländern stark unterdurchschnittlichen Absolvierendenquote im Bereich Ingenieurwissenschaften (siehe Abschnitt 4.3.5)

dürfte dies ein wichtiger Beitrag für die industrielle Zukunft der Region sein.³ Der hohe Anteil an Studierenden der Ingenieurwissenschaft in der Region beruht vor allem auf der fachlichen Ausrichtung der jeweiligen Hochschulen, speziell der Hochschule Koblenz und der Universität Koblenz-Landau (Campus Koblenz).

Unterdurchschnittlich ist der Anteil von Studierenden in der Region Koblenz-Mittelrhein in den Fächergruppen Geisteswissenschaften, Mathematik/Naturwissenschaften sowie im Bereich Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften. Vor allem die Ausbildung in Medizin konzentriert sich in Rheinland-Pfalz auf die Region Rheinhessen-Pfalz, in der 7 Prozent der Studierenden dieser Fächergruppe zuzuordnen sind. In Koblenz-Mittelrhein machen Studierende im Bereich Gesundheitswissenschaften/Medizin lediglich 2,8 Prozent der Studierenden aus. Angesichts eines Defizits an medizinischem Fachpersonal im ländlichen Raum und der Schwierigkeit, solches aus städtischen Regionen anzuwerben, könnte sich dies in der Zukunft als problematisch erweisen.

Abbildung 29: Studierende nach Fächergruppen in Rheinland-Pfalz und seinen Regionen in Prozent (2015)



Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, eigene Berechnungen

³ Die hier genannten Anteile von „Studierenden nach Fächergruppen“ sind mit den „Absolvierenden nach Studienabschlüssen“ aus dem Abschnitt 4.3.5 nicht unmittelbar vergleichbar, da beide Statistiken eine unterschiedliche Zuordnung von Fächern zu Fächergruppen verwenden. Die Fächersystematik wurde in der Hochschulstatistik zum Wintersemester 2015/16 bundesweit umgestellt.

5.9 Berufliche Bildung

5.9.1 Schulische Berufsbildung

An beruflichen Schulen kann außer einem beruflichen Abschluss auch eine Hochschulreife erworben werden. Zudem zählt der sogenannte Übergangsbereich zur beruflichen Bildung, in dem Personen ausbildungsvorbereitende Maßnahmen durchlaufen können, um nachher eine reguläre Ausbildung anzustreben. Den größten Teil aller beruflichen Schulen machen Berufsschulen aus, an denen im Wesentlichen Auszubildende den schulischen Teil einer dualen (betrieblichen und schulischen) Berufsausbildung absolvieren. Hinzu kommen Berufsfachschulen und Fachschulen, an denen rein schulische Berufsabschlüsse erworben werden können. Berufliche Gymnasien führen – bei einer berufsfachlichen Spezialisierung – zur allgemeinen Hochschulreife. Schließlich gibt es eine Reihe von Schulformen wie Berufsaufbauschulen, Berufsoberschulen und Fachoberschulen, an denen lediglich berufsvorbereitende Qualifizierungen angeboten werden. Vor allem die Zahl der Bildungsteilnehmer/-innen im Übergangsbereich (den Berufsvorbereitungsmaßnahmen) hat in den vergangenen Jahren in Rheinland-Pfalz deutlich abgenommen. Begannen im Schuljahr 2006/07 noch fast 24.000 Personen berufsvorbereitende Maßnahmen, so sank diese Zahl bis 2014/15 auf nur noch 14.000.⁶³ Dies dürfte vor allem auf den aus demografischen und konjunkturellen Gründen entspannten Ausbildungsmarkt zurückzuführen sein.

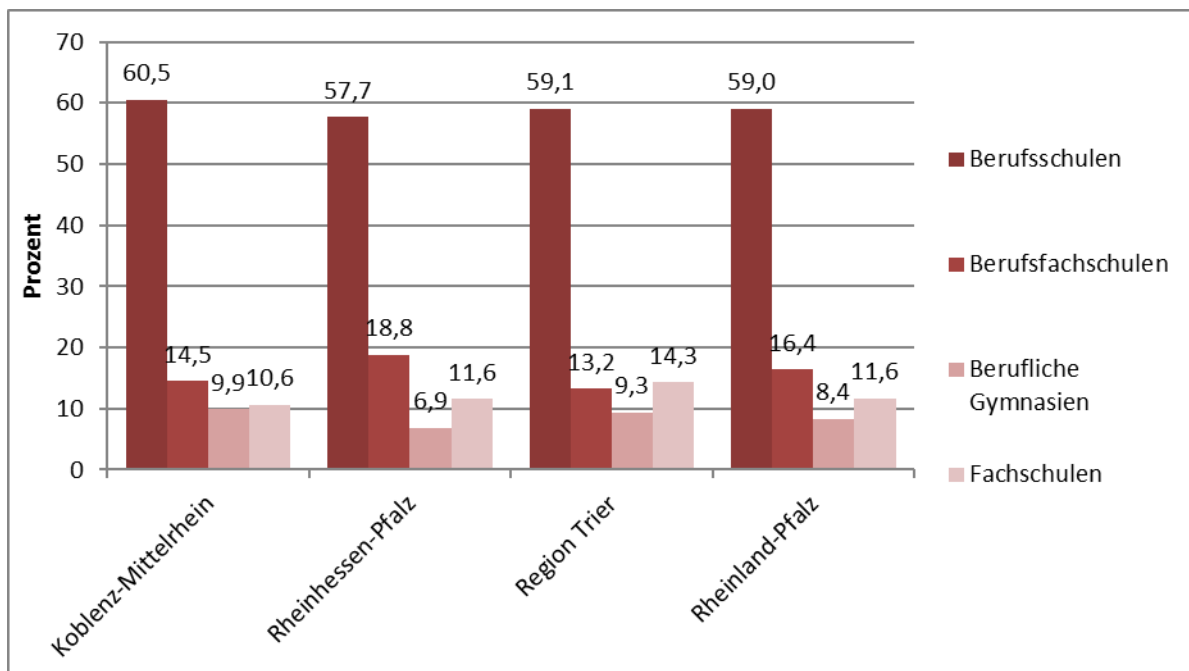
Auch die Zahl der Schüler/-innen an Berufsschulen und Berufsfachschulen, die den weitaus größten Teil aller beruflichen Schüler ausmachen, war rückläufig. Lediglich die Zahl der Schüler an beruflichen Gymnasien und an Fachschulen ist gewachsen. Zwischen 2005/06 und 2015/16 hat die Zahl der Schüler/-innen an beruflichen Gymnasien von 6.000 auf 10.200 zugenommen, jene an Fachschulen von 11.100 auf 14.200.⁶⁴ Diese Entwicklung spiegelt auf der einen Seite die demografische Entwicklung, auf der anderen Seite den Trend hin zu höheren Bildungsabschlüssen wider.⁴

Vergleicht man den Besuch beruflicher Schulen zwischen den Regionen, so sieht man beim Anteil von Berufsschüler/-innen nur geringe Unterschiede. 60,5 Prozent der Schüler/-innen an beruflichen Schulen in Koblenz-Mittelrhein entfallen auf Berufsschulen und damit etwas mehr als in Rheinland-Pfalz insgesamt (59 Prozent). Die klassische Berufsausbildung ist also in der Region vergleichsweise stark. Ebenfalls stark ausgeprägt ist in der Region der Besuch beruflicher Gymnasien: 9,9 Prozent der beruflichen Schüler/-innen besuchten in Koblenz-Mittelrhein ein Berufliches Gymnasium. Dies ist der höchste Wert aller Regionen. Unterproportional fallen

⁴ Nicht zu den beruflichen Schulen werden in Rheinland-Pfalz die Schulen des Gesundheitswesens gerechnet, die separat erfasst werden. Im Schuljahr 2015/16 erlernten dort 7.700 Personen einen nichtärztlichen Gesundheitsberuf. Die Zahl ist im Verhältnis zu Personen in berufsbildenden Schulen (ca. 120.000) allerdings gering.

in der Region Koblenz-Mittelrhein die Besuche von Fachschulen (10,6 Prozent) und von Berufsfachschulen (14,5 Prozent) aus. Hier bleibt die Region Koblenz-Mittelrhein einen bzw. zwei Prozentpunkte unter dem Wert von Rheinland-Pfalz.

Abbildung 30: Schüler/-innen an beruflichen Schulen nach Schularten in Rheinland-Pfalz und seinen Regionen in Prozent (2015)



Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, eigene Berechnungen

5.9.2 Duale Berufsausbildung/ Betriebliche Ausbildung

Trotz der enorm gestiegenen Anteile an Studienberechtigten und Studienanfänger/-innen mündet noch immer mehr als die Hälfte aller Schulabsolvierenden in Rheinland-Pfalz in eine berufliche Ausbildung ein. Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen sind dabei weit mehr ein lokaler Markt als der Bereich der Hochschulbildung. Zum einen gibt es Ausbildungsplätze bzw. Arbeitsplätze für beruflich Qualifizierte auch in den ländlichsten Regionen. Zum anderen sind Bewerber/-innen auf Ausbildungsstellen weniger mobil als Studierende, die zu Studienbeginn häufig in größere Städte oder gar andere Regionen umziehen. Entscheidende Größen zur Untersuchung des regionalen Ausbildungsmarktes ist die Ausbildungsnachfrage, gemessen an den gemeldeten Bewerber/-innen bzw. an den unvermittelt gebliebenen Bewerber/-innen, sowie das Ausbildungsangebot, gemessen an den gemeldeten Ausbildungsstellen sowie an den unbesetzt gebliebenen Ausbildungsstellen. Gerade in den letzten Jahren sind immer schwächer besetzte Geburtsjahrgänge ins Ausbildungsalter gekommen, was zu wachsenden Besorgnissen hinsichtlich eines Auszubildenden- und späteren Fachkräftemangels geführt hat.

Im Folgenden werden deshalb die Daten von 2016 mit denen von 2013 verglichen, um festzustellen, wie sehr diese Entwicklungen tatsächlich den lokalen Ausbildungsmarkt getroffen haben.⁶⁵ Generell ist allerdings das Ausbildungsangebot weit stärker von konjunkturellen Schwankungen geprägt als das Angebot an Studienplätzen. Da Deutschland sich im genannten Zeitraum jedoch in einer Phase stabiler wirtschaftlicher Entwicklung befand, dürften konjunkturelle Schwankungen in diesem Zeitraum kaum Einfluss auf das Angebot an Ausbildungsplätzen genommen haben.

Besetzung von Ausbildungsplätzen: Die Region Koblenz-Mittelrhein ist innerhalb von Rheinland-Pfalz eine ausbildungsstarke Region. 2016 wurden hier mit knapp 40 Prozent aller landesweiten Ausbildungsstellen deutlich mehr betriebliche Ausbildungsplätze angeboten, als es dem Bevölkerungsanteil der Region innerhalb von Rheinland-Pfalz entspricht (ca. 36,5 Prozent). Im Jahr 2016 waren hier 10.400 Ausbildungsplätze verfügbar, etwa so viele wie auch drei Jahre zuvor. Gegen Ende des Jahres waren noch 6,2 Prozent der verfügbaren Ausbildungsplätze unbesetzt. Damit haben die Besetzungsprobleme gegenüber 2013 tatsächlich zugenommen, 644 Ausbildungsplätze blieben unbesetzt, 130 mehr als vor drei Jahren. Eine ähnliche Entwicklung ist in allen drei Regionen von Rheinland-Pfalz zu beobachten, Koblenz-Mittelrhein hat allerdings noch die geringste Quote an unbesetzten Ausbildungsplätzen. Am größten ist dieser Anteil in der Region Trier, dort ist auch die Veränderung gegenüber 2013 am deutlichsten.

Versorgung mit Ausbildungsplätzen: Die Zahl der Ausbildungsplatzsuchenden hat in der Region Koblenz-Mittelrhein zwischen 2013 und 2016 um etwa 700 Personen abgenommen, ein Rückgang um etwa sechs Prozent. Hier spiegeln sich die beschriebenen Phänomene des demografischen Wandels und der steigenden Studierendenquoten wider. Interessanterweise ist die Quote der unversorgten Bewerber, also der Anteil der Ausbildungsplatzsuchenden, der trotz Nachfrage letztlich keinen Ausbildungsvertrag abschließt, gleich geblieben. Nach wie vor bleiben 13,2 Prozent der Ausbildungssuchenden erfolglos. Auch in der Region Rheinhessen-Pfalz hat sich die Quote der unversorgten Bewerber/-innen kaum geändert. Dies macht deutlich, dass das Zusammenwirken von Angebot und Nachfrage komplexer ist als eine bloße Gegenüberstellung von Stellen und Bewerber/-innen.

Passung von Angebot und Nachfrage: Auf der einen Seite können mit wachsender „Knappheit von Jugendlichen“ die Ansprüche der Nachfragenden an ihre Ausbildungsstelle steigen. Sie sind weniger bereit, ein weniger interessantes Angebot anzunehmen, und suchen lieber weiter. Durch den höheren Anteil von Studienberechtigten unter den Ausbildungssuchenden haben diese auch die Option, ein Studium aufzunehmen, wenn die Suche nach dem gewünschten Ausbildungsplatz nicht erfolgreich ist. Schließlich könnte es auch eine Rolle spielen, dass ein Teil der Ausbildungssuchenden den gestiegenen Anforderungen in manchen Ausbildungsberufen nicht gewachsen ist und aus diesem Grund zunächst ohne Ausbildungsstelle bleibt.

Das Phänomen, dass trotz steigender Zahl unbesetzter Ausbildungsstellen die Zahl der unversorgten Bewerber/-innen gleich bleibt oder gar steigt, wird als „Passungsproblem“ bezeichnet. Als Indikator für Passungsprobleme wird vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung das Produkt aus dem Anteil unbesetzt gebliebener Ausbildungsstellen und dem Anteil unvermittelt gebliebener Bewerber genutzt. Diese abstrakte Größe kann theoretisch den kleinsten Wert null annehmen (kein Ausbildungsplatz bleibt unbesetzt und kein Bewerber unvermittelt). Der größte rechnerisch mögliche Wert dieses Indikators ist 10.000 (100 Prozent der Ausbildungsstellen bleiben unbesetzt und 100 Prozent der Bewerber bleiben unvermittelt). Für die Region Koblenz- Mittelrhein ist der Indikator für Passungsprobleme zwischen 2013 und 2016 vom Wert 64 auf 82 angestiegen (der Indikator hat keine Einheit). Wie in allen Regionen von Rheinland-Pfalz haben damit Passungsprobleme messbar zugenommen.

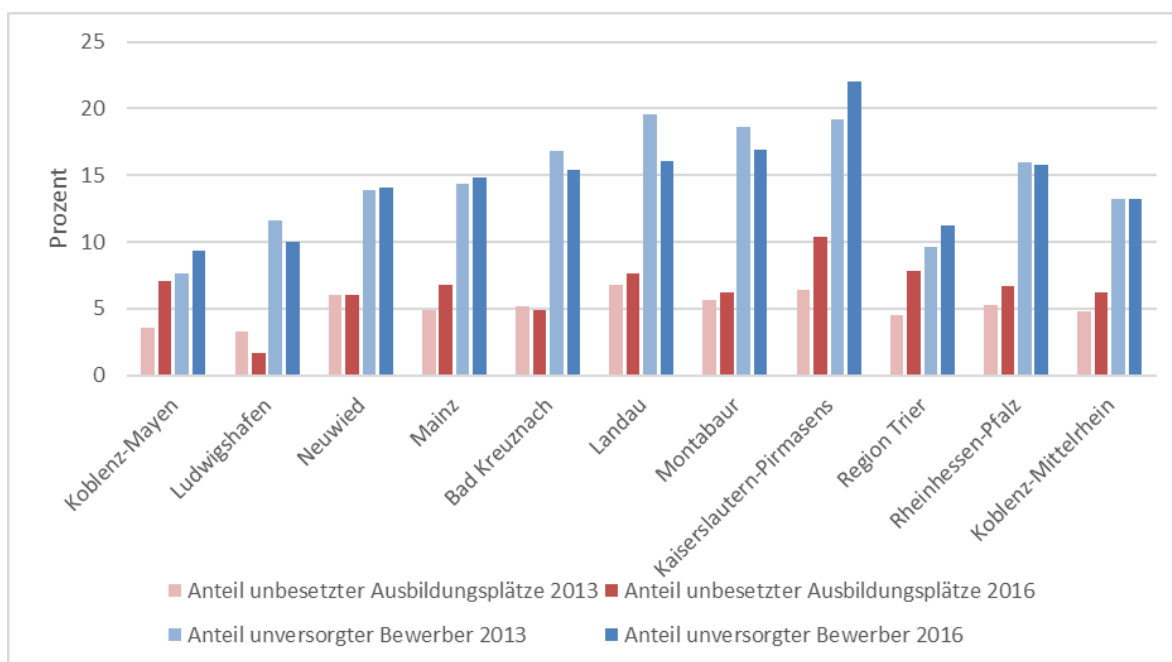
Wie bereits beschrieben ist der Ausbildungsmarkt stark lokal orientiert. Auszubildende suchen in der Regel in naher Umgebung ihres Wohnortes eine Ausbildungsstelle. Da die Statistik der Ausbildungsplätze nicht nach Kreisen, sondern nach Arbeitsagenturbezirken gegliedert wird, ist eine Auswertung für die Region Koblenz-Mittelrhein nur nach diesen regionalen Einheiten möglich.

Ein Blick in die Arbeitsagenturbezirke der Region zeigt, dass es deutliche Unterschiede zwischen dem städtischen Kernbezirk der Region, dem Arbeitsagenturbezirk Koblenz-Mayen, zu dem auch die Großstadt Koblenz gehört, und den übrigen drei eher ländlich strukturierten Agenturbezirken gibt. In Koblenz-Mayen ist der Anteil unbesetzter Ausbildungsplätze deutlich angestiegen. Er hat sich praktisch verdoppelt und betrug im Jahr 2016 7,1 Prozent. Der Anteil unvermittelter Bewerber/-innen ist dennoch, allerdings nur leicht, auf 9,3 Prozent angestiegen. In den anderen Arbeitsagenturbezirken blieben die Anteile unbesetzter Ausbildungsstellen etwa gleich. Allerdings waren in den Agenturbezirken Bad Kreuznach, Montabaur und Neuwied die Quoten unvermittelter Bewerber/-innen deutlich höher als in Koblenz-Mayen. Sie reichten von 14 Prozent in Neuwied bis knapp 17 Prozent in Montabaur. Obwohl in den Regionen also zwischen 5 und 6 Prozent aller Ausbildungsplätze nicht besetzt werden konnten, blieb etwa jeder sechste Ausbildungsplatzsuchende ohne Stelle. Die Passungsprobleme zwischen Ausbildungsangebot und Nachfrage sind also in den ländlichen Regionen von Koblenz-Mittelrhein deutlich größer als im Kernagenturbezirk Koblenz-Mayen. Grund hierfür dürfte sein, dass es in der großstädtischen Region Koblenz-Mayen eine größere Vielfalt an Ausbildungsberufen gibt und somit die Wahrscheinlichkeit steigt, dass Nachfragende ihren Wunschberuf ergreifen können. Zudem ist hier durch das dichte städtische Nahverkehrsangebot die Erreichbarkeit von Ausbildungsbetrieben besser als in ländlichen Agenturbezirken. Dies dürfe das Risiko reduzieren, dass Ausbildungssuchende Ausbildungsangebote nicht wahrnehmen, weil sie keine Möglichkeit haben, täglich mit vertretbarem Aufwand ihre Ausbildungsstätte zu erreichen.

Ergänzend lässt sich feststellen, dass der Agenturbezirk Koblenz-Mayen im Jahr 2016 innerhalb von Rheinland-Pfalz den geringsten Anteil unversorgter Bewerber/-innen hatte. Auch bezüglich der Passung von Angebot und Nachfrage weist Koblenz-Mayen den im Vergleich

zweitgünstigsten Wert auf, lediglich der Arbeitsagenturbezirk Ludwigshafen schneidet hier noch besser ab. Die Agenturbezirke Bad Kreuznach und Montabaur reihen sich hingegen auch im Vergleich zu anderen Bezirken von Rheinland-Pfalz unter jene Regionen mit größeren Versorgungs- und Passungsproblemen ein. Dies verdeutlicht, dass es auch innerhalb von Regionen im Zusammenhang mit der Ländlichkeit einzelner Bezirke zu deutlichen Diskrepanzen auf dem Ausbildungsmarkt kommen kann.

Abbildung 31: Anteile unbesetzter Ausbildungsplätze und unversorgter Bewerber/-innen (2013 und 2016) in den Regionen von Rheinland-Pfalz und ihren Arbeitsagenturbezirken in Prozent



Datengrundlage: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)

5.10 Zwischenfazit

In Rheinland-Pfalz befindet sich der Bildungsbereich in einem raschen und tiefgreifenden Umbruch. Junge Menschen verbringen immer mehr Zeit im Bildungssystem und erreichen immer höhere Bildungsabschlüsse. Die Impulse zu diesen Veränderungen kamen aus der Politik, wenngleich sich hier auch gesellschaftliche Bedarfe verändert haben. 97 Prozent aller 3- bis unter 6-jährigen Kinder und 30 Prozent aller unter 3-Jährigen besuchen heute eine Kindertagesbetreuung – letztere Quote hat sich binnen zehn Jahren verdreifacht.

Seit der Abschaffung der Hauptschulen und der Einführung der Realschulen plus hat sich die Quote der Schulentlassenen ohne Berufsreife (6 Prozent) um etwa ein Drittel reduziert. Knapp ein Drittel der Schulentlassenen aus allgemeinbildenden Schulen verlässt diese mit einer Hochschulreife, zusammen mit Schulentlassenen aus beruflichen Schulen erreicht in Rheinland-Pfalz fast die Hälfte eines Jahrgangs eine Studienberechtigung (46 Prozent). Diese Werte sind vor allem seit der Jahrtausendwende deutlich angestiegen. Dennoch ist zu konstatieren, dass Rheinland-Pfalz im Vergleich zu anderen Bundesländern hier keineswegs besonders herausragende Ergebnisse erzielt, sondern bezüglich der Studienberechtigten und auch der Studierendquote im unteren Drittel aller Bundesländer liegt. Auch die von verschiedenen Bildungs- und Wissenschaftsgremien formulierten Zielwerte (vgl. 4.2.1.) werden von Rheinland-Pfalz gegenwärtig noch nicht erreicht. Insofern sind die Veränderungen der letzten Jahre u. E. als eine erforderliche Modernisierung des Bildungssystems und nicht als eine „Überakademisierung“ zu interpretieren. Auch Arbeitslosen- und Beschäftigtenquoten zeigen nach wie vor bessere Beschäftigungschancen für Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen. Belegbare Befunde bezüglich einer nachlassenden Qualität von Bildung bzw. von Bildungsabschlüssen lassen sich anhand vorliegender Leistungsvergleiche nicht finden. Gleichwohl ist es plausibel, dass es sich aufgrund einer abnehmenden sozialen Selektivität beim Erwerb höherer Bildungsabschlüsse um eine immer heterogenere Gruppe handelt.

Als Resultat demografischer Veränderungen und veränderter Bildungswünsche war in Rheinland-Pfalz bei einer aus konjunkturellen Gründen wachsenden Zahl an Ausbildungsplätzen der Rückgang der Zahl der beruflichen Ausbildungsinteressenten in den vergangenen Jahren bereits sehr deutlich. Insgesamt blieben im Jahr 2016 fast 7 Prozent der gemeldeten Stellen unbesetzt, weil sich keine geeigneten Bewerber/-innen finden ließen. In den vergangenen Jahren ist dieser Wert kontinuierlich angestiegen. Rechnerisch stehen noch immer genügend Ausbildungsinteressenten für die verfügbaren Ausbildungsplätze zur Verfügung – allerdings trifft das nicht auf alle Berufe und Regionen zu. Wegen der steigenden Akademisierung werden mittelfristig Engpässe an Fachkräften mit Berufsausbildung prognostiziert, die sich in bestimmten Branchen und Regionen bereits heute zeigen.

In Zukunft könnten junge Erwachsene mit maximal Hauptschulabschluss eine stärkere Berücksichtigung erfahren. Mehr als die Hälfte dieser Jugendlichen wird im Anschluss an das allge-

meinbildende Schulsystem zunächst im Übergangssystem, etwa in berufsvorbereitenden Maßnahmen oder in Berufsschulen für Schüler/-innen ohne Ausbildungsvertrag,⁶⁶ beschult, da sie nicht unmittelbar einen regulären Ausbildungsvertrag abschließen können. Dennoch haben junge Menschen mit und ohne Hauptschulabschluss eine geringere Chance, eine vollqualifizierende Ausbildung zu beginnen.⁶⁷ Eine wichtige Aufgabe wird daher darin bestehen, die Quote der jungen Erwachsenen ohne Schulabschluss sowie ohne abgeschlossene Berufsausbildung weiter zu senken und darüber hinaus die Übergänge in das Ausbildungssystem auch für Schülerinnen und Schüler mit maximal Hauptschulabschluss zu erleichtern.⁶⁸

Die Region Koblenz-Mittelrhein lässt sich im Vergleich zu anderen Regionen im Hinblick auf ihre Bildungsstrukturen als ländlich-konservativ charakterisieren. In Bezug auf Kinderbetreuungsquoten unter 3-Jähriger, Ganztagsbetreuung an der Schule und auch im Hinblick auf Schüler/-innen an Gymnasien erreicht Koblenz-Mittelrhein nicht die Werte anderer Regionen in Rheinland-Pfalz. 29 Prozent der Schulentlassenen aus den allgemeinbildenden Schulen erhielten 2015 in Koblenz-Mittelrhein eine Hochschulreife. Dies blieb deutlich unter dem Durchschnitt von Rheinland-Pfalz, der bei 33 Prozent lag. Demgegenüber ist der Anteil von Schulentlassenen mit Sekundarschulabschluss hier besonders hoch. Teilweise ausgeglichen wird dies durch einen vergleichsweise hohen Anteil von Schülern an beruflichen Gymnasien.

Die klassische Berufsausbildung ist in der Region Koblenz-Mittelrhein ein vergleichsweise starker Bildungszweig. Die Region verfügt im Vergleich zur Einwohnerzahl über den höchsten Anteil an dualen Ausbildungsplätzen und hat den größten Anteil klassischer Berufsschüler/-innen. Zwischen 2013 und 2016 hat allerdings die Zahl der Ausbildungsbewerber/-innen um 10 Prozent abgenommen und mehr Ausbildungsplätze blieben als Resultat der demografischen Entwicklung und des Trends zu höheren Bildungsabschlüssen unbesetzt. Dennoch hat die Region die geringste Quote unbesetzter Ausbildungsplätze in Rheinland-Pfalz. Allerdings hat sich die Quote unversorgter Bewerber/-innen dennoch nicht verringert. Dies ist ein Zeichen dafür, dass es zunehmend zu Passungsproblemen zwischen Anbietern und Nachfragenden von Berufsausbildung kommt, sei es aufgrund von Qualifikationsmängeln der Bewerber/-innen oder höherer Ansprüche an die Qualität der Ausbildung.

In Bezug auf höhere Berufsbildung und Hochschulbildung bleibt die Region Koblenz-Mittelrhein hinter anderen Regionen zurück. So liegt sowohl der Anteil an Fachschüler/-innen als auch an Studierenden unter dem Wert von Rheinland-Pfalz insgesamt. Nur 19 Prozent der Studierenden in Rheinland-Pfalz lernen an Hochschulen in der Region Koblenz-Mittelrhein. Das ist gemessen an der Einwohnerzahl der Region deutlich unterproportional. Positiv hervorzuheben ist hier, dass der Anteil von Studierenden im Bereich der Ingenieurwissenschaften im Vergleich zu anderen Regionen in Rheinland-Pfalz besonders ausgeprägt ist.

6 Qualitative Erhebung: Ergebnisse der Expert/-inneninterviews

6.1 Methodisches Vorgehen: Expert/-inneninterviews

Neben einer vergleichend-quantitativen Darstellung des Bildungswesens in Koblenz-Mittelrhein sollten im Rahmen der vorliegenden Studie regionale Qualifikationsangebote und -nachfrage mit besonderer Berücksichtigung von Schnittstellen bzw. Übergängen untersucht werden. Diese stellen eine Reihe von Herausforderungen an Kinder und junge Menschen sowie deren Familien und sind mit einer hohen Unsicherheit behaftet, da sie selektierend wirken und Chancungleichheiten verfestigen können.

Um unterschiedliche Perspektiven einbeziehen zu können, wurden zur Datenerhebung Expert/-inneninterviews eingesetzt, die auf fest definierte Wirklichkeitsausschnitte fokussieren. Sie werden in vielen unterschiedlichen Bereichen wie Ungleichheitsforschung, angewandte Sozialforschung bzw. Sozialberichterstattung, Elitenforschung etc. als eigenständige Bestandteile oder im Rahmen triangulativer und Mixed-Methods-Designs eingesetzt. Beschreibende wie auch bewertende Aussagen seitens der befragten Personen können erhoben werden. Zwar steht das funktionsbedingte Sonderwissen im Vordergrund, aber auch spezifische Sichtweisen und Perspektiven der Befragten werden erfasst. Ein Leitfaden fokussiert und strukturiert hierbei das Gespräch und wird damit dem spezifischen Interesse des Forschenden und dem spezifischen Wissen des Experten/der Expertin gerecht (Lamnek & Krell 2016).

6.1.1 Auswahl der Expert/-innen

Expert/-innen sind in einen bestimmten Funktionskontext eingebunden und fungieren in Interviews als Repräsentant/-innen einer Institution bzw. Organisation. Wer als Experte bzw. Expertin in einem Interview befragt wird, hängt von der Auswahl des/der Forschenden bzw. seinem/ihrer Erkenntnisinteresse ab (Bogner, Littig & Menz 2014; Lamnek & Krell 2016).

Die insgesamt 19 interviewten Expert/-innen wurden unter anderem hinsichtlich ihres Wissens zu Übergangspassagen und Übergangmanagement zwischen verschiedenen Bereichen des Bildungssystems ausgesucht. Konkret wurden Vertreter/-innen aus den Bereichen Elementarbildung, Grundschule, Gymnasium, Förderschule und berufsbildende Schule sowie Expert/-innen aus handwerklichen sowie industriellen Organisationen, der Wirtschaftsförderung, ausbilden den Unternehmen und der Arbeits- und Ausbildungsförderung befragt. Sie sind in Tabelle 1 anonymisiert dargestellt.

Institution	befragte Personen	Stadt/Land
Behörde	1	Land
Institutionen aus Industrie, Handwerk und Handel	3	2 aus dem städtischen, 1 aus dem ländlichen Bereich
Wirtschaftsförderung	1	Land
Ausbildende Unternehmen (ab 200 Mitarbeiter/-innen)	4	3 aus dem städtischen, 1 aus dem ländlichen Bereich
Einrichtung der dualen betrieblichen Berufsausbildung	1	Stadt
Berufsfachschule	1	Stadt
Berufsbildende Schule	1	Land
Förderschule	1	Land
Gymnasium	2	Land
Grundschule	1	Land
Kindertagesstätte	2	1 aus dem städtischen, 1 aus dem ländlichen Bereich
Institut für Qualitätsentwicklung im frühkindlichen Bereich	1	Stadt

Tabelle 1: Im Rahmen der Studie befragte Expert/-innen.

Dem Erkenntnisinteresse folgend sind die befragten Expert/-innen größtenteils aus dem Ausbildungs- und dem Bildungsbereich rekrutiert worden. Einige Expert/-innen haben aufgrund ihrer Funktion als z. B. Vermittler zwischen Schule und Ausbildungsbetrieb Einblicke in beide Bereiche. Mit der Berücksichtigung verschiedener Gebiete innerhalb der Region Koblenz-Mittelrhein sollten zudem regionale Unterschiede einbezogen werden.

Durch die begrenzte Auswahl der Expert/-innen ergeben sich einige Limitationen in der Studie. So sind Realschulen, Realschulen Plus und Gesamtschulen sowie kleine Betriebe nicht in der Auswahl berücksichtigt. Aussagen von größeren Unternehmen sind daher nicht zwingend auf die Situation kleinerer Betriebe zu übertragen, ebenso wenig treffen Beschreibungen von Gymnasialvertreter/-innen auf Realschulen und Realschulen Plus zu. In der Interpretation der Ergebnisse wurden diese Einschränkungen beachtet.

6.1.2 Leitfaden für die Expert/-inneninterviews

Der Leitfaden dient als konkretes Hilfsmittel in der Erhebungssituation, denn durch ihn werden Befragungen strukturiert und auf bestimmte Themen zentriert. Darüber hinaus werden Interviews durch den Leitfaden reproduzierbar und vergleichbar gehalten (Bogner, Littig & Menz

2014; Lamnek & Krell 2016; Meuser & Nagel 1991). Um diesen inhaltlich vorzubereiten, muss sich der Forscher/die Forscherin mit dem Handlungsfeld der Expertin/des Experten auseinandersetzen (Lamnek & Krell 2016).

Der für die qualitative Analyse konzipierte Leitfaden umfasste die folgenden Themenblöcke, die im Wesentlichen aus dem Thema Übergangspassagen/Gestaltung von Übergängen abgeleitet wurden:

- Heterogenität:
Wie gestaltet sich Heterogenität in unterschiedlichen Bildungsstufen sowie in Ausbildung? Wie gelingt besonders vulnerablen Gruppen der Übergang in die nächsthöhere Stufe?
- Maßnahmen zur Gestaltung von Übergängen:
Welche Maßnahmen gibt es und wie erfolgreich sind diese?
- Strategien zur Gewinnung von Nachwuchs:
Welche Strategien zur Rekrutierung von Nachwuchs wenden Unternehmen an?
- Kooperationen und Netzwerke:
Welche Kooperationen im Bildungs- und Ausbildungsbereich gibt es und wie funktionieren diese?
- Übergänge zwischen Schule und Ausbildung:
Wie zufrieden sind aufnehmende Institutionen mit der Entwicklung der Bewerber/-in-situation? Welchen speziellen Anforderungen des nächsthöheren Angebots müssen Bewerber/-innen gerecht werden? Inwiefern sind die erworbenen Kompetenzen und Qualifikationen anschlussfähig?
- Regionale Besonderheiten:
Was zeichnet die Region besonders aus? Welche Vor- und Nachteile gibt es?
- Allgemeine Herausforderungen und Potenziale:
Welche Herausforderungen können im jeweiligen Bildungs- bzw. im Ausbildungsbereich identifiziert werden? Was kann verändert bzw. verbessert werden?

6.1.3 Durchführung und Auswertung der Expert/-inneninterviews

Durch Expert/-inneninterviews soll das Repräsentative, das Überindividuell-Gemeinsame des Wissens durch eine vergleichende Analyse größerer Datenmengen herausgearbeitet werden. Hierbei stellt der Gesprächsleitfaden den Rahmen bereit, durch den eine Vergleichbarkeit sichergestellt wird (Meuser & Nagel 1991; Bogner, Littig & Menz 2014). Dementsprechend stehen bei der Auswertung thematische Einheiten im Fokus. Diese finden sich zwar über alle Texte zerstreut, gehören aber inhaltlich zusammen (Meuser & Nagel 1991).

Die Auswertung des Datenmaterials lehnte sich an das von Bogner, Littig und Menz (2014) vorgeschlagene Schema zur Auswertung von Expert/-inneninterviews an. Konkret umfasste die Analyse mehrere Auswertungsschritte, die dem Erkenntnisinteresse der qualitativen Studie entsprechend adaptiert wurden:

- **Codieren:** Beim Codieren wurden inhaltliche Bereiche, die dem Leitfaden zugeordnet werden können, identifiziert. Ziel war es, Passagen, die gleiche Themen behandeln, unter einem gemeinsamen, aus dem Leitfaden deduktiv entwickelten (und induktiv überprüften) Code zu sammeln. Im Vordergrund stand der Inhalt der Aussagen, nicht deren Sequenzialität.
- **Thematischer Vergleich:** In der nächsten Phase wurden thematisch ähnliche Passagen zusammengestellt und miteinander verglichen. Besonders wichtig war es herauszuarbeiten, an welchen Stellen sich Meinungen und Einschätzungen decken und an welchen sie sich unterscheiden. Beim Vergleich kam dem Funktionskontext der Expert/-innen eine besondere Bedeutung zu.
- **Konzeptualisierung und Abstrahierung:** Im letzten Schritt wurde das Gesagte weiter verdichtet. Hierfür war es erforderlich, von der Perspektive der Beschreibungen und Bewertungen der Expert/-innen auf eine höhere Ebene zu wechseln und das codierte Material aus einer Außenperspektive zu betrachten. Zusammenhänge zwischen kategorisierten Aussagen wurden formuliert und interpretiert.

Da im Rahmen der vorliegenden Studie keine allgemeingültigen Theorien abgeleitet werden sollten, sondern ein spezifischer Kontext betrachtet wurde, wurde auf den letzten Analyseschritt nach Bogner, Littig und Menz (2014), die theoretische Generalisierung, verzichtet.

6.2 Ergebnisse der Expert/-inneninterviews

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Expert/-inneninterviews beschrieben. Die Darstellung orientiert sich zunächst an den Codierungen und zeigt die verdichteten Inhalte zu einer spezifischen Frage- und Problemstellung auf.

6.2.1 Heterogenität der Schüler/-innen in Bildung und Ausbildung

Wie sich Heterogenität der Schüler/-innen in den letzten Jahren entwickelt hat, wurde von den befragten Expert/-innen unterschiedlich eingeschätzt. Genannt wurden verschiedene Aspekte wie kulturelle und soziale Herkunftsmilieus, Förderbedarfe, unterschiedliche Grade an Vorbildung und Bildungsqualifikationen, Alter, allgemeine kognitive Leistungsfähigkeiten sowie Sozialkompetenzen, die im eigenen Arbeits- und Bildungsbereich als heterogen eingestuft werden. Als besonders bedeutsam stellten sich in den Interviews Migrationshintergrund und Förderbedarf dar, da Zugänge zu schulischen und nachschulischen Qualifikationen sowie Übergangsphasen entlang dieser Kategorien zu selektieren scheinen.

Migrationshintergrund

Obwohl hier insgesamt eine Reihe verschiedener Dimensionen genannt wurden, waren sich interviewte Personen aus dem Ausbildungsbereich zum großen Teil einig, dass migrationsbedingte Heterogenität unter Auszubildenden und Belegschaften nicht neu sei. Dies scheint nachvollziehbar, haben doch seit den 1950er Jahren gerade Industrie und Handwerk von der Anwerbung von sogenannten „Gastarbeiter/-innen“ insbesondere aus den Mittelmeerländern aufgrund des damaligen Wirtschaftsaufschwungs profitiert. Dementsprechend wurde kulturelle Vielfalt in Arbeits- und Ausbildungskontexten als bereichernd gewertet. Diese entspricht zudem eher dem Normalzustand, wie eine befragte Person ausführte:

„Das hatten wir aber schon immer. Wir haben dadurch, dass wir ein relativ großer Betrieb sind, ganze Familien bei uns arbeiten. [...] Das sind Russlanddeutsche, Türkeistämmige, Deutsche, Polen. Wir haben mindestens 28 unterschiedliche Nationalitäten bei uns. Und diese Vielfalt spiegelt sich im Auszubildendenbereich wider.“ (I 5)

Eine weitere Befragte, die im Ausbildungsbereich tätig ist, bekräftigte diesen Eindruck, gehe es doch in der Ausbildung in erster Linie um Fachwissen. Kulturelle Vielfalt wird zwar geschätzt, im Kontext von Arbeit und Ausbildung jedoch nicht in einem besonderen Ausmaß wahrgenommen.

Hingegen ist der Anteil an migrantischen Jugendlichen in Übergangsmaßnahmen wie dem berufsvorbereitenden Jahr und der Berufsfachschule I nach der Aussage einer befragten Person aus diesem Bildungsbereich hoch. Daraus kann geschlossen werden, dass jungen Menschen mit Migrationshintergrund ein reibungsloser Übergang aus der Schule in die Ausbildung seltener gelingt. Ob nach dem Abschließen von Fördermaßnahmen im Übergangssystem der Einstieg in eine Ausbildung oder in den Arbeitsmarkt gelingt, muss bezweifelt werden. Das berufsvorbereitende Jahr an der befragten Schule wird von zwei Dritteln der Schüler/-innen nicht erfolgreich abgeschlossen. Die relativ hohe Quote begründete der befragte Schulvertreter/die befragte Schulvertreterin folgendermaßen:

„Ein Problem, dass Schülerinnen und Schüler in BVJ-Klassen keinen Abschluss bekommen, liegt häufig am Sperrfach Deutsch. Diese Sperrfachregelung in BVJ-Klassen besagt, dass kein Abschluss erreicht werden kann, wenn in den Fächern Deutsch oder Fachpraxis Noten unter ausreichend vorliegen. Im Unterrichtsfach Deutsch tritt dies meines Erachtens häufiger auf als in Fachpraxis auf. In der Konsequenz bedeutet dies: Wird die Sperrfachregelung im Fach Deutsch aufgehoben, erhöht sich der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die den Abschluss der Berufsreife erhalten.“ (I 11)

Aufgrund des hohen Anteils an migrantischen jungen Menschen in diesen Klassen ist davon auszugehen, dass insbesondere ihnen der Übergang aus den Maßnahmen in die Ausbildung u. a. aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse nur verzögert oder gar nicht gelingt.

Dass die befragten Personen aus dem Bereich der Ausbildung mangelnde Sprachfähigkeiten nicht problematisiert haben, könnte ebenfalls darauf hinweisen, dass Schüler/-innen mit unzu-

reichenden Deutschkenntnissen erst gar nicht den Übergang in die Ausbildung bzw. in angesehene Betriebe und Firmen der Region schaffen. Zudem erwerben Migrant/-innen seltener höhere Bildungsabschlüsse, diese werden aber bei der Einstellung zumindest in etwas größeren Firmen, die vermutlich stärker als kleinere Betriebe selektieren können, bevorzugt.

Auch von Schulexpert/-innen wurde der Migrationsstatus weniger explizit thematisiert, denn auch hier scheinen diverse soziokulturelle Hintergründe und Migrationserfahrungen alltäglich zu sein. Es zeichnet sich dennoch insgesamt ab, dass einige Problemlagen, die sich den Schulen stellen, in größeren ausbildenden Unternehmen nicht im gleichen Ausmaß ankommen, da vorher schon selektiert wird. Schüler/-innen mit Migrationshintergrund gelingt wie bereits dargestellt der erfolgreiche Übergang aus der Schule in die Ausbildung seltener und sie finden sich häufiger im Übergangssystem wider. Zudem erlangen sie seltener den höchsten Bildungsabschluss, das Abitur. So führte ein/-e Gymnasiallehrer/-in aus, dass sich nicht so viele Kinder mit Migrationshintergrund am Gymnasium einfinden, da sie eher die benachbarte Realschule oder Realschule Plus besuchen. Diese Auslese ist insofern problematisch, als dass der Ausbildungsmarkt im Allgemeinen und der Abiturient/-innenmarkt im Speziellen aufgrund verschiedener Entwicklungen stark umkämpft sind und an dieser Stelle bestehendes Potenzial nicht ausreichend ausgeschöpft wird.

Unklar bleibt im Rahmen der Studie aufgrund der eingeschränkten Auswahl an Interviewpartner/-innen, wie sich die Situation im Hinblick auf Kinder mit Migrationshintergrund an städtischen Gymnasien und an Realschulen bzw. Realschulen Plus darstellt. Zudem bleibt an dieser Stelle zu hinterfragen, wodurch die Wahrnehmung des Migrationshintergrunds geprägt wird bzw. ob leistungsstarke Schüler/-innen überhaupt als Migrant/-innen wahrgenommen werden.

Förderbedarfe und Leistungsdefizite

Ähnlich scheint sich die Situation bei Förderschüler/-innen darzustellen. Expert/-innen aus den ausbildenden Firmen, die im Rahmen der Studie befragt wurden, äußerten wenig Erfahrungen im Umgang mit Förderschüler/-innen. Dennoch berichteten einige der befragten Firmen von Bemühungen, auch Förderschüler/-innen nach Möglichkeit beruflich zu integrieren, z. B. in Form von Ausbildungsplätzen, die durch spezielle Kurse und Maßnahmen vorbereitet werden. Im Regelfall gelingt der Übergang in die Ausbildungsstelle dennoch nicht, so eine befragte Person. Vorher werde entweder durch die Firma oder den vorzubereitenden Schüler/die vorzubereitende Schülerin abgebrochen. Von einem gelungenen Beispiel berichtete ein Experte/eine Expertin aus einem Unternehmen:

„Wir haben nur wenige Erfahrungen mit Absolventen von Förderschulen. Eine Person haben wir zur Ausbildung zum Bürokaufmann eingestellt, nachdem er in einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung eine andere theoretische Ausbildung absolviert hatte. Es war aufwändig, ihn bis zu einer erfolgreichen Abschlussprüfung zu begleiten, hat sich aber letztendlich gelohnt. Er hat bestanden und wir haben ihn weiterbeschäftigt.“ (I 8)

Trotz dieses positiven Beispiels deuten die Interviews insgesamt darauf hin, dass Förderschüler/-innen in der Regel den Übergang in den Ausbildungsmarkt nicht schaffen. Dies könnte, so die Einschätzung eines/einer Befragten aus einer Förderschule, daran liegen, dass das Berufsvorbereitungsjahr, das in der Berufsreife mündet, bei Ausbildungsbetrieben nicht so wie andere Berufsreifezweige geschätzt werde. Selbst weniger attraktive Berufe wie Lagermitarbeiter/-innen seien für Förderschüler/-innen schwer zu erhalten, ebenso wenig Hilfsberufe wie Beikoch/Beiköchin, denn auch diese setzen in der Regel eine Berufsreife voraus, die Förderschüler/-innen häufig nicht vorweisen können. Um jedoch Ausbildungsplätze überhaupt besetzen zu können, so einige Expert/-innen aus dem Ausbildungsmarkt, würden sich Betriebe mittlerweile eher auf Schüler/-innen mit Förderbedarfen einlassen.

Spezielle Fördermaßnahmen wie das Berufsvorbereitende Jahr, das sich an Abgänger/-innen ohne Berufsreife richtet, wird ebenso von Förderschüler/-innen wie auch von Schüler/-innen mit Migrationshintergrund beansprucht. Dennoch scheint mit diesen Maßnahmen nicht sichergestellt zu sein, dass der Übergang in den regulären Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gelingt. Der Bedarf an diesen teilweise stark institutionalisierten Hilfesystemen, die von der Agentur für Arbeit finanziert werden, sei nach der Wahrnehmung einiger der Befragten steigend:

„Man greift halt dann auf Hilfssysteme wie sogenannte ausbildungsbegleitende Hilfe zurück, um diese Menschen, die eben ein Stück weit Förderungsbedarf haben, noch mal mehr und intensiver neben der Ausbildung zu fördern oder sie zu beraten, zu fördern, um die Inhalte zu schaffen. [...] Es ist so, dass die Anforderungen nicht weniger geworden sind. Also sind Unterstützungssysteme gegeben.“ (I 3)

Institutionalisierte Hilfssysteme der Agentur für Arbeit stellen Ressourcen bereit, um junge leistungsschwache Menschen im Übergang zur Ausbildung zu begleiten bzw. Defizite in bestimmten Bereichen abzubauen – wie etwa in der Mathematik als „einer dieser Teilbereiche, der die meiste Unterstützung oder Nachbesserung bedarf“ (I 3). Dazu gehören sogenannte ausbildungsbegleitende Hilfen, das Einstiegsqualifizierungsjahr, das Berufsvorbereitende Jahr und außerbetriebliche Ausbildungen.

Leistungsschwache Auszubildende ohne besondere Förderbedarfe werden in den befragten Unternehmen mit gesonderten Maßnahmen unterstützt. Diese sollen es ihnen ermöglichen, den Lernstoff in zusätzlichen Unterrichtseinheiten nachzuholen. Mit zusätzlichem Werksunterricht, Freistellung des Ausbilders/der Ausbilderin für gesonderte Nachhilfestunden, Unterstützung und Anleitung durch ältere leistungsstarke Auszubildende etc. versuchen Betriebe, den Unterstützungsbedarfen dieser Auszubildenden beizukommen, denn Anforderungen können zumindest im Bereich der Ausbildung nicht heruntergeschraubt bzw. angepasst werden. Darüber hinaus greifen die Befragten auf eine Reihe von Maßnahmen und Strategien zurück, um allen abgehenden Schüler/-innen im Allgemeinen und Leistungsschwächeren im Speziellen den Übergang aus dem Bildungs- in den Ausbildungsbereich zu erleichtern (mehr dazu unter 6.2.4 **Strategien zur Gestaltung von Übergängen**).

Auch Schulen berichteten, dass sie unterschiedlichen Förderbedarfen und verschiedenen Leistungsniveaus während des Unterrichts gerecht werden müssten. Dies werde über differenzierte Aufgabenstellungen und unterschiedliche Schwierigkeitsstufen des Unterrichtsmaterials bewerkstelligt. Zudem könnte während der Klausuren mehr Zeit eingeräumt werden, ebenso sind zusätzliche Unterrichtsstunden möglich. Sind darüber hinaus gewisse Förderschwerpunkte schulisch verankert, können Schulen zu einem gewissen Maß besonderen Bedarfen junger Menschen Rechnung tragen. Die hier zur Verfügung stehenden Ressourcen scheinen jedoch begrenzt zu sein.

Schwer aufzufangen seien hingegen für Regelschulen Kinder mit diagnostizierten sozialemotionalen Förderbedarfen, da es für diese Kinder kaum spezielle Personalzuweisungen gäbe. Integrationshelfer/-innen seien jedoch kaum in der Lage, dem Bedarf der Kinder gerecht zu werden, „aber sie nehmen zumindest die Spitzen raus“ (I 15). Zudem seien die Klassenmessenheterogenen Schüler/-innen nicht angepasst. Kleinere Klassengrößen, aber auch spezielle Räumlichkeiten, die als Rückzugsorte genutzt werden können, würden den Umgang erleichtern.

Dass Heterogenität insbesondere im schulischen Sektor zugenommen hat, wurde mit der Auflösung der Hauptschule, der Entbindung der Eltern von der Empfehlung für die weiterführende Schule nach der Grundschule und der Teilnahme von Kindern mit besonderen Förderbedarfen an Regelschulen begründet.

Während Schulen dem Anschein nach mit einer ganzen Bandbreite an verschiedenen Bedarfen und Leistungsfähigkeiten konfrontiert sind, wird am Übergang zur Ausbildung weiter selektiert, sodass zu vermuten ist, dass zumindest größere Firmen vermutlich eine eingeschränkte Auswahl erhalten. Das bedeutet, dass am Übergang von der Schule in die Ausbildung insgesamt ein gewisses Potenzial verloren geht, auch wenn Betriebe sich darum bemühen, Leistungsdefizite bei ihren Auszubildenden abzubauen. Wie sich die Situation für kleine Betriebe darstellt, kann nicht hinreichend geklärt werden, aber es ist zu vermuten, dass sie sowohl weniger Selektionsmöglichkeiten als auch weniger Optionen zur Unterstützung von leistungsschwachen Auszubildenden haben.

6.2.2 Gleichstellungsprogramme

Frauen sind bis heute eher in der vollzeitschulischen und seltener in der dualen Ausbildung zu finden, nehmen weniger der angebotenen dualen Ausbildungsberufe an und beschränken sich hierbei vornehmlich auf solche im Dienstleistungssektor (Erdmann 2016, 67).

Gleichstellungsprogramme, die Frauen eine Ausbildung im dualen Ausbildungssystem ermöglichen sollen, wurden im Rahmen der Interviews vor allem im Zusammenhang mit speziellen Strategien zur Gewinnung von Nachwuchs genannt, in denen gezielt Mädchen und junge Frauen als Zielgruppen angesprochen werden wie beispielsweise MINT-Trucks, Girls' and Boys' Days und Technikorientierung in Kindergärten und Schulen. Neben solchen Werbemaßnahmen wurden zudem Programme, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen

sollen, und Frauenförderprogramme benannt. Letztere sind bislang jedoch nicht umgesetzt worden. Es ist davon auszugehen, dass Gleichstellung als Thema der Unternehmenskultur derzeit nur einen eingeschränkten Eingang in die Unternehmen und Betriebe der Region gefunden hat.

6.2.3 Angebote für geflüchtete junge Menschen

Aufgrund der Schulpflicht weisen die befragten Expert/-innen aus dem schulischen Bereich mehr Erfahrungen mit geflüchteten jungen Menschen auf als diejenigen, die sich in Ausbildung und Wirtschaft bewegen.

Schulen bieten geflüchteten schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen spezielle Fördermaßnahmen bzw. Deutsch-als-Zweitsprache-Unterricht an, die über spezielle Fördermittel finanziert werden. Die betroffenen Schüler/-innen werden für diese Maßnahmen aus dem laufenden Unterricht herausgenommen bzw. es werden, wenn möglich, eigenständige Kurse eingerichtet, in denen geflüchtete Kinder und Jugendliche beschult werden.

Die befragten Expert/-innen aus Ausbildungsbetrieben berichteten, dass sie derzeit noch nicht so viele Erfahrungen im Umgang mit Geflüchteten hätten. Zwar seien einige wenige in Praktikumsplätzen untergebracht worden, Ausbildungsstellen seien in den interviewten Firmen noch nicht mit jungen Flüchtlingen besetzt worden. Vor allem mangelnde Sprachkenntnisse stünden einer Integration in den Ausbildungsmarkt entgegen, wie einige Expert/-innen aus dem Ausbildungsbereich äußerten:

„[...] Wir haben keine eigene Produktion, kein eigenes Lager, also insgesamt keine einfachen Tätigkeiten, bei denen Sprachkompetenzen nicht von Bedeutung sind. Sobald der Spracherwerb weiter fortgeschritten ist, werden wir auch sicherlich Geflüchtete einstellen können [...].“ (I 7)

Dennoch äußerten die befragten Betriebe insgesamt ein großes Interesse an der Thematik. Außerdem plant derzeit ein Unternehmen die Einführung eines Einstiegsqualifizierungsjahres für geflüchtete Menschen, das im Rahmen der Berufsausbildung angerechnet werden kann.

Zu den unzureichenden Sprachkenntnissen kommt erschwerend hinzu, dass bereits vorhandene Kompetenzen und Berufsbildungen nicht den Erwartungen der hiesigen Firmen entsprechen würden. Zwar habe man anfänglich versucht, individuell zwischen Betrieben und geflüchteten Menschen zu vermitteln, die Rückmeldungen seitens der Firmen deuteten jedoch darauf hin, dass die mitgebrachten Kompetenzen trotz einer besonders hohen Motivation seitens der geflüchteten Menschen Anforderungen der Betriebe nicht decken können. Um Fähigkeiten und Fertigkeiten besser einschätzen zu können, wurde deshalb eine sogenannte Kompetenzanalyse ins Leben gerufen, die sich sowohl an berufserfahrene wie auch junge geflüchtete Menschen richtet:

„[...] ist uns aber wie gesagt aufgefallen, dass wir viele Rückmeldungen aus Betrieben hatten, die gesagt haben, der ist lieb und nett und es ist schön, dass er gesagt hat, er hat in beispielsweise Syrien seit 15 Jahren als Kfz-Mechaniker gearbeitet. Aber der ist noch lange nicht so weit, wie er gedacht hat. [...] Weil die Anforderungen hier in Deutschland nicht 1:1 übernommen werden können. Im

Zuge dessen ist diese Kompetenzanalyse erwachsen, wo wir dann innerhalb von fünf Wochen gezielt die Kompetenzen der Flüchtlinge testen und dann eine Rückmeldung an die Agentur, das Jobcenter geben können, was jetzt ein sinnvoller nächster Schritt wäre.“ (I 3)

Zwar zeigte sich in den Interviews, dass die befragten Expert/-innen bzw. ihre Institutionen und Einrichtungen in einem unterschiedlichen Maße mit der Integration von jungen geflüchteten Menschen betraut sind, doch auch Akteure aus Ausbildungs- und Arbeitsmarkt halten unterschiedliche Maßnahmen wie berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen vor, um eine berufliche Integration sicherstellen zu können. Bis geflüchtete Menschen Firmen auf dem Ausbildungsmarkt zur Verfügung stehen, könnte es aber, so der Tenor einiger Expert/-innen, die im Bereich der beruflichen Orientierung tätig sind, noch dauern.

6.2.4 Strategien zur Gestaltung von Übergängen

Übergänge zwischen verschiedenen Bereichen des Bildungssystems bzw. in die Ausbildung gelingen nicht allen Schüler/-innen gleichermaßen gut, da sich bestimmte Differenzdimensionen wie soziale oder ethnische Herkunft nachteilig auswirken können. Um dennoch Chancengleichheit umsetzen und Bildungsentscheidungen trotz der mit Unsicherheit behafteten Übergänge treffen zu können, sind Kooperationen der jeweils angrenzenden Bildungsstufen erforderlich. Dies beginnt im Bereich der Elementarbildung und reicht bis zur Integration in den Ausbildungsmarkt oder in die Hochschulbildung.

Schon nach der Kindertagesstätte gibt es Maßnahmen zur Gestaltung von Übergängen, die von der aufnehmenden Schule und der abgebenden Kindertagesstätte gemeinsam gestaltet werden. Wichtig scheint hier die räumliche Nähe zwischen abgebender und aufnehmender Institution, um ein gegenseitiges Kennenlernen durch kurze Wege ermöglichen zu können, wie eine befragte Person ausführte:

„Also wir haben hier zu der Grundschule einen wunderbaren kurzen Weg. [...] bei der Einschulung [...] [sind] die zukünftigen Vorschulkinder dabei [...] wir schauen, welche Aktivitäten wir gemeinsam machen können, das heißt wir treffen uns zum Beispiel in der Vorweihnachtszeit. [...] Dann geht es weiter, dass wir sagen: Wo können wir was Gemeinsames machen? Jetzt haben wir zum Beispiel, unsere Grundschule macht für einen Senioren-Nachmittag immer ein Theaterstück. Das haben sie dann auch für den Kindergarten vorgestellt. Dann haben gesagt, wir machen eine Kinderolympiade im Mai, wenn es draußen wärmer wird. Wir besuchen den Unterricht, dass die Kinder mitbekommen, wie läuft so eine Unterrichtseinheit ab, wie sieht die Pause eigentlich aus [...].“ (I 18)

Hinderlich für die Gestaltung von Übergängen sind dementsprechend verschiedene regionale Einzugsbereiche, wie man sie in betrieblichen Kindergärten hat:

„[...] sondern jetzt sind die Kinder aus den gesamten Stadtgebieten gar nicht mehr zugehörig. Da, finde ich, ist es schon eine Herausforderung, weil Übergang zur Grundschule dann ein Thema wird. Wie kann da die Erzieherin begleitend sein? Also es wird oft gewünscht, dass die Erzieherinnen mit den Kindern in die Schule gehen. Da müssen wir uns die Frage stellen, wie können wir das

überhaupt noch leisten, wenn die aus fünf oder sechs verschiedenen Stadtteilen kommen oder anderen Ortschaften, da die Wege zu gehen.“ (I 17)

Neben gemeinsamen Veranstaltungen und Aktivitäten, die Kindergartenkindern einen Einblick in den Schulalltag ermöglichen sollen, arbeiten Erzieher/-innen und Lehrer/-innen im Rahmen der künftigen Klassenzusammensetzung zusammen, damit diese relativ ausgewogen ist.

Auch zwischen Grundschule und weiterführender Schule werden trotz größer werdenden Entfernungen Entwicklungen der Kinder nach deren Wechsel beobachtet bzw. in Gesprächen zwischen den Schulen in Rückmeldekonferenzen thematisiert. Zudem informieren Grundschullehrer/-innen über das Angebot an weiterführenden Schulen in der Region, wie eine befragte Person ausführt:

„Also es ist so: Zum einen sind wir als Schule dazu verpflichtet, über die Bildungswege der weiterführenden Schulen zu informieren. Das ist eine Maßnahme, um Übergänge zu gestalten, dass wir die Eltern informieren. Das versuchen wir relativ wertfrei. [...] Bis Koblenz runter, bis Bad Ems, stellen wir alle möglichen Systeme von ihrem Grundaufbau vor. [...] aber wir machen nicht Werbung für eine einzelne Schule.“ (I 15)

Eine enge Begleitung ist in dem Ausmaß wie zwischen Grundschule und Kindergarten aber später nicht mehr möglich, da Grundschulen an viele verschiedene weiterführende Schulen abgeben, von denen sich die wenigsten in der unmittelbaren Umgebung befinden.

Während des Übergangs Grundschule – weiterführende Schulen zeigten sich einige Vertreter/-innen aus Schulen unzufrieden mit der Handhabung der Empfehlungen, da diese nicht bindend sind. In der Folge würden in aufnehmenden Schulen Unterschiede in den Leistungsniveaus der Schüler/-innen einer Klasse steigen. Lehrer/-innen stellt dies vor einige Herausforderungen, da der Unterrichtsstoff in bestimmtem Maße angepasst werden muss, zugleich aber eine gewisse Leistungsfähigkeit zu erhalten ist. Schüler/-innen, die nicht mithalten können, würden dadurch in ihrem Lernverhalten frustriert werden.

Der Übergang zwischen der weiterführenden Schule und Ausbildung oder Studium wird in der Regel ab der vorletzten Klasse in den Blick genommen. Umfassten die Kooperationen während der vorangegangenen Übergänge in der Regel nur zwei zusammenarbeitende Akteure, kooperieren hier viele unterschiedliche Akteure miteinander. So bietet beispielsweise das Berufsinformationszentrum der Agentur für Arbeit eine Berufsorientierung und eine begleitende Berufsberatung an. Auch Universitäten und Hochschulen bieten zum Kennenlernen bzw. zur Orientierung einen „Tag der offenen Tür“, Studienberatung, Kompetenzwochen und Schnupperstudien-Angebote an. Betriebe und Unternehmen beteiligen sich ebenfalls, wenn möglich, bereits vor dem Wechsel an Informationsangeboten, z. B. im Rahmen von Regio-Camps, die eine Berufsberatung anbieten, um das eigene Angebot darstellen zu können. Einzelne Initiativen bieten in Zusammenarbeit mit Betrieben, Verwaltung und Schulen zudem spezielle Berufs- und Betriebsexpeditionen an, bei denen Schüler/-innen Betriebe vor Ort besichtigen können. Darüber hinaus vermitteln Kammern zwischen Schüler/-innen, Schulen und Unternehmen im Rahmen von sogenannten Schulpatenschaften, die eine Reihe von Maßnahmen wie die Vorstellung

des Unternehmens an der jeweiligen Schule, Betriebspraktika, Praxistage und Informationsveranstaltungen umfassen können.

Obwohl Gymnasien zur Berufsorientierung mit Betrieben zusammenarbeiten, scheint es am Übergang zwischen Gymnasium und Ausbildung zu haken. Denn während Gymnasien ihren Auftrag eher darin sehen, Schüler/-innen studierfähig zu machen bzw. auf ein Studium vorzubereiten, möchten Unternehmen nach Möglichkeit ebenfalls unter Abiturient/-innen rekrutieren. Ein befragtes Unternehmen äußerte diesbezüglich:

„[...] Die Aufgabestellung im Gymnasium ist der Erwerb der allgemeinen Hochschulreife. [...] Wir haben angeregt, dass man an den Gymnasien stärker auf die Belange der Wirtschaft und die spätere Berufstätigkeit eingehen könnte, uns wurde aber klar gesagt, dass das nicht die Aufgabe des Gymnasiums sei. Die Aufgabe des Gymnasiums ist nämlich mit dem Erwerb der allgemeinen Hochschulreife auf ein Studium vorzubereiten – und nicht auf eine Ausbildung. Und daher sind wir in der Informationspflicht, denn Schulen können das nicht leisten, zumindest nicht die Gymnasien, an denen wir vornehmlich rekrutieren. Und deswegen gehen wir jetzt auch verstärkt an die berufsbildenden Schulen.“ (I 7)

Während der Interviews hat sich insgesamt deutlich gezeigt, dass die Grenzen zwischen Recruiting und Übergangsmanagement zwischen Schule und Ausbildung fließend sind. So benannten Schulvertreter/-innen und befragte Personen aus dem Ausbildungsbereich die gleichen Maßnahmen als Recruitingstrategien und als Maßnahmen zur Gestaltung von Übergängen. Dass diese häufig Hand in Hand gehen, wurde von einem Experten/einer Expertin aus einer stellvertretenden Organisation bestätigt:

„Wir haben klar gesagt, es ist Berufsorientierung, es ist eher Sinnstiftung [...] und viele Unternehmen haben es als Recruiting gesehen – und das ist dann falsch.“ (I 2)

Die Vielzahl an unterschiedlichen Akteuren, die sich mittlerweile im Übergang zwischen Schule und Ausbildung engagieren, könnte zudem zu einer Überforderung der jungen Menschen beitragen, da eine Gesamtkoordination nicht adäquat vorhanden sei. Vor diesem Hintergrund wünschte sich eine weitere befragte Person aus dem Bildungswesen ein Gesamtkonzept, das von allen beteiligten Akteuren ausgearbeitet werde und eine übergreifende Koordination der Maßnahmen ermöglicht.

Um den Übergang im Betrieb selbst zu gestalten, begleiten einige der Befragten aus dem Ausbildungsbereich ihre Auszubildenden insbesondere zu Beginn der Ausbildung durch Einführungsblöcke/-tage mit speziellen Trainings. Dazu gehören z. B. Integrationsgespräche und „Mystery Days“, in denen sich ältere und jüngere Auszubildende gegenseitig bei verschiedenen Aufgabenstellungen zum Kennenlernen der Betriebsstrukturen begleiten. In schulischen Ausbildungsberufen werden Praxisphasen durch Praxisanleitungen begleitet.

6.2.5 Strategien zur Gewinnung von Nachwuchs

Neben dem Engagement in der Berufsorientierung wenden Betriebe weitere Strategien an, um Nachwuchs für ihre Betriebe rekrutieren zu können. Es wurde in den Interviews deutlich, dass

Unternehmen hier auf eine Fülle von verschiedenen Strategien und Maßnahmen zurückgreifen, z. B. auf das Anbieten von Ausbildungsplätzen, Ausbildungs-, Schüler- und Regionalmarketing sowie Bindung der Mitarbeitenden an den Betrieb durch spezielle Angebote.

Im Hinblick auf das Angebot an Ausbildungsplätzen orientieren sich ausbildende Betriebe und Unternehmen im Regelfall am Bedarf. Das bedeutet, dass nach Abschluss der Ausbildung im Idealfall alle Auszubildenden übernommen werden. Die befragten Personen aus ausbildenden Firmen berichteten, dass Auszubildende nach Abschluss der dualen Ausbildung zu einem großen Teil übernommen werden. Die meisten erhalten einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Einige wenige, die nicht die gewünschten Leistungen zeigen konnten, werden jedoch gar nicht oder befristet eingestellt.

In schulischen Ausbildungsberufen, in denen beispielsweise medizinische und pflegerische Berufe ausgebildet werden, finden Schüler/-innen im Anschluss meistens ebenfalls einen Arbeitsplatz, wie ein Experte/eine Expertin ausführte. Die Arbeitsplätze liegen aber nur zum Teil in unmittelbarer Nähe zur ausbildenden Schule.

Der Wettbewerb um Auszubildende scheint, so eine Befragte/ein Befragter, die Angebotsdichte an Ausbildungsplätzen zu beeinflussen. Kleinere Betriebe würden zwar gerne die von ihnen ausgebildeten Fachkräfte übernehmen, diese werden jedoch abgeworben:

„Es gibt natürlich dann die Klagen, auch von den Kleinen, die sagen, wir bilden aus und dann kommt ein Großer, der zahlt dann einfach ein bisschen mehr pro Stunde, und dann sind die Leute wieder weg. Es gibt so einige, die sagen, wir bilden jetzt nicht mehr aus, wir machen das einfach nicht mehr, weil wir dann für andere Betriebe ausbilden. Also da ist schon auch noch eine gewisse Konkurrenz da.“ (I 4)

Durch die Konkurrenz um Auszubildende zwischen den Betrieben scheinen sich kleinere Betriebe aus dem Ausbildungsangebot zurückzuziehen. Eine solche Entwicklung würde jedoch bei kleineren Betrieben zu enormen Nachwuchsproblemen führen, da gerade über das Anbieten von eigenen Ausbildungsplätzen der Bedarf an Nachwuchs gedeckt werden kann.

Neben dem Ausbildungsangebot führten die befragten Expert/-innen Maßnahmen an, die teilweise in Kooperation mit Schulen und Hochschulen durchgeführt werden, aber auch solche, die von den Unternehmen selbst in eigener Verantwortung durchgeführt werden. Maßnahmen, die auf Schüler/-innen als Zielgruppe zugeschnitten sind, werden zum Teil kooperativ mit Schulen gestaltet, aber auch selbst organisiert. Zu nennen sind hier Ausbildungsbörsen und -messen, Informationsveranstaltungen und Ausbildungsblogs sowie „Karrierefibel“, die kooperativ zwischen Firmen und häufig mit Beteiligung der Kammern realisiert werden. Sie zielen darauf ab, über unterschiedliche Ausbildungsberufe und -betriebe in der Region zu informieren. Als Maßnahmen, die kooperativ mit Schulen gestaltet werden, wurden Schulpatenschaften, das Anbieten von Praktikumsplätzen sowie Facharbeitsthemen und Berufs- und Betriebsexpeditionen genannt. Sie ermöglichen Schüler/-innen einen vertieften Einblick in die Abläufe konkreter Unternehmen und Berufsbilder.

Weitere Zielgruppen, um die sich die befragten Unternehmen bemühen, sind Hochschulabsolvent/-innen sowie Hochschulabbrecher/-innen. Projekte wie „vom Hörsaal zum Handwerk“ richten sich an Studienabbrecher/-innen, die für eine duale Ausbildung im Handwerk sensibilisiert werden sollen, während Firmenmessen an den Hochschulen und ausbildungsintegrierte Studiengänge Abiturient/-innen, die eine akademische Ausbildung anstreben, eine Perspektive in regionalen Handwerks-, Industrie- und Dienstleistungsbetrieben aufzeigen sollen.

Die befragten Ausbildungsbetriebe sowie stellvertretende Organisationen berichteten darüber hinaus, dass Firmen sich darum bemühen, ihren Nachwuchs sowie ihre Mitarbeiter/-innen langfristig zu halten. Sie bieten hierfür unterschiedliche Personalentwicklungsangebote wie Auslandspraktika, Patensysteme sowie Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote an. Nach Möglichkeit werden zudem Gesundheitsförderung wie Fitnessgutscheine und Informationsangebote zur Ernährung sowie Angebote zur Steigerung der Familienfreundlichkeit initiiert.

Ein umfassenderes Ziel verfolgen einige Befragte aus dem Wirtschaftsbereich mit einem Regional- bzw. Standortmarketing, das kooperativ von verschiedenen Akteuren gestaltet wird. Im Gegensatz zu Metropolregionen (z. B. die Rhein-Main-Region oder das Rheinland zwischen Bonn, Köln und Düsseldorf) wird der Standort Koblenz-Mittelrhein aus verschiedenen Gründen als weniger attraktiv empfunden, wie die Befragten berichteten (mehr dazu unter 6.2.8 **Regionale Besonderheiten**). Hier sollen bereits bestehende Imagekampagnen junge Menschen, insbesondere junge Familien, zur Region informieren und diese umwerben.

6.2.6 Kooperationen und Netzwerke

Die befragten Expert/-innen nannten insgesamt viele verschiedene Kooperationspartner, die inhaltlich vor allem in den Bereichen Übergangsmanagement, Berufs-/Studienorientierung und Recruiting zusammenarbeiten.

Akteure aus Kindergärten und Kindertagesstätten, Grundschulen und weiterführenden Schulen kooperieren mit den jeweils aufnehmenden bzw. abgebenden Institutionen, um Kindern die Übergänge zu erleichtern (mehr dazu unter 6.2.4 **Strategien zur Gestaltung von Übergängen**).

Im Bereich der Berufsorientierung, die den Einstieg in das Arbeitsleben erleichtern und Orientierung geben soll, kooperieren weiterführende Schulen mit den Berufsinformationszentren der Agentur für Arbeit, ausbildenden Einrichtungen und stellvertretenden Organen wie den Kammern, die zwischen Schulen und Betrieben vermitteln. Gymnasien arbeiten zudem mit Hochschulen bzw. Universitäten zusammen, um Abiturient/-innen über unterschiedliche Studienangebote zu informieren bzw. ihnen einen vertieften Einblick in bestimmte Studienfächer zu geben.

6.2.7 Ausbildungsmarkt

Aufgrund verschiedener gesellschaftlicher und bildungspolitischer Entwicklungen befindet sich der Ausbildungsmarkt im Umbruch, was sich insbesondere auf die quantitative und die qualitative Entwicklung von potenziellen Bewerber/-innen auf Ausbildungsstellen auswirkt. Damit stellen sich auch die Fragen, ob und inwiefern vor diesem Hintergrund Anforderungen der Betriebe an Kenntnisse und Fähigkeiten der Schulabgänger/-innen anschließen und inwiefern Ausbildungsanbieter und Absolvent/-innen zusammenfinden. Wie die Situation durch die jeweiligen Expert/-innen eingeschätzt wurde, wird im Folgenden dargestellt.

Zufriedenheit mit Bewerbersituation auf Ausbildungs- und Fachkräftestellen

Viele der im Bildungssektor tätigen Interviewpartner/-innen berichteten, dass die Zahl der Ausbildungsinteressierten rückläufig sei. Wie stark einzelne Betriebe von dieser Entwicklung betroffen sind, hänge von der wahrgenommenen Attraktivität der Unternehmen ab. Auch Maßnahmen zur Rekrutierung von Nachwuchs wirkten sich positiv aus. Generell gebe es „viel zu viele Ausbildungsplätze für viel zu wenige Auszubildende“ (I 2). Diese Einschätzung wird von nahezu allen Befragten in ähnlicher Weise geäußert und deckt sich mit den Ergebnissen der quantitativen Analyse der Entwicklungen des Ausbildungsmarkts.

Mehrere Expert/-innen waren allerdings nicht nur mit der Zahl der Bewerber/-innen unzufrieden, sondern auch mit deren fachlicher Qualifikation:

„[...] die Quantität nimmt ab und ein bisschen als Folge dessen die Qualität der Bewerbung oder der Bewerber, sodass immer wieder die Berufsreife oder Ausbildungsreife von Betrieben in Frage gestellt wird. Das ist schon ein Problem, da sind aber die Unterschiede sehr groß. Das heißt, Banken oder große Dienstleister, bekannte Unternehmen [...] können [...] ihre Ausbildungsplätze besetzen, aber selbst die sagen, dass die Zahlen zurückgehen. Problematisch wird es für Berufe wie Bäcker, wie Gastronomie, Hotel oder Dinge wie Dachdecker oder Ähnliches. Die tun sich sehr schwer, weil die Berufe nach wie vor ein eher negatives Image haben [...].“ (I 4)

Zwar zeigt sich, dass das, was im Einzelnen unter Qualität verstanden wird, durchaus unterschiedliche Aspekte wie schulische Vornoten, aber auch Sozialkompetenzen und Belastbarkeit umfassen kann, insgesamt wird aber bis auf wenige Ausnahmen eine Verschlechterung wahrgenommen. Der als steigend eingeschätzte Bedarf an berufsvorbereitenden bzw. ausbildungsbegleitenden Maßnahmen deutet ebenfalls auf diese Tendenz hin.

Die sinkende Anzahl von Bewerber/-innen auf Ausbildungsstellen wurde von den interviewten Expert/-innen im Wesentlichen durch zwei Entwicklungen begründet: Zum einen nehme die Anzahl der Abiturient/-innen und der Hochschulabsolvent/-innen zu, während Ausbildungsberufe an Attraktivität verlieren. Zum anderen zeige sich im Rückgang der Bewerber/-innen ein Indiz für den demografischen Wandel.

Unternehmen, die in der Region etabliert sind bzw. ein Schüler- bzw. Ausbildungsmarketing betreiben, scheinen, obwohl auch sie abnehmende Bewerber/-innenzahlen verzeichnen, insge-

samt weniger stark betroffen zu sein. Wie gravierend sich die Auszubildendenzahl im Unternehmen jedoch ändern kann, sobald nicht hinreichend um Auszubildende geworben wird, führte ein Befragter/eine Befragte aus einem Unternehmen aus:

„[...] Die Auszubildendensituation ist jetzt wieder gut, weil wir sehr viel in Sachen Schulmarketing und Hochschulmarketing gemacht haben. Vor fünf bis sechs Jahren war die Bewerbersituation absolut desolat. [...] Also wir waren es eigentlich gewohnt, dass wir auf fünf Stellen etwa hundert Bewerbungen bekamen und aus diesen haben wir die Besten ausgesucht. Dann kamen wir aber in eine Situation, in der wir auf fünf Stellen nur noch zehn Bewerbungen erhielten und bei diesen Bewerbungen waren nicht unbedingt die Besten dabei. Wir hatten einfach den Zeitpunkt verpasst, uns rechtzeitig um Schulkooperationen zu kümmern und in den Schulen sichtbar zu sein.“ (I 7)

Obwohl die Bewerber/-innenzahlen insgesamt sinken, versuchen die befragten Firmen nach wie vor, den Großteil ihres Bedarfs an Nachwuchskräften über die angebotenen Ausbildungen zu rekrutieren. Stellen, die aufgrund einer spezialisierten Funktion nicht besetzt bzw. ausgebildet werden können, müssen über angeworbene Fachkräfte abgedeckt werden. Hier ergeben sich jedoch den Aussagen der Interviewten zufolge einige Probleme, die im Wesentlichen auf den als unattraktiv empfundenen Standort zurückgeführt werden können.

Beurteilung der Qualifikationen und Kompetenzen von Schulabgänger/-innen und Bewerber/-innen auf Ausbildungsstellen

Viele Interviewpartner/-innen schätzten die Qualifikationen von Bewerber/-innen auf Ausbildungsstellen bzw. Leistungen von Schulabsolvent/-innen als rückläufig ein. Dies stelle ausbildende Betriebe vor Herausforderungen, auf die nach Möglichkeit mit Nachhilfeunterricht reagiert werde. Eine befragte Person führte hierzu Folgendes aus:

„Es gibt auch immer mehr Betriebe, die dann entweder alleine oder im Verbund mit anderen Betrieben sagen, wir müssen da eigentlich an den Jugendlichen noch mal ansetzen, wir müssen denen noch mal Nachhilfe in einigen Dingen geben, die gerade für unseren Betrieb relevant sind.“ (I 4)

Häufig bemängelten befragte Expert/-innen aus dem Schul- und Ausbildungsbereich Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Auch Abiturient/-innen zeigen in den Grundkompetenzen schwächere Leistungen, obwohl ausbildende Betriebe ihnen insgesamt ein breites Fachwissen bescheinigen. Befragte Expert/-innen aus dem Gymnasialzweig haben jedoch berichtet, dass an Gymnasien nicht mehr Fachwissen vermittelt werde, sondern zunehmend Kompetenzen in den Vordergrund rücken. Außerdem, so eine weitere befragte Person aus dem schulischen Sektor, sei das am Gymnasium erworbene Wissen zu unspezifisch für Ausbildungsberufe. Trotz dieser Einschätzung scheinen die erworbenen Fachkenntnisse und Kompetenzen den Erwartungen der befragten Ausbildungsunternehmen zu entsprechen. Andernfalls würden diese Abiturient/-innen nicht bevorzugt ausbilden.

Doch nicht nur die im Zeugnis abgebildeten Fähigkeiten haben sich der Einschätzung der befragten Personen nach verschlechtert, sondern auch persönliche und soziale Kompetenzen wie Belastungsfähigkeit, Zielorientierung, Engagement und Eigenantrieb, wie Vertreter/-innen aus

den Bereichen Schule und Ausbildung äußerten. So setzt beispielsweise ein befragtes Unternehmen das Abitur voraus, da man nach dem Realschulabschluss noch nicht die entsprechenden Soft Skills aufweise. Dabei gehe es nicht nur um ein bestimmtes Wissen, das fehle, sondern auch darum, dass Schulabgänger/-innen mit 15 bzw. 16 Jahren noch nicht die (steigenden) Anforderungen an zwischenmenschliche Fähigkeiten, die im Dienstleistungssektor gestellt werden, bewältigen könnten.

Als Gründe für schlechteres Fachwissen und Kompetenzen wurden von ausbildenden Unternehmen z. B. veränderte gesellschaftliche Bedingungen wie Pluralisierung und steigende Heterogenität sowie Digitalisierung angeführt. Interviewte Schulvertreter/-innen führten diese Tendenz darüber hinaus auf Entwicklungen in der Schulpolitik bzw. in der Bildungslandschaft, wie z. B. die Abschaffung der Hauptschulen, zurück:

„[...] aus meiner Sicht sind nicht die Hauptschulen abgeschafft worden, sondern die Realschulen. Und das merken wir am Gymnasium ganz gewaltig, dass viele gute Realschüler zu uns schon direkt in der 5. Klasse an die Schule drängen, und wir dann eigentlich in der 5, 6, und 7 nicht mehr gymnasial unterrichten, sondern eben versuchen auf die breite Masse abzustellen.“ (I 14)

Daneben führte eine Lehrkraft aber auch die Einführung kompetenzorientierter Curricula auf, wodurch der Erwerb von Fachwissen im Unterricht in den Hintergrund geraten sei. Einige befragte Personen relativierten jedoch Behauptungen, dass Fähigkeiten und Kenntnisse rückläufig seien. Dennoch beschrieben auch sie einen Wandel, den sie aber nicht normativ bewerten wollten:

„[...] weil landläufig häufig Kritik geäußert wird: „Die können nix mehr.“ Das stimmt nicht. Gleichzeitig gibt es ein Zitat, dass die Jugend von heute unnütz sei und zu nichts zu gebrauchen. Wenn ich mich recht entsinne, ist es von Sokrates. Das hat sich in den letzten 2.500 Jahren nicht verändert. Das sagt der Ausbilder von heute auch noch gerne. Stimmt aber nicht. Die jungen Leute wollen alle lernen, kann man ihnen quer durch die Bank attestieren. Wichtig ist aus meiner Sicht, jedem die Möglichkeit zu geben, seine persönlichen Stärken zu finden und diese Stärken auch zu nutzen. [...] Es gibt aber Veränderungen, auch in andere Richtungen, das stimmt.“ (I 9)

Eine Lehrperson, die im Ausbildungsbereich tätig ist, berichtete aber auch von positiven Erlebnissen, was den Umgang der Schüler/-innen untereinander betrifft. Dieser wurde als sehr wertschätzend selbst zwischen Schüler/-innen mit unterschiedlichen schulischen Qualifikationen erlebt. Zwei weitere Personen aus ausbildenden Einrichtungen berichteten, dass Kenntnisse im Umgang mit Computern gestiegen seien, weswegen Wissen in diesem Bereich zu Ausbildungsbeginn nicht mehr vermittelt werden müsse.

Anforderungen an (künftige) Auszubildende

Die Interviewpartner/-innen berichteten, dass verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen wie beispielsweise Technisierung im Industriebereich, aber auch komplexe rechtliche Rahmenbedingungen in Personal- und Finanzwesen, zu steigenden Anforderungen in Ausbildungsberufen führen würden. Ein Abarbeiten nach einem bestimmten Schema sei nicht mehr möglich. Obwohl technisierte Abläufe zu einem niedrigeren Bedarf an (gering qualifiziertem) Personal

führen, sei es wichtig, dass künftige Mitarbeiter/-innen den komplexer werdenden Ansprüchen gerecht werden können:

„Wir haben jetzt ganz neu eine Nachfolgeplanung gemacht und haben festgestellt, dass wir nicht mehr 25 Auszubildende pro Jahrgang brauchen. Aber die, die wir brauchen, müssen qualifiziert sein.“ (I 6)

Was als qualifiziert genug ausgelegt wird, entscheiden bei einer dualen Berufsausbildung die ausbildenden Firmen, da dies im Gegensatz zu schulischen Ausbildungsberufen wie den medizinischen und pflegerischen Ausbildungsgängen gesetzlich nicht vorgegeben ist. Zwar äußerte nur ein befragtes Ausbildungsunternehmen, dass das Abitur vorausgesetzt werde, doch auch weitere Befragte aus ausbildenden Firmen zeigten, dass bei Bewerber/-innen der Abschluss der Hochschulreife bevorzugt wird. So sind in zwei Unternehmen den Aussagen der interviewten Personen zufolge Auszubildende überwiegend Abiturient/-innen bzw. drei Viertel der Auszubildenden haben ein Abitur, obwohl dieses nicht vorausgesetzt wird.

Die Tendenz, dass Auszubildende zunehmend ein Abitur vorweisen können, zeigt sich nicht nur in den Bereichen Industrie und Handel, sondern sie betrifft zunehmend auch das Handwerk. Einer befragten Person zufolge, die in einer Organisation des Handwerks tätig ist, gilt es, diese Entwicklung zu fördern, um Betriebsübernahmen gewährleisten zu können:

„Wir haben, so kurios das klingen mag, in den vergangenen drei, vier Jahren einen Anstieg von Abiturienten im Handwerk zu verzeichnen. Die Kernauszubildendenzahl generiert sich trotzdem aus den Berufsreifeschülern und denen mit mittlerer Reife, aber die Anzahl derer, die ein Abitur als Bildungsabschluss sein Eigen nennen, ist in den letzten drei, vier Jahren gestiegen. Das ist schon eine Tendenz, die wir natürlich weiter fördern wollen. Auch im Hinblick auf die Betriebe, weil es darum geht, wir haben in den kommenden fünf bis zehn Jahren eine große Handvoll Betriebe, die zu Übernahmen bereitstehen.“ (I 3).

Da die Zugangsqualifikationen für Auszubildende bei dualen Ausbildungsgängen durch die Betriebe selbst festgelegt werden, sind die Klassen in den berufsbildenden Schulen sehr heterogen. Von Schüler/-innen mit niedrigem Bildungsabschluss bis zu Abiturient/-innen müssen alle Schüler/-innen das gleiche Klassenziel erreichen. Lehrende stellt das vor erhebliche Herausforderungen (vgl. hierzu 6.2.1 **Heterogenität der Schüler/-innen in Bildung und Ausbildung**).

Neben bestimmten qualifikatorischen Anforderungen in Form von Bildungsabschlüssen formulierten die interviewten Expert/-innen insbesondere Sozialkompetenzen wie Offenheit, Team- und Kontaktfähigkeit und persönliche Kompetenzen wie Organisations-, Kritik- und Ausdrucksfähigkeit sowie höfliche, wertschätzende und respektvolle Umgangsformen als Kompetenzen, die von Bewerber/-innen erwartet werden. Zudem seien in Industrie und Handwerk handwerkliche Fertigkeiten, ein technisches Verständnis sowie systemorientiertes Handeln erforderlich, um das Gesamtsystem verstehen zu können bzw. auch den steigenden Ansprüchen bestimmter Berufsbilder gerecht werden zu können. Hierfür seien gut ausgebildete Fachkräfte notwendig.

Passung

Obwohl die interviewten Personen im Großen und Ganzen von einer Passung zwischen dem, was (angehende) Auszubildende mitbringen, und dem, was ausbildende Betriebe und Unternehmen erwarten, ausgehen, implizieren die bereits dargestellten Ergebnisse eine gewisse Spannung. Die Perspektiven der befragten Personen gehen diesbezüglich deutlich auseinander: Während Expert/-innen, die ausbilden bzw. auf dem Ausbildungsmarkt tätig sind, kritisierten, dass zu viele Abiturient/-innen sich weiter Richtung Studium und nicht Richtung Ausbildung orientieren, sahen befragte Lehrer/-innen die Aufgabe des Gymnasiums darin, auf das Studium und nicht auf eine Ausbildung vorzubereiten. Dass in der Konsequenz Ausbildungsbetriebe und Hochschulen im Wettbewerb zueinander stehen, könnte darauf zurückzuführen sein, dass durch die steigende Anzahl junger Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen diese an Wert verloren haben:

„[...] Früher haben wir gute Hauptschüler problemlos einstellen können. Wir haben auch heute noch Hauptschüler, die aber nicht mitkommen und Nachhilfe benötigen, um die Berufsschule schaffen zu können. Der Abschluss der Realschule Plus ist eher mit dem früheren Hauptschulabschluss vergleichbar.“ (I 5)

Gleichzeitig äußerten einige Befragte aus der Wirtschaft, dass in der Region nicht nur Studiumabsolvent/-innen, sondern insbesondere beruflich qualifizierte Fachkräfte benötigt werden:

„[...] wie können wir da einen Bewusstseinswandel hinkriegen, dass man erkennt, dass, wenn 2/3 eines Jahrgangs studieren, irgendwann gar nicht mehr genügend Jobs für Hochqualifizierte da sind. [...] Wir bekommen auch die Rückmeldung von Industriebetrieben, die sagen: Das wird nur noch wenige Jahre dauern, dann verdient der Facharbeiter genauso viel wie der Ingenieur mit Masterabschluss, weil wir da den größten Bedarf haben. Also Facharbeiter sind die Gruppe, die gesucht wird, weniger die Hochqualifizierten. Wir haben hier im Landkreis auch im Landesvergleich einen sehr geringen Anteil an Stellen für Hochqualifizierte, aber gerade im Handwerk sind wir stark – im Baugewerbe, Metall auch einiges, und da werden vor allem die Menschen mit dualer Ausbildung gesucht.“ (I 4)

Die Einschätzungen, welche schulischen Qualifikationsniveaus letzten Endes die Bedarfe besser abdecken können, scheinen je nach Funktion der befragten Expert/-innen auseinanderzugehen. Dennoch äußern sowohl Vertreter/-innen aus Schulen als auch Personen, die in der dualen Ausbildung tätig sind, dass eine für die Berufsausbildung qualifizierte „Mitte“ fehle. Deren Verortung im Schulsystem geht jedoch auseinander:

„Aber es fehlt uns, ich würd' sagen, der Mittelbau, d. h. aus meiner Sicht sind nicht die Hauptschulen abgeschafft worden, sondern die Realschulen. [...] Deswegen fehlt uns die breite Mitte und das sind im Prinzip die Facharbeiter von morgen, sprich, die nach der 10 eigentlich in die Lehre gehen sollten und da fehlt es. [...] Ich glaube, Doktoren haben wir genug, ich glaube, auch so ganz ungelernete Arbeiter haben wir genug, aber eben Facharbeiter, die in der Mitte, die eine vernünftige mittlere Reife haben, die damit in die Lehre gehen, gegebenenfalls den Meister machen, gegebenenfalls dann immer noch studieren können und dann einen Aufstieg haben - diese Facharbeiter, dieser Geselle mit vielleicht Meisterprüfung, die fehlen.“ (I 14)

Während hier deutlich wird, dass Lehrer/-innen zufolge eine gut qualifizierte Mitte eher im mittleren Bildungssegment zu suchen ist, implizieren Ausführungen der Expert/-innen aus dem Ausbildungsbereich, dass Abiturient/-innen ausbildungs- und berufsspezifischen Anforderungen besser gerecht werden. Schüler/-innen mit Hochschulreife stellen somit den Markt dar, in dem rekrutiert werden sollte, auch wenn sie nicht die klassische Zielgruppe von Ausbildungsberufen sind. Jedoch ist der Anteil von Schüler/-innen mit Realabschluss gerade in der Region Koblenz-Mittelrhein höher als der von Abiturient/-innen, was den Wettbewerb um Schüler/-innen mit Hochschulreife zwischen Ausbildungsanbietern und Hochschulen weiter verschärft.

Die Darstellungen der Expert/-innen legen nahe, dass mit der Abschaffung der Hauptschulen sich der Ausbildungsmarkt hinsichtlich der Mindestbildungsabschlüsse verschoben zu haben scheint. Zudem steigen die Anforderungen in den Berufen und infolge der wachsenden Durchlässigkeit des Bildungssystems nimmt die Angebotsdichte zu. Dies könnte dazu führen, dass nicht mehr eindeutig ist, welche Bildungsabschlüsse Bedarfe seitens der ausbildenden Firmen decken können. In der Folge steigen, wie zwei Expert/-innen aus dem Ausbildungsbereich äußerten, Fehlpaarungen, da Bewerber/-innen und Anbieter schwerer zusammenzubringen seien:

„Es gibt aber vorbereitende Tätigkeiten und früher wurde für sowas ein Hauptschüler mit akzeptablen Noten [...] eingestellt. [...] Die jungen Leute mit dem Qualifikationsspektrum gibt es immer noch, die gab es immer und die wird es immer geben. Die Aufgaben in den Betrieben gibt es auch noch, aber Bewerber und Anbieter finden nicht mehr zusammen, weil es den Hauptschulabschluss in dieser Form nicht mehr gibt. Und ich unterhalte mich viel mit Ausbildern aus den Betrieben, Personalabteilungen aus den Betrieben, die mit Einschulungsprozessen beteiligt sind, da blickt kaum jemand durch dieses Wirrwarr an Schullandschaft durch, welcher Abschluss ist was.“ (I 9)

Zudem führte eine Person aus dem Ausbildungsbereich aus, dass bestimmte Fertigkeiten nicht unbedingt an schulische Qualifikationen und Noten zu koppeln sind:

„[...] Das heißt, die Leute müssten das Gesamtsystem verstehen, und dafür braucht es gut ausgebildete Fachkräfte. Was aber nicht notwendigerweise was mit der schulischen Vorqualifikation zu tun hat, und wenn man dort Leuten eine Chance gibt, die vielleicht im derzeit gegebenen Schulsystem mit immer gleichen Hürden für alle und an manchen Stellen doch im Massenbetrieb nicht so gut zurechtgekommen sind, können die später in ihrer praktischen Arbeit vielleicht sehr zufrieden, sehr zuverlässig und damit für das Unternehmen sehr wertvoll sein.“ (I 9)

In dieser und in ähnlichen Aussagen zeigt sich, dass Noten als Selektionskriterium an Bedeutung verlieren, denn „um ein besseres Matching zwischen Schüler/-in und Ausbildungsstelle zu bekommen, gibt es Bemühungen, Kompetenzprofile jenseits des Zeugnisses abzubilden.“ (I 5)

Diese Bemühungen scheinen sich zu institutionalisieren, denn auch vermittelnde Behörden greifen darauf zurück:

„Wir haben jetzt vermehrt die Möglichkeit, mit Kompetenzfeststellungsverfahren auch schon in der Schule zu arbeiten, wo man schon in der siebten Klasse so ein Potenzial feststellen möchte. Das ist eine Reaktion darauf: Wie kommen wir dem Kind bei.“ (I 19)

Die Ziele solcher Verfahren sind zum einen, eine bessere Passung zwischen Ausbildungsangebot und Auszubildenden herzustellen, zum anderen Anforderungen jenseits der schulischen Qualifikationen zu erheben. Das könnte darauf hindeuten, dass die erworbenen schulischen Qualifikationen nicht zwingend dem entsprechen, was ausbildende Betriebe verlangen, bzw. diese auch nicht mehr als eindeutig genug eingeschätzt werden. Zudem zeugt dieser Trend davon, dass man sich vermutlich aufgrund der Entwicklung der Auszubildendenzahlen verstärkt um diejenigen Bewerber/-innen bemüht, die in der Schule eher schwache Leistungen gezeigt haben, um Ausbildungsstellen dennoch besetzen zu können.

6.2.8 Regionale Besonderheiten

Bei der Gestaltung bestimmter Strategien und Maßnahmen, die die Region stärken sollen, sind negative wie positive Aspekte zu berücksichtigen. Die befragten Personen nannten hier eine Vielzahl unterschiedlicher Faktoren, die im Folgenden aufgeführt werden.

Alle befragten Expert/-innen gewinnen ihre jungen Nachwuchskräfte aus der Region. Teilweise war von einem Radius von bis zu fünfzig Kilometern die Rede. Jedoch reduziert eine schlechte Anbindung durch öffentliche Verkehrsmittel den Einzugsbereich erheblich, wie eine Person berichtete:

„Bei Jugendlichen ist es oft sehr schwierig, die noch keinen Führerschein haben, wo die Eltern auch z. T. beide berufstätig sind, wo diese familiären Fahrdienste nicht mehr funktionieren. Und das verhindert manch ein Ausbildungsverhältnis, weil es keinen öffentlichen Nahverkehr gibt, der die Jugendlichen zur Ausbildungsstelle bringt. [...] Das sind sehr, sehr spezifische Probleme, die einzelne Betriebe oder einzelne Schülerinnen und Schüler oder Azubis haben, einfach zu den Betrieben zu kommen. [...] Das ist schon so, dass mehr oder weniger das unmittelbare Umfeld dann die Zielregion ist.“ (I 4)

Mobilität von Schüler/-innen und Auszubildenden sei aufgrund des mangelnden Ausbaus des öffentlichen Nahverkehrs eingeschränkt. Ein Problemfeld stellen nach der Aussage einiger Befragten lange Wege da. Aufgrund der nicht hinreichend ausgebauten Infrastruktur seien bestimmte Angebote und Ausbildungsplätze nicht für alle gleichermaßen zu erreichen.

Junges Fachpersonal, das den darüber hinausgehenden Bedarf an Nachwuchskräften deckt, kommt aus allen Regionen Deutschlands und teilweise sogar aus dem Ausland, sofern die Firmen entsprechende Zweigstellen haben bzw. an unterschiedlichen Standorten europa- oder weltweit agieren. Die Anwerbung entsprechender Fachkräfte wurde teilweise aufgrund der regionalen Nachteile als schwierig eingestuft, teilweise aber auch als unproblematisch. Gefragt seien hier Marketingstrategien, die die Vorteile der Region bewerben:

„Also man muss schauen, dass man mit anderen Unternehmen im Sinne eines vernünftigen Regionalmarketings kooperiert. Man rückt dabei die Vorteile, die die Region bietet, im Rahmen einer Arbeitgeber- und Standortattraktivität – wie zum Beispiel die niedrigen Lebenshaltungskosten – stärker in den Fokus.“ (I 7)

Zudem würden vor allem junge Menschen aus der Region wegziehen. Ein/-e Interviewpartner/-in aus dem Industriebereich führte außerdem an, dass finanziell gesehen die Region benachteiligt sei, da die Betriebe in Ballungszentren höhere Gehälter zahlen würden:

„Das hängt damit zusammen, dass wir hier im Raum Koblenz nicht die Gehälter bezahlen wie sie in den Ballungsgebieten bezahlt werden. [...] wir wissen, dass die Gehaltsunterschiede zum Beispiel zwischen Koblenz und Düsseldorf oder Köln, was ja nicht zu weit weg ist, liegen im Jahresgehalt die Unterschiede zwischen 10.000 € und 20.000 €.“ (I 6)

Insbesondere für kleinere Betriebe in ländlichen Regionen sei es schwierig, Auszubildende zu finden. Hingegen sei es für größere und bekannte Arbeitgeber in Koblenz leichter, junge Menschen zu rekrutieren. Sie können zwar stärker selektieren, aber Abiturient/-innen orientieren sich vermehrt zum Studium hin, wodurch Arbeitgeber in Konkurrenz zu Hochschulen treten müssen.

Der demografische Wandel dürfe ebenfalls nicht unterschätzt werden, denn Bewältigungsressourcen stehen Betrieben nicht gleichermaßen zur Verfügung. Es müsse aber die Überlebensfähigkeit aller Betriebe gesichert werden, nicht nur die der größeren. Der Verlust von kleineren Betrieben würde die Attraktivität des Standorts weiter verringern. In den nächsten Jahren stehen zudem in vielen Betrieben Übernahmen an. Dies mangels Nachwuchs stemmen zu können, sei für Betriebe ebenfalls herausfordernd. Vor diesem Hintergrund ist v. a. der Rückzug kleinerer Betriebe aus dem Ausbildungsmarkt kritisch zu bewerten.

Positiv sei, dass es in der Region insgesamt viele Betriebe und Unternehmen, auch sogenannte „hidden champions“, gebe, die als mittelständische Unternehmen Marktführer auf ihrem Gebiet seien. Kleine und mittelgroße Unternehmen seien außerdem häufig familiengeführt. Gerade in Familienbetrieben sei die Einbindung der Auszubildenden wie der Mitarbeitenden größer. Gesellschaftliche Integration und Zusammenhalt seien auf dem Land eher als in der Stadt gegeben. So wurde ein mittelhessischer Kreis als „Leuchtturm“ der Region bezeichnet, da hier die Integration von mehr als 12.000 Aussiedler/-innen aufgrund der guten Kooperation unterschiedlichster Akteure gelungen sei.

Auch im elementaren Bildungssektor habe die Region viel Potenzial, das für Modellprojekte genutzt werden könnte. Zudem seien Schulen auf dem Land nicht so stark mit Problemverhalten der Schüler/-innen wie Schulen in (größeren) Städten belastet.

Darüber hinaus könnten Immobilien in der Region Koblenz-Mittelrhein relativ günstig erworben werden und die Landschaft biete viele Möglichkeiten zur Freizeitnutzung.

6.2.9 Allgemeine Herausforderungen und Potenziale

In allen Bildungsstufen sowie in Ausbildung stehen Akteure vor einer Vielzahl von Herausforderungen und Entwicklungsmöglichkeiten, die sich z. T. insgesamt für die jeweiligen Bildungsstufen oder die gesamte Gesellschaft, z. T. aber auch spezifisch für die Region, stellen.

Im Bereich der Bildung müssen interviewte Personen trotz z. T. als heterogen empfundenen Kindern und Herkunftsfamilien gleiche Bildungschancen umsetzen und besondere Unterstützungsbedarfe angemessen berücksichtigen. Um heterogenen Schüler/-innen und besonderen Bedarfen gerecht werden zu können, sei aber nicht immer genügend Personal vorhanden. Integrierte Gesamtschulen seien hierfür besser aufgestellt, da sie eine höhere Personalzuweisung haben. Doch nicht nur Personalschlüssel müssten neu überdacht werden, sondern auch die zu vermittelnden Inhalte an künftige Lehrpersonen, da sich diese häufiger mit sozialpädagogischen Sachverhalten auseinandersetzen müssten. Daher wären höhere Personalzuweisungen und kleinere Klassenmesszahlen wünschenswert, um verschiedenen Bedarfen besser und individueller gerecht werden zu können. Gleichzeitig müsste Bildungsgerechtigkeit als eine gemeinsame Aufgabe der Region und nicht einzelner Akteure verstanden werden. Da Schulen ihren Bildungsauftrag nicht alleine stemmen könnten, sei in diesem Kontext funktionierende Elternarbeit erstrebenswert.

Ausbildende Betriebe problematisierten steigende Anforderungen an bestimmte Berufe, denen die vermittelten Ausbildungsinhalte nicht länger gerecht werden können. Zudem sei es schwer, Abiturient/-innen zu finden, die nicht studieren möchten, und diese für eine Berufsausbildung und eine Karriere im Handwerk oder in der Industrie zu gewinnen. Eine bessere Anerkennung der dualen Ausbildung wäre hierfür wünschenswert. Auch die Sicherstellung der Ausbildungsqualität sei eine Herausforderung: Auszubildende besser zu begleiten und anzuleiten sowie die betriebliche Ausbildungsqualität zu sichern, sei hier eine zentrale Aufgabe. Noch nicht sicher sei, welche Auswirkungen die Umwälzung bestimmter Ausbildungsberufe habe. Zudem sei eine noch engere und deutlich besser abgestimmte Berufsorientierung sinnvoll, die transparenter und übersichtlicher als bislang sei. Auch eine durchlässigere Gestaltung zwischen Hochschul- und Ausbildungsangeboten könnte angedacht werden. Hochschulstandorte in ländlichen Gebieten könnten zudem die Attraktivität der Region steigern. Hierfür müsse aber auch die vorhandene Infrastruktur wie das Straßenverkehrsnetz und der Ausbau von Breitband weiter vorangetrieben werden.

Darüber hinaus wurde geäußert, dass künftig der demografische Wandel zu gestalten sei. Wie sich dieser jedoch konkret zeigen wird bzw. inwiefern weitere gesellschaftliche Entwicklungen wie die zunehmende Digitalisierung diesen auffangen könnten, ist noch unklar.

Insgesamt könnte ein „stärkerer Blick für die Gesamtheit“ (I 2) für die gesamte Region von Vorteil sein, um sich besser positionieren und nach außen präsentieren zu können.

6.3 Zusammenfassende Diskussion der Ergebnisse

Übergänge: Selektion und Passungsprobleme

Aus den Interviews lässt sich ableiten, dass auf der einen Seite ein Nachwuchsmangel droht, auf der anderen Seite das bestehende Potenzial jedoch aufgrund unterschiedlicher Selektionsprozesse und Passungsprobleme nicht ausgeschöpft wird.

Damit Übergänge besser gestaltet und junge Menschen an diesen Schwellen begleitet werden können, muss sichergestellt sein, dass erworbene Kompetenzen und Qualifikationen anschlussfähig sind. Dafür sind enge Kooperationen zwischen den jeweiligen Stufen erforderlich. Gemeinsame Übergangsmaßnahmen zwischen verschiedenen Akteuren von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Aus- und Hochschulbildung scheinen in der Region in einer Vielzahl gegeben zu sein. Dennoch scheint es an einigen Schwellen Probleme zu geben, insbesondere was den Übergang vom Schul- zum Ausbildungssystem betrifft. Da niedrigere Bildungsabschlüsse auf dem Ausbildungsmarkt zunehmend an Wert verlieren, sinkt das Ausbildungsangebot für niedrig qualifizierte Menschen weiter. Zudem scheinen niedrigere Bildungsabschlüsse nicht mehr klar einzuordnen zu sein. Dies äußert sich darin, dass neben Zeugnissen bzw. Bildungsabschlüssen zunehmend Kompetenzfeststellungsverfahren eingesetzt werden, um Fertigkeiten und Fähigkeiten von Schüler/-innen und Absolvent/-innen gesondert abbilden zu können. Damit können zugleich leistungsschwächere Schüler/-innen besser berücksichtigt werden. Präferenzen für bevorzugte Bildungsabschlüsse von Auszubildenden verschieben sich in Richtung Abitur, da junge Menschen mit Hochschulzugangsberechtigung eher den wachsenden Anforderungen gerecht werden. In der Folge konkurrieren Ausbildungsbetriebe mit Hochschulen um Abiturient/-innen, das Ringen um Abiturient/-innen wächst.

Zudem werden Zugänge zu Bildungs- und Ausbildungszertifikaten durch verschiedene Differenzkategorien wie Migrationshintergrund und Förderbedarf beschränkt. Obwohl es eine Reihe von Maßnahmen und Strategien gibt, um Kinder und junge Menschen in Übergangsphasen zu begleiten, scheinen die sich anschließenden Institutionen dennoch nicht allen gleichermaßen offenzustehen. So gelingt die Inklusion von Kindern mit Förderbedarfen, speziell mit sozio-emotionalen Bedarfen, in Regelschulen nur eingeschränkt, da es hier an personellen und finanziellen Ressourcen mangelt. Aber auch für Förderschüler/-innen stehen nach Abschluss nur eingeschränkte Möglichkeiten zur Ausbildungswahl zur Verfügung, da nicht so viele eine Berufsreife erwerben. Diese wird auf dem Ausbildungsmarkt zudem als wenig attraktiv eingestuft. Ebenfalls stehen Kindern mit Migrationshintergrund nicht alle Bildungsmöglichkeiten in einem gleichen Ausmaß offen. So scheint ihnen der Übergang ins Gymnasium seltener zu gelingen, was dazu führt, dass viele die Schule mit weniger hohen Bildungsabschlüssen verlassen. Im Ausbildungssystem setzt sich dies fort, da hier mit Blick auf schulische Qualifikationen und Leistungen weiter selektiert wird. Menschen mit niedrigen Qualifikationen sind davon in einem besonderen Ausmaß betroffen, da für sie das Angebotsspektrum besonders klein ist.

Auch unter einer Gender-Perspektive kann aufgrund des Interviewmaterials vermutet werden, dass das bestehende Potenzial nicht hinreichend berücksichtigt wird. Zwar wird versucht, Mädchen und junge Frauen für eine duale Ausbildung zu gewinnen, jedoch sind weitergehende und umfassende Gleichstellungsprogramme bislang in vermutlich vielen Firmen als Teil der Unternehmenskultur nicht verankert. Diese könnten aber zum einen die Attraktivität des Ausbildungsbetriebs steigern, zum anderen Frauen eine langfristige Perspektive und Karriereplanung in von Männern dominierten Ausbildungsberufen eröffnen.

Mit Blick auf die jüngsten Migrationsprozesse, die, so die Hoffnung, zumindest in Teilen das Fachkräfteproblem entschärfen sollen, kann festgehalten werden, dass die Integration von geflüchteten jungen Menschen in den regionalen Ausbildungsmarkt noch bevorsteht. Derzeit scheint sie sich jedoch noch schwierig zu gestalten, da hier zum einen mangelnde Sprachkenntnisse eine Ausbildung verhindern und zum anderen mitgebrachte Kompetenzen nicht dem entsprechen, was in Ausbildungsberufen verlangt wird. Schulpflichtige junge geflüchtete Kinder haben zwar Eingang in das Schulsystem gefunden, aber ob derzeit bestehende Fördermaßnahmen weiter verstetigt werden und inwiefern diese zu einem erfolgreichen Abschließen des Bildungssystems beitragen, ist offen.

Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, dass Erfahrungen der Unternehmen mit bestimmten Zielgruppen als bisher wenig problematisch beschrieben wurden bzw. kaum vorhanden sind. Zwar ist davon auszugehen, dass gerade diverse Migrationshintergründe in Betrieben aufgrund der früheren Anwerbung von Gastarbeiter/-innen Normalität sind, auf der anderen Seite sinkt aber das Berufsspektrum für Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen durch die voranschreitende Technisierung und Digitalisierung der Arbeitswelt. Neben der Selektion durch Schule können dann auch gerade größere und attraktivere Betriebe weiter selektieren. Dennoch scheinen sich Firmen bei ihrem Nachwuchs, d. h. insbesondere bei Auszubildenden mit schwachen Leistungen, zunehmend zu engagieren. Neben institutionalisierten Hilfen, die von der Agentur für Arbeit angeboten werden, greifen sie auf eine Reihe interner Maßnahmen zurück, um Auszubildenden Nachhilfe und Unterstützung zu ermöglichen.

Strategien zur Rekrutierung von Nachwuchs

Besonders bedeutsam für die Nachwuchssicherung scheinen die angebotenen Ausbildungsplätze zu sein, denn hierüber wird ein nicht unwesentlicher Teil des Nachwuchses ausgebildet. Umso gravierender ist, dass kleinere Betriebe sich zumindest teilweise aufgrund starker Konkurrenzsituationen komplett aus dem Ausbildungsmarkt zurückziehen scheinen. Damit werden langfristig gesehen vermutlich bereits jetzt bestehende Nachwuchsprobleme in diesen Firmen weiter verschärft.

Daneben greifen Firmen auf weitere Maßnahmen zur Nachwuchsrekrutierung zurück. Neben Informationsveranstaltungen und Möglichkeiten zur Teilnahme an Betriebsabläufen, häufig einhergehend mit einem steigenden Engagement in der Berufsorientierung, bemühen sich Betriebe um ein attraktives Image zur Mitarbeiter/-innenbindung, indem sie Angebote zur Steigerung der Familienfreundlichkeit oder Gesundheit anbieten. Um externe Fachkräfte gewinnen zu können, werden zudem regionale Marketingstrategien umgesetzt.

Im Hinblick auf Rekrutierungsmaßnahmen, die auf eine Gleichstellung abzielen, sind Firmen derzeit noch nicht hinreichend gut aufgestellt. Zwar versucht man durch spezielle Rekrutierungsmaßnahmen, Mädchen und junge Frauen anzusprechen, weitergehende Maßnahmen und Programme, die die Attraktivität von Ausbildungsberufen speziell für Frauen steigern können, scheinen jedoch eher die Ausnahme zu sein.

Herausforderungen, Potenziale und regionale Besonderheiten

Das Einzugsgebiet der Mitarbeiter/-innen und Auszubildenden beschränkt sich derzeit stark auf die Region. Vor allem Letztere haben häufig Probleme, aufgrund des mangelnden Ausbaus des öffentlichen Nahverkehrs zu Ausbildungsstätten zu kommen, die sich nicht in unmittelbarer Nähe befinden. Neben der eingeschränkten Mobilität gibt es noch finanzielle Faktoren, die die Attraktivität der Region einschränken, da in den angrenzenden Metropolregionen deutlich höhere Gehälter gezahlt werden. Andererseits sind Immobilien in Koblenz-Mittelrhein günstig zu erwerben. Auch die Dichte an Betrieben ist hoch. Zudem ist eine gesellschaftliche Einbindung gegeben und gerade in ländlichen Regionen sind Schulen von weniger Problemverhalten betroffen als in großen Städten.

Um die Herausforderung, Qualität und Chancengleichheit von der frühkindlichen Bildung bis zur Ausbildung sicherstellen zu können, sind weitere Kooperationen in der Region anzudenken. Darüber hinaus sind die bisherigen weiter auszubauen und besonders in den Bereichen Berufsorientierung, Durchlässigkeit von Bildungsformaten, Bildungsgerechtigkeit und gelingende Elternarbeit verstärkt zu koordinieren.

7 Fazit: Bildung in der Region Koblenz-Mittelrhein

Demografie und Migration

- Die Region Koblenz-Mittelrhein ist kein Ziel innerdeutscher Zuzüge, der Wanderungssaldo deutscher Staatsangehöriger ist negativ. Ein leichter Einwohnerzuwachs der vergangenen Jahre geht allein auf internationale Migration zurück, dabei profitiert Koblenz-Mittelrhein weniger als Rheinland-Pfalz insgesamt.
- Die internationale Zuwanderung hat sich seit 2010 deutlich verstärkt und der Region vor allem in der Altersgruppe der 20- bis 35-Jährigen ein deutliches Wachstum beschert (plus 5 Prozent). Etwa 40 Prozent der Zuwanderer kommen aus EU-Ländern. Auch in der Altersgruppe der unter 10-Jährigen gab es leichte Zuwächse (plus 1,2 Prozent). Damit ist die prognostizierte Schrumpfung dieser Altersgruppen zunächst gestoppt.
- Der Effekt ist jedoch bei Weitem nicht groß genug, um etwa die prognostizierte Abnahme der Erwerbsbevölkerung bis zum Jahr 2035 zu kompensieren.
- Die positive Einwohnerentwicklung durch Migration im Zeitraum 2011 bis 2015 ist stark auf die Stadt Koblenz und schwächer auf die unmittelbar umliegenden Landkreise konzentriert. Dies entspricht dem Trend zum Wachstum städtischer Kernregionen, der in ganz Deutschland zu beobachten ist.
- Periphere Landkreise profitieren kaum von der Zuwanderung. Landkreise wie Cochem-Zell, Birkenfeld, Rhein-Hunsrück und Westerwald haben trotz einer hohen Zuwanderung nach Deutschland Einwohner/-innen verloren.
- Der demografische Wandel im Sinne einer demografischen Alterung der Bevölkerung und von Einwohnerverlusten in peripher-ländlichen Kommunen bleibt bestehen und ist eine enorme Herausforderung für die Region.
- Die Expert/-inneninterviews haben ergeben, dass Bedenken bezüglich der Nachwuchssicherung von Auszubildenden und Fachkräften verbreitet sind. Ein konkreter derzeitiger Nachwuchsmangel wurde von den befragten Unternehmen zwar nicht geäußert, wird aber für wenig attraktive Berufe und kleinere Betriebe berichtet.
- Unternehmen rekrutieren ihre Auszubildenden und jungen Fachkräfte fast ausschließlich aus der Region. Da die Region von den lokalen Akteuren als weniger attraktiv wahrgenommen wird, gilt es als schwierig, Fachkräfte überregional anzuwerben.
- Die jüngste Zuwanderungsphase aus dem Ausland wird von Akteuren auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt als Chance gesehen, um langfristig personelle Bedarfe besser decken zu können. Jedoch zeichnen sich Hürden wie mangelnde Sprachkenntnisse und unterschiedliche Kompetenzverständnisse ab, die einer Integration ins Ausbildungssystem zurzeit im Weg stehen.
- Quantitativ spielen jüngst Zugewanderte bisher nur eine geringe Rolle in Ausbildung und Fachkräftesicherung, da sie auf dem Arbeitsmarkt bisher kaum angekommen sind.

Elementarbildung

- In Rheinland-Pfalz wurden 2016 30 Prozent der unter 3-Jährigen und 97 Prozent der 3- bis 6-Jährigen in Kindertageseinrichtungen, die sich von Betreuungseinrichtungen zu Einrichtungen der Elementarbildung verändern, betreut. Damit hat Rheinland-Pfalz im Vergleich zu anderen westdeutschen Bundesländern sehr gute Betreuungsquoten.
- Zur Betreuungssituation in den neuen Bundesländern bleibt jedoch ein weiter Abstand, vor allem bei den Betreuungsquoten unter 3-Jähriger und den Ganztagsbetreuungsquoten. In Rheinland-Pfalz werden knapp 50 Prozent der 3- bis unter 6-Jährigen ganztags betreut, in Thüringen über 90 Prozent.
- Die Region Koblenz-Mittelrhein ist im Hinblick auf die Bildungsbeteiligung als ländlich-konservativ zu charakterisieren. So sind Betreuungsquoten in Koblenz-Mittelrhein geringer als in anderen rheinland-pfälzischen Regionen. Die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen wie auch die Ganztagsbetreuungsquote bleiben etwa drei Prozentpunkte unter den Werten von Rheinhessen-Pfalz und der Region Trier.

Sekundarbildung

- Das Bildungssystem in der Region Koblenz-Mittelrhein hat sich, wie in ganz Rheinland-Pfalz, in den vergangenen Jahren rasch und tiefgreifend gewandelt. Die Menschen verbringen immer mehr Lebenszeit in Bildungseinrichtungen und erreichen höhere Bildungsabschlüsse. Diese Dynamik hält weiter an.
- Die Zahl der Schüler/-innen in Rheinland-Pfalz ist aus demografischen Gründen zwischen 2005/06 und 2016/17 um etwa 14 Prozent kontinuierlich gesunken.
- Seit 2005 hat sich der Anteil von qualifizierten Sekundarschulabschlüssen I zunächst erhöht, ist jedoch seit 2015 zugunsten von Abschlüssen mit allgemeiner Hochschulreife wieder rückläufig. Der Anteil von Schulabgänger/-innen mit (lediglich) Berufsreife ist kontinuierlich gesunken.
- Im Jahr 2016 verließen in Rheinland-Pfalz fast 37 Prozent der Absolvierenden die allgemeinbildenden Schulen mit allgemeiner Hochschulreife. In diesem Jahr war erstmalig der Anteil der Schulentlassenen mit allgemeiner Hochschulreife genauso hoch wie der Anteil mit qualifiziertem Sekundarschulabschluss I. Mit Berufsreife verließen etwa 18 Prozent der Absolvierenden die allgemeinbildenden Schulen.
- Etwa 6 Prozent der Schulentlassenen bleiben ohne Berufsreife. Dieser Wert hat sich gegenüber 2010 deutlich verringert. Etwa 2/3 davon sind Entlassene aus Förderschulen.
- Gemeinsam mit Abschlüssen an beruflichen Schulen verfügten im Jahr 2015 etwa 47 Prozent der Schulabgänger/-innen in Rheinland-Pfalz über eine Studienberechtigung, davon etwa ein Fünftel über eine Fachhochschulreife, vier Fünftel über ein Abitur. Seit 2005 ist dieser Wert um etwa 10 Prozentpunkte gestiegen. Spitzenreiter in Deutschland sind derzeit die Länder Hamburg und Hessen mit Studienberechtigtenquoten von über 60 Prozent.

- Trotz des starken Anstiegs beim höchsten Bildungsabschluss blieb Rheinland-Pfalz 2015 damit noch unter den 2006 formulierten Zielen (Benchmarks) des Wissenschaftsrates (50 Prozent Studienberechtigtenquote) und des Dresdner Bildungsgipfels von 2008 (maximal 4 Prozent Schulentlassene ohne Berufsreife).
- Leistungsvergleichsstudien mit rheinland-pfälzischen Schülern haben gezeigt, dass deren schulische Leistungen in Deutsch und Mathematik im Mittelfeld der deutschen Bundesländer liegen. Befürchtungen, die Leistungen der Schüler/-innen würden durch die Veränderungen im Bildungssystem schlechter, lassen sich anhand dieser Studien nicht belegen.
- Die Region Koblenz-Mittelrhein erweist sich bei der Entwicklung von Bildungsabschlüssen als eher konservativ. Hier erreichten im Jahr 2015 etwa 4 Prozent weniger Absolvierende eine allgemeine Hochschulreife als in Rheinland-Pfalz insgesamt. Dagegen erreichten mehr Absolvierende einen qualifizierten Sekundarschulabschluss I und eine Berufsreife.
- Gering ist die Nutzung schulischer Ganztagsangebote in der Region, besonders in der Stadt Koblenz und im Landkreis Mayen-Koblenz. Nur etwa 12 Prozent der Schüler/-innen nutzen 2015 hier schulische Ganztagsangebote, dies gehört zu den niedrigsten Werten in ganz Rheinland-Pfalz. Dabei gehört bereits die Nutzung von schulischen Ganztagsangeboten in Rheinland-Pfalz insgesamt zu den niedrigen Werten unter den Bundesländern. Da gerade in Koblenz der Anteil von Schüler/-innen mit Migrationshintergrund groß ist und zur Ermöglichung von Erwerbstätigkeit für beide Elternteile Ganztagsbetreuung erforderlich ist, erscheint dieser Wert deutlich steigerungsfähig.
- Der Umgang mit der ethnischen, sozialen und leistungsbezogenen Heterogenität der Schülerinnen und Schüler stellt Lehrer/-innen vor Herausforderungen. Problematisiert werden in den Interviews sehr verschiedene Leistungsniveaus der Schüler/-innen, die z. T. durch aufwändige differenzierte Unterrichtsvorbereitungen, Materialien und Aufgabenstellungen aufgefangen werden müssen. Diese zusätzlichen Bedarfe an Arbeitsaufwand können an Schulen, die nicht auf gesonderte Fördermittel zugreifen können, nur schwer gedeckt werden.
- Schulen müssen zudem die Herausforderung bewältigen, junge geflüchtete Menschen in das Bildungssystem zu integrieren. Zwar stehen derzeit spezielle Fördermittel bereit, um vor allem Sprachunterricht anbieten zu können. Doch es bleibt offen, ob diese verstetigt werden und wie es weitergehen kann, wenn Fördermaßnahmen nicht länger vom Land finanziert werden.

Hochschulbildung

- In Deutschland ist zwischen 2005 und 2016 die Zahl der Studierenden um fast 40 Prozent angestiegen – in Rheinland-Pfalz um lediglich knapp ein Fünftel.

- Die Erstabsolvierendenquote (Anteil von Personen, die erstmals ein Studium abschließen, bezogen auf die entsprechende Altersgruppe) liegt in Rheinland-Pfalz bei 33 Prozent. Dies entspricht etwa dem Durchschnittswert Deutschlands.
- Rheinland-Pfalz hat damit die 2006 formulierte Benchmark des Wissenschaftsrates, eine Absolvierendenquote von 35 Prozent, noch nicht erreicht.
- Rheinland-Pfalz – und daraus abgeleitet auch die Region Koblenz-Mittelrhein – hat einen negativen Wanderungssaldo von Studienanfänger/-innen. Es verlassen mehr Rheinland-Pfälzer/-innen zum Studienbeginn das Bundesland als aus anderen Bundesländern zuziehen. Dieser Wanderungssaldo hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend negativ entwickelt.
- Auf sogenannte MINT-Fächer, Abschlüsse im Bereich Naturwissenschaften und Ingenieurwesen, entfielen in Rheinland-Pfalz 2015 lediglich etwa 28 Prozent aller Studienabschlüsse. Dies ist einer der niedrigsten Werte aller Bundesländer. Demgegenüber verzeichnet das Land bundesweit zu den höchsten gehörende Anteile von Abschlüssen in erziehungswissenschaftlichen und geisteswissenschaftlichen Studiengängen.
- Koblenz-Mittelrhein hat als ländlich geprägte Region einen unterproportionalen Anteil an Studierenden. An den Hochschulen der Region werden knapp 20 Prozent der Studierenden in Rheinland-Pfalz ausgebildet – bei einem Einwohneranteil der Region von 36,5 Prozent. Hingegen ist der Anteil von Studierenden in MINT-Fächern in Koblenz-Mittelrhein höher als in anderen rheinland-pfälzischen Regionen.

Berufsbildung

- Die demografisch bedingte Abnahme der Zahl Jugendlicher und der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen wirken sich auf die Entwicklung der beruflichen Ausbildung aus. In Rheinland-Pfalz ist die Zahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge zwischen 2009 und 2016 um zehn Prozent gesunken. Dies ist einer der stärksten Rückgänge in Westdeutschland, allerdings deutlich geringer als in ostdeutschen Bundesländern, in denen die Rückgänge bis zu 33 Prozent (Mecklenburg-Vorpommern) betragen.
- Von dem auf dem Dresdner Bildungsgipfel im Jahr 2008 formulierten Ziel, den Anteil von jungen Erwachsenen ohne Berufsausbildung deutschlandweit auf 8,5 Prozent zu senken, ist Rheinland-Pfalz weit entfernt. Die sogenannte Unqualifiziertenquote bei den 20- bis 35-Jährigen liegt in Rheinland-Pfalz bei etwa 14 Prozent. Dass diese Quote auf diesem Niveau verharrt, wird zu einem großen Teil auf den hohen Anteil von Zugewanderten in dieser Altersgruppe zurückgeführt. Auch eine abnehmende Nachfrage nach Ausbildungsplätzen hat diesen Wert nicht sinken lassen.
- Koblenz-Mittelrhein ist innerhalb von Rheinland-Pfalz eine ausbildungsstarke Region. 40 Prozent aller rheinland-pfälzischen Ausbildungsplätze werden hier angeboten, dies ist mehr als der Einwohneranteil der Region Koblenz-Mittelrhein innerhalb des Bundeslandes.

In den vergangenen drei Jahren ist die Zahl der verfügbaren Ausbildungsplätze in der Region etwa gleich geblieben, doch die Zahl der Bewerber/-innen hat sich reduziert.

- In Koblenz-Mittelrhein ist der Anteil der unbesetzt gebliebenen Ausbildungsplätze zwischen 2013 und 2016 von 4,8 auf 6,2 Prozent gewachsen. Gleichzeitig blieb die Zahl der unversorgten Bewerber/-innen unverändert bei 13,2 Prozent. Damit zeigt sich, dass Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt wachsen. Trotz der gestiegenen Nachfrage nach Auszubildenden schrumpft der Anteil von Bewerber/-innen nicht, die keinen Ausbildungsplatz erhalten oder einen verfügbaren nicht annehmen. Dennoch erreichte der Anteil unbesetzt gebliebener Ausbildungsplätze den geringsten Wert unter den Regionen in Rheinland-Pfalz.
- Koblenz-Mittelrhein weist gegenüber anderen rheinland-pfälzischen Regionen einen höheren Anteil an klassischen Berufsschüler/-innen, aber einen geringeren Anteil an Berufsfachschüler/-innen und Fachschüler/-innen auf. Dies unterstreicht, dass die Region in der klassischen Berufsausbildung stark ist, jedoch bei höheren beruflichen Qualifizierungen hinter anderen Regionen zurückbleibt.
- Die Interviews ergaben, dass Unternehmen grundsätzlich selbst darüber entscheiden, welches schulische Qualifikationsniveau sie für eine Berufsausbildung voraussetzen. Fachliche Defizite von Bewerber/-innen werden mitunter erwähnt, scheinen jedoch in den Institutionen der Befragten selbst keine größeren Probleme zu bereiten. Neben dem fachlichen Leistungsvermögen werden soziale Kompetenzen sowie persönliche Fähigkeiten wie Ausdrucks- und Kritikfähigkeit erwartet. Das Fehlen bzw. die Abnahme solcher Kompetenzen wurden wiederholt kritisiert.
- Durch die Zunahme höherer schulischer Bildungsabschlüsse, die Abschaffung der Hauptschulen und die als steigend beschriebenen Anforderungen an Ausbildungsberufe haben niedrigere Bildungsabschlüsse an Wert verloren. Zudem wird eine mangelnde Aussagekraft von Bildungszertifikaten über tatsächliche Kompetenzen von Bewerber/-innen beklagt. Es werden deshalb zunehmend alternative Kompetenztests bei der Rekrutierung in Betracht gezogen.
- Vor allem von attraktiven Unternehmen werden bevorzugt Schulabgänger/-innen mit Abitur als Auszubildende eingestellt. Somit überschneiden sich zunehmend Rekrutierungspotenziale von Hochschulen und Ausbildungsbetrieben. Der Wettbewerb um Abiturient/-innen könnte sich durch deren vergleichsweise geringen Anteil in der Region Koblenz-Mittelrhein verschärfen.
- Der Wettbewerb um Auszubildende und ausgebildete Fachkräfte führt nach Angabe von Befragten dazu, dass kleinere Betriebe sich aus der Ausbildung zurückziehen.

8 Schlussfolgerungen

- Die Entwicklungen im Bildungssystem und bei Bildungsabschlüssen hin zu höheren Bildungsabschlüssen waren trotz deutlicher Dynamik in der Region Koblenz-Mittelrhein weniger ausgeprägt als in anderen Regionen. Diese Modernisierung des Bildungssystems sollte unter konsequenter Beachtung von Qualitätsstandards unterstützt werden.
- Da in der Region Koblenz-Mittelrhein aufgrund ihrer ländlichen Struktur Fachkräfte überregional nur schwer gewonnen werden können, muss der Fachkräftenachwuchs weitgehend über eigene Bildungs- und Ausbildungsangebote rekrutiert werden. Menschen, die aus der Region kommen, werden mit größerer Wahrscheinlichkeit hier auch längerfristig als Fachkräfte zur Verfügung stehen.
- Die derzeit bundesweit attraktivsten Bildungsregionen („Schwarmstädte“) zeichnen sich durch gute Bildungsinfrastruktur, städtische Attraktivität, vielfältige Stadtkultur und in der Öffentlichkeit wahrnehmbare jüngere Milieus aus. Die Attraktivität der Stadt Koblenz als wichtigstem Bildungszentrum der Region ist vor diesem Hintergrund ausbaufähig. Besonders die Hochschulen bzw. deren Mitarbeiter/-innen und Studierende sind derzeit im Stadtleben zu wenig präsent.
- Es sollte auf eine Modernisierung des Images bzw. der öffentlichen Wirkung der Region Koblenz-Mittelrhein hingearbeitet werden, vor allem im Hinblick auf die Zielgruppe junger Menschen. Nur so hat die Region die Chance, in Zukunft auch überregional Fachkräfte zu gewinnen.
- Um das regionale Hochschulsystem zu stärken, ist die zusätzliche Ansiedlung von Studienfächern mit einem erhöhten Absolvierendenbedarf (z. B. Medizin) in der Region Koblenz-Mittelrhein bedenkenswert.
- Angebote zur Bindung von Auszubildenden bzw. Mitarbeiter/-innen an die Unternehmen sollten weiter ausgebaut werden.
- Der Rückgang der Zahl von an beruflichen Ausbildungen interessierten Jugendlichen beruht vor allem auf dem Rückgang der Zahl ausbildungsinteressierter Frauen. Durch eine entsprechende Ausgestaltung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen könnte hier gegengesteuert werden. Das Angebot an vorwiegend von Frauen nachgefragten Berufsausbildungen (z. B. an Berufsfachschulen) in der Region ist unterproportional.
- Angesichts des gesellschaftlichen Trends zu höheren Bildungsabschlüssen ist es empfehlenswert, konsequent Übergänge von Berufs- in Hochschulbildung zu ermöglichen bzw. berufliche Hochschulzertifikate zu entwickeln. Dies gilt in besonderer Weise für das Handwerk. Im Vergleich zu Ausbildungsberufen im Bereich Industrie ist dort eine Durchlässigkeit des Bildungssystems hin zu Hochschulabschlüssen etwa mit dualen bzw. berufsbegleitenden Studiengängen noch kaum gegeben. Durch eine Öffnung hin zur Hochschulbildung könnten Berufe im Handwerk für Menschen mit Hochschulreife insgesamt und auch für

Frauen attraktiver werden. Dies ist besonders im Hinblick auf zahlreiche anstehende Betriebsübergaben relevant.

- Junge Menschen, denen der Übergang zur Ausbildung bisher nicht gelingt, sollten stärker als Potenzial gesehen werden. Individuelle Fördermaßnahmen und Kompetenzfeststellungsverfahren könnten hierfür stärker genutzt werden.
- Um Ausbildungsabbrüche zu vermeiden, ist ein Ausbau von psychosozialer Begleitung von Auszubildenden vor allem außerhalb der großen Unternehmen zu empfehlen. Während Schulen, Hochschulen und größere Unternehmen hier bereits verschiedene Beratungsangebote unterhalten, fehlt dies im Bereich kleiner Betriebe. Hohe Abbruchquoten könnten so gesenkt werden.
- Um Ausbildungsbetriebe gerade im ländlichen Raum für Ausbildungsinteressenten bei wachsenden Passungsproblemen attraktiv zu machen, muss regionale Mobilität ermöglicht werden, sei es mit klassischen öffentlichen Nahverkehrsangeboten oder mit neuen vernetzten Mobilitätskonzepten.
- Allgemeinbildende Schulen auch ohne spezielle Verankerungen von Förderschwerpunkten benötigen personelle und finanzielle Unterstützung beim Umgang mit einer zunehmend ethnisch, sozial und leistungsmäßig heterogenen Gruppe von Schüler/-innen.
- Der frühkindliche Bildungsbereich sollte nach der Phase des starken quantitativen Ausbaus im Hinblick auf seine Qualität weiterentwickelt werden. Der Bereich Bildung und Erziehung könnte hierfür stärker als bislang übergreifend in allen Kitas verankert werden. Dabei sollte der Bildungsauftrag nicht auf eine Schulvorbereitung hinführen, aber benachteiligten Kindern einen guten Anschluss an die Grundschule ermöglichen.
- Um dies zu erreichen, müssten sich die derzeitigen Rahmenbedingungen mit teilweise hohen Krankenständen und personellen Engpässen verbessern.
- Für die gelungene Gestaltung von Übergängen zwischen Bildungsinstitutionen scheint die räumliche Nähe von ab- und aufnehmender Institution wichtig zu sein. Vor diesem Hintergrund ist das Zusammenlegen von schulischen Bildungsangeboten kritisch zu bewerten. Gerade in ländlichen Regionen können Wege dadurch zu lang werden, um (gemeinsame) Angebote für Kindergartenkinder im Übergang zur Schule organisieren zu können.
- Obwohl auf vielen verschiedenen Ebenen Kooperationen von Bildungsinstitutionen und Unternehmen bestehen, sollten diese umfassender und koordiniert gestaltet werden. Die Akteure sollten stärker als bislang die Gesamtregion in den Blick nehmen, um langfristig eine Konkurrenzfähigkeit der Region gewährleisten zu können.

9 Quellen

Bogner, A., Littig, B. & Menz, W. (2014): Interviews mit Experten. Eine praxisorientierte Einführung. Wiesbaden, Springer Verlag.

Erdmann, N. (2016): Ausbildung. In: Bundschuh, S., Ghandour, E. & Herzog, E. (Hrsg.): Bildungsförderung und Diskriminierung – marginalisierte Jugendliche zwischen Schule und Beruf. Weinheim & Basel, Beltz Verlag.

Lamnek, S. & Krell, C. (2016): Qualitative Sozialforschung. Weinheim & Basel, Beltz Verlag.

Meuser, M. & Nagel, U. (1991): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht: ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Garz, D. & Kraimer, K. (Hrsg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung: Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen, Westdeutscher Verlag, 441–471.

Quellen in Endnoten

¹ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2015): Rheinland-Pfalz 2060. Vierte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung. Bad Ems.

² Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Online-Datenbank, Zeitreihen Land: Bevölkerungsbewegungen: Wanderungen 1959 bis 2015; <https://www.statistik.rlp.de/de/gesellschaftstaat/bevoelkerung-und-gebiet/zeitreihen-land/tabelle-11/>

³ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2017): Weiterer Anstieg der Bevölkerung in 2016. Pressemitteilung vom 27.01.2017.

⁴ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2017): Weiterer Anstieg der Bevölkerung in 2016; Pressemitteilung vom 27.01.2017. Für das Jahr 2016 handelt es sich um vorläufige Schätzungen des Statistischen Landesamtes. Nach dessen Angaben verzögert sich die Veröffentlichung exakter Daten für 2016 aufgrund technischer Umstellungen um mindestens 8 Monate.

⁵ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2017): Regionaldatenbank Deutschland, Bevölkerungsstand, www.regionalstatistik.de

⁶ Statistisches Bundesamt (2016): Geburtenziffer 2015: Erstmals seit 33 Jahren bei 1,5 Kindern je Frau. Pressemitteilung Nr. 373 vom 17.10.2016.

⁷ Statistisches Bundesamt (2017): Bevölkerung in Deutschland voraussichtlich auf 82,8 Millionen gestiegen. Pressemitteilung Nr. 33 vom 27.01.2017.

⁸ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2017): Wanderungsmonitoring: Erwerbsmigration nach Deutschland im Zeitraum Januar bis September 2016. Nürnberg.

⁹ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2016): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. IAB-Forschungsbericht 14/2016.

¹⁰ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2016): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. IAB-Forschungsbericht 14/2016, S. 18.

¹¹ Woellert, Franziska/Klingholz, Reiner (2014): Neue Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

- ¹² Statistisches Landesamt (2016): Migration in Rheinland-Pfalz; https://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/nach_themen/bev/kurz/Migration_Stand_20_12_16.pdf
- ¹³ Quelle: Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion RLP.
- ¹⁴ Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz; <https://mffjiv.rlp.de/de/themen/integration/humanitaere-zuwanderung-und-fluechtlinge/aktuelles-zahlen-und-fakten/>
- ¹⁵ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2017): Migration in Rheinland-Pfalz; https://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/nach_themen/bev/kurz/Migration_Stand_20_12_16.pdf
- ¹⁶ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hg.) (2016): Kindertagesbetreuung regional 2016. Ein Vergleich aller 402 Kreise in Deutschland. S. 5.
- ¹⁷ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hg.) (2016): Kindertagesbetreuung regional 2016. Ein Vergleich aller 402 Kreise in Deutschland.
- ¹⁸ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hg.) (2007): Kindertagesbetreuung regional 2006. Ein Vergleich aller 439 Kreise in Deutschland.
- ¹⁹ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hg.) (2016): Kindertagesbetreuung regional 2016. Ein Vergleich aller 402 Kreise in Deutschland.
- ²⁰ Wissenschaftsrat (2006): Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demografiegerechten Ausbau des Hochschulsystems, S. 64 ff.
- ²¹ Statistisches Bundesamt (2016): Statistisches Jahrbuch 2016, S. 77.
- ²² Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2017): Statistische Monatshefte (5) 2017, S. 297.
- ²³ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2016): Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz 2015, S. 37.
- ²⁴ Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention.
- ²⁵ Schwerpunktschulen sind allgemeine Schulen, an denen Schüler/-innen mit und ohne Förderbedarf im Primar- und Sekundarbereich I gemeinsam lernen.
- ²⁶ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2016): Statistisches Jahrbuch 2016, S. 118.
- ²⁷ Statistisches Bundesamt (2016): Schulen auf einen Blick. Ausgabe 2016, S. 22.
- ²⁸ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2017): Statistische Monatshefte (5) 2017, S. 297.
- ²⁹ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2016): Statistisches Jahrbuch 2016, S. 121.
- ³⁰ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz online (2017): Gesellschaft und Staat; Schulen, Hochschulen, Berufsbildung; Basisdaten Land.
- ³¹ Stanat, Petra et al. (Hg.) (2016): IQB-Bildungstrend 2015. Sprachliche Kompetenzen am Ende der 9. Jahrgangsstufe im zweiten Ländervergleich, S. 275.
- ³² Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz online (2017): Gesellschaft und Staat; Schulen, Hochschulen, Berufsbildung; Basisdaten Land.
- ³³ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2016): Statistisches Jahrbuch 2016, S. 122.
- ³⁴ Statistisches Bundesamt (2016): Schulen auf einen Blick, S. 34.
- ³⁵ OECD (2016): PISA 2015. Ergebnisse im Fokus; https://www.oecd.org/berlin/themen/pisa-studie/PISA_2015_Zusammenfassung.pdf

- ³⁶ Pant, Hans Anand et al. (Hg.) (2013): IQB-Ländervergleich 2012. Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen am Ende der Sekundarstufe I.
- ³⁷ Stanat, Petra et al. (Hg.) (2016): IQB-Bildungstrend 2015. Sprachliche Kompetenzen am Ende der 9. Jahrgangsstufe im zweiten Ländervergleich.
- ³⁸ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2016): Statistisches Jahrbuch 2016, S. 142.
- ³⁹ Statistisches Bundesamt (2015): Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen. Fachserie 11, Reihe 4.3.
- ⁴⁰ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; <https://www.statistik.rlp.de/de/gesellschaft-staat/bildung/zeitreihen-land/tabelle-8/>
- ⁴¹ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2016): Statistisches Jahrbuch 2016, S. 142.
- ⁴² Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Pressemeldung vom 08.12.2016: „Negativer Studierendenwanderungssaldo. Viele rheinland-pfälzische Studienberechtigte zieht es in die Nachbarbundesländer“; <https://www.statistik.rlp.de/einzelansicht/archive/2016/december/article/negativer-studierendenwanderungssaldo-viele-rheinland-pfaelzische-studienberechtigte-zieht-es-in-di/>
- ⁴³ Statistisches Bundesamt (Hg.) (2016): Hochschulen auf einen Blick, S. 34.
- ⁴⁴ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Pressemeldung vom 08.12.2016: „Negativer Studierendenwanderungssaldo. Viele rheinland-pfälzische Studienberechtigte zieht es in die Nachbarbundesländer“.
- ⁴⁵ Statistisches Bundesamt (2016): Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen. Wintersemester 2015/16. Fachserie 11, Reihe 4.1.
- ⁴⁶ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2017): Statistisches Monatshefte 3 (2017), S.143.
- ⁴⁷ Statistisches Bundesamt (Hg.) (2016): Hochschulen auf einen Blick, S. 14 f.
- ⁴⁸ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Kennzahlen zur Hochschulbildung 1990 – 2015 nach Geschlecht; <https://www.statistik.rlp.de/de/gesellschaft-staat/bildung/zeitreihen-land/tabelle-8/>
- ⁴⁹ Statistisches Bundesamt (HG.) (2016): Hochschulen auf einen Blick, S. 14 f.
- ⁵⁰ Statistisches Bundesamt (Hg.) (2016): Hochschulen auf einen Blick, S. 18.
- ⁵¹ Statistisches Bundesamt (2016): Bildung und Kultur. Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen. Fachserie 11, Reihe 4.3.1.
- ⁵² Statistisches Bundesamt (2016): Bildung und Kultur. Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen. Fachserie 11, Reihe 4.3.1.
- ⁵³ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2016): Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich 2016. Tabellenband.
- ⁵⁴ Matthes, Stephanie et al. (2016): Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2016. BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September.
- ⁵⁵ Matthes, Stephanie et al. (2016): Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2016. BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September.
- ⁵⁶ Matthes, Stephanie et al. (2016): Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2016. BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September; eigene Berechnungen.
- ⁵⁷ Vgl. BIBB - Berufsbildungsbericht 2016, S. 25 f.

⁵⁸ Bundesinstitut für Berufsbildung (2016): Datenreport 2016, S. 291.

⁵⁹ Anger, Christina/Geis, Wido (2017): Bildungsstand, Bildungsmobilität und Einkommen. IW-Trends 1 (2017).

⁶⁰ Kultusministerkonferenz (2015): Ganztagschulen in Deutschland. Bericht der Kultusministerkonferenz vom 03.12.2015; http://www.miz.org/dokumente/2015_KMK_Ganztagsschulbericht.pdf

⁶¹ Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2016): Rheinland-Pfalz Regional 2016, S. 56. (Seit 2016/17 wird auch der Hort als ganztagsschulisches Betreuungsangebot einberechnet, deshalb ergeben sich bei den Daten von 2015 Abweichungen zu jüngeren Daten und zu den ländervergleichenden KMK-Daten)

⁶² Kultusministerkonferenz (2017): Allgemeinbildende Schulen in Ganztagsform in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Statistik 2011 bis 2015

⁶³ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2016): Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz 2015, S. 63.

⁶⁴ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2016): Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz 2015, S. 66.

⁶⁵ Quelle für sämtliche Daten in diesem Abschnitt ist das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) (Daten wurden auf Anfrage zur Verfügung gestellt) sowie die Publikation: Matthes, Stephanie et al. (2016): Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2016. BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September. Bundesinstitut für Berufsbildung.

⁶⁶ Berufsvorbereitende Maßnahmen, Berufsschulen für Schüler/-innen ohne Ausbildungsvertrag, Berufsvorbereitungsjahr, Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln (vgl. Ländermonitor Berufliche Bildung 2015, S. 4).

⁶⁷ Vgl. Ländermonitor Berufliche Bildung 2015, S. 8.

⁶⁸ Vgl. BIBB – Berufsbildungsbericht 2016, S. 167.